DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

174 16. JAHRGANG März '99 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

NOCHMALS VERSPÄTUNGEN....

Immer noch sind wir zu spät dran. Behindert wurde das Erstellen dieser Ausgabe durch den Absturz unseres geplanten Schwerpunktes zum Thema »Wohngenossenschaften«. Auch, wenn diese Ausgabe kein Schwerpunktthema enthält, hoffen wir, daß Euch unsere Zusammenstellung der Beiträge gefällt. Zeitgleich mit dem Erscheinen dieser Ausgabe, am 30. März, gibt es eine Beilage der CONTRASTE in der taz. Thema: »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« (siehe Seite 2).

VERLAGE

Im Dezember berichtete Bernd Hüttner über das 10jährige Jubiläum vom ID-Verlag. In dieser Ausgabe interviewt Jochen Knoblauch für CONTRASTE Andreas Fanizadeh vom Verlag. »Loving the Buchproduktion« auf Seite 5.

MEDIEN

Die (Ost-)Berliner Tageszeitung »junge Welt« geht in den Westen. Sie will gemeinsam mit einer Gruppe von Kölner JournalstInnen, Gewerkschaftern und SchriftstellerInnen eine regionale Kölner Wochenzeitung herausgeben. Am Ende war bereits die Kölner Initiativenzeitung »Kölner VolksBlatt«, deren MitarbeiterInnen sich jetzt auf das neue Medienprojekt freuen. Seite 5

RADICAL ROUTES

In Großbritannien wächst eine Vernetzung selbstverwalteter Betriebe und Wohnprojekte mit radikalen Prinzipien. »Radical Routes« ist ein britisches Netz von 43 Kooperativen mit 200 Mitgliedern, davon etwa 30 Wohnprojekte. Die Mitglieder der Projekte kommen aus der Alternativszene und sind in Anti-Straßen-, Friedens- und Tierrechtsbewegung aktiv. Einige Gruppen beschäftigen sich intensiv mit Permakultur und Kindererziehung ohne Schule. Seite 6

SÜDINDIEN

Südindiens Steinbrucharbeiter organisieren sich, um auf diesem Weg ihre gesellschaftliche Isolation zu überwinden. In zwölf Steinbrüchen wurden die neuen Ideen schon umgesetzt. Arbeitsbedingungen und die Versorgungssituation für die Beschäftigten haben bei den genossenschaftlich organisierten Steinbrüchen bereits erhebliche Verbesserungen erfahren. Seite 13

FAIRER HANDEL

1998 hat sich der Absatz von Schokolade und Bonbons mit dem Transfair-Siegel fast verdoppelt. Harald Gruber berichtet über diese erfreuliche Entwicklung. Erfreulich ist dieser Erfolg auch für die benachteiligten Produzentengruppen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Näheres auf Seite 13.

www.nadir.org/nadir/periodika/contraste

AKTIONSKARAWANE DER INDISCHEN BASISBEWEGUNG »KRRS«

InterContinental Caravan

Schwindlig wird der CONTRASTE-Redaktion bei all den Gegen-Aktivitäten, die im Vorfeld und während der offiziellen Treffen der führenden Wirtschaftsmächte (EU-Gipfel und G7-Gipfel) geplant sind. Über die Vielfalt der geplanten Aktivitäten hatte CONTRASTE in der letzten Ausgabe informiert. Kurz vorgestellt hatten wir auch die geplante Rundreise durch Europa im Mai und Juni von 500 Bauern und Bäuerinnen aus Indien. In dieser Ausgabe informieren wir ausführlicher über diese Initiative und deren Hintergründe. Entnommen haben wir die nachfolgenden Beiträge einer Dokumentation des Projektes.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Projekt

Am Anfang nannten es die indischen InitiantInnen und wir europäischen KoordinatorInnen nur »TCP« – Totally Crazy Project. Nun laufen seit mehreren Wochen in Europa, Indien und einigen Ländern Südamerikas und Afrikas Vorbereitungen für die »Interkontinentale Karawane für Solidarität und Widerstand«, die im Frühsommer 1999 Europa besuchen wird. Das Projekt entstand im Rahmen der weltweiten Koordination *»Peoples' Global Action«* auf Initiative der größten indischen Bauernorganisation KRRS, die rund 10 Millionen Mitglieder vereint.

Warum eine Karawane nach Europa?

Den InderInnen geht es einerseits um Austausch und Kontakt mit lokalen Bauern und Bäuerinnen, sowie politischen Basisorganisationen, andererseits darum, einer breiten europäischen Öffentlichkeit ihre Situation und die direkten Auswirkungen des »Freien« Handels und der WTO-Abkommen zu vermitteln. Zitat aus einem Brief aus Indien: »Wir wollen dem Norden vermitteln, wie der Süden das System der Ausbeutung und des Genozids erlebt, das von Euren Regierungen und internationalen Institutionen wie der WTO und den multinationalen Konzernen aufgezwungen wird. Wir wollen Euch aus erster Hand eine Vorstellung davon geben, welche Auswirkungen diese Institutionen auf uns haben und wie sie unser Leben zerstören. Im Süden ist die Dringlichkeit einer radikalen politischen Veränderung offensichtlich. Wir hoffen, daß dieses Projekt dazu beitragen wird, dieses Bewußtsein in der europäischen Öffentlichkeit zu verbreiten.«

Neben einem direkten Austausch und der öffentlichen Information wollen die InderInnen und ihre BegleiterInnen auch die Institutionen und multinationalen Konzerne, die ihre desolate Situation zu einem großen Teil zu verantworten haben, mit ihrer Präsenz konfrontieren.

Aus der Sicht von uns europäischen KoordinatorInnen bestehen die Ziele der Karawane vor allem in einem breiten Kontaktnetz und dem Austausch zwischen verschiedenen Gruppen und Menschen, die sich wehren. Wir wollen auch hier in Europa eine Kraft entwickeln, die sich der ungerechten Weltordnung widersetzt und mit der Vernetzung von lokalen Alternativen eine neue Perspektive aufzeigt. Arbeitslosen- und Bauernorganisationen, kirchliche, Solidaritäts- und Umweltgruppen, Gewerkschaften, Studierende, Friedensorganisationen und Centri sociali unterstützen die Karawane in 12 Ländern Europas, weitere Basisorganisationen und Einzelpersonen werden um Unterstützung angefragt. Wir wollen den indischen Bauern und Bäuerinnen und anderen VertreterInnen von Basisbewegungen des Trikonts die Möglichkeit geben, hierher zu kommen und für sich selber zu reden; wir wollen aber auch die sich verschlechternde Situation in Europa thematisieren, denn auch hier sind die Auswirkungen der neoliberalen Politik spürbar. Nicht zuletzt möchten wir eine Diskussion um Alternativen anregen und uns daran beteiligen.

In jedem Land werden einige zentrale Veranstaltungen oder Aktionen zu spezifischen Themen stattfinden, beispielsweise Demonstrationen oder Kundgebungen vor multinationalen Konzernen oder kulturelle Veranstaltungen, die den Austausch zwischen den GastgeberInnen und den TeilnehmerInnen fördern. Daneben soll Raum bleiben für etwas Ruhe und Entspannung. Die Route richtet sich zu einem Teil nach bereits geplanten Anlässen, wie zum Beispiel dem »For Mother Earth«-Marsch nach Brüssel für die Abschaffung aller Atomwaffen oder einer Großdemonstration und Konferenz von progressiven christlichen Organisationen in Italien.

Die Karawane fällt zeitlich zusammen mit zwei wichtigen politischen Ereignissen, die im Juni in Köln stattfinden werden: Mit dem EU-Gipfeltreffen und dem G7/G8-Gipfeltreffen. Ein Teil der Karawane wird sich an den Gegenveranstaltungen zum EU-Gipfel beteiligen, ihren Abschluß findet die Karawane zum G7/G8-Treffen, bevor die TeilnehmerInnen nach Amsterdam zurückreisen und nach Hause fliegen.

Unterstützung durch holländische Kollektive

Die Kosten für den Flug werden von den TeilnehmerInnen und ihren Organisationen selber erbracht; die europäischen Koordinationskomitees sind für Unterkunft, Verpflegung, Transport und alle weiteren Kosten verantwortlich.

Der Transport erfolgt durch Busse, die von einem holländischen Bus-Kollektiv vorbereitet und unentgeltlich gefahren werden. Das holländische Kollektiv Rampenplan, das über mobile Küchen mit allem Inventar verfügt, wird die ganze Tour begleiten und mit lokaler Hilfe bei den Großanlässen kochen.●

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

FRAUEN-COMPUTER-SCHULE MÜNCHEN WIRD EINE AG

Von der Emanzipation zum Management

Die Frauen-Computer-Schule München GbR plant die Umwandlung zur Aktiengesellschaft zum 1.1.2000. Ab diesem Monat können Optionen für die Aktien zu je 250 Euro (= 500 DM) gezeichnet werden. Die Emission umfaßt 1.000 Aktien.

von Angelika Bibbò, München ● Das Gründungskapital der AG wird in weiteres Wachstum, d.h. in neue Schulungsräume investiert. Die Gründungsversammlung findet am 10.9.1999, dem neunten Geburtstag der Frauen-Computer-Schule München statt. Die Aktien werden vorerst nicht an der Börse gehandelt, und der Verkauf der Aktien ist an die Zustimmung der AG gebunden.

Mit dem Team von 45 qualifizierten und engagierten Referentinnen wurde 1998 ein Umsatz von 1,7 Mio. DM erzielt. Jährlich werden in drei Seminarräumen über 450 Kurse abgehalten und rund 4.000 Teilnehmerinnen geschult. Für 1999 wird eine Umsatzsteigerung auf 2 Mio. DM erwartet. »Wir sind eines der erfolgreichsten Frauenprojekte und bieten allen Mitarbeiterinnen und Freundinnen der Frauen-Computer-Schule Münchens an, Aktien zu erwerben und am Erfolg unseres Unternehmens Anteil zu haben«, so *Angelika Huber*, Gründerin der Frauen-Computer-Schule München. »Mit den Aktien haben Frauen die Möglichkeit, sich gesellschaftspolitisch motiviert an unserem Unternehmen zu beteiligen«.

Mit der Gründung der AG vollzieht sich ein Wandel, den *Angelika Huber* gerne als »Emanzipation zum Management« beschreibt. »Wir sehen in diesem Schritt eine konsequente Umsetzung unserer emanzipatorischen Idee, die sich nicht nur auf unsere Kurse bezieht, sondern auch auf unsere Organisationsform«. »Management by Rotation« nennt sich das Organisationsmodell, das seit fast zwei Jahren erfolgreich gelebt wird. Dieses Modell war ein erster Schritt zur Beteiligung der Referentinnen am Unternehmen. Neun Organisationsfrauen teilen sich drei Vollzeitstellen, und da die meisten aus dem Organisationsteam zugleich als Referentinnen aktiv sind, hat die Beratung noch ein zusätzliches Plus an Qualität gewonnen.

Nicht kleckern, sondern klotzen

Das war schon zu Beginn die Leitlinie von *Angelika Huber*, die ihre unternehmerische Erfahrung auch in einem Buch über Existenzgründungen für Frauen veröffentlicht (mvg-Verlag, März 1999). In der Aufbauphase war die Rechtsform einer GbR (Gesellschaft bürgerlichen Rechts, Gesellschafterinnen sind *Angelika Huber* und *Elisabeth Seidel*) ideal für das Unternehmen. Heute ist die AG die optimale Gesellschaftsform für das geplante Wachstum und für die Beteiligung der Referentinnen und der Aktionärinnen an der Organisation und Verantwortung.

Finanziert wurde die Frauen-Computer-Schule ursprünglich durch Existenzgründungsdarlehen aus ERP-Sondervermögen und durch Frauen-Förder-Kredite der Ökobank. Mittlerweile ist sie von Banken unabhängig und nur noch privat finanziert. »Wir wollten von Anfang an kein typisches Modellprojekt bleiben, das von Fördermitteln abhängig ist«, so die Gründerin.

Idealismus und praktischer Kapitalismus – Zwei Welten?

»Als ich 1990 die Frauen-Computer-Schule München als Computerschule für Frauen gegründet habe, stand der emanzipatorische Ansatz im Vordergrund«, erinnert sich *Angelika Huber*, gelernte Bankkauffrau.

Fortsetzung auf Seite 4

KONGRESS IN BERLIN VOM 23. BIS 25. APRIL 1999:

»Anders arbeiten – oder gar nicht?!«

Politische und rechtliche Rahmenbedingungen des »Dritten Sektors«

»Die Zeit, in der Erwerbsarbeit eine allgemeingültige Lebensperspektive darstellte, ist unwiederbringlich vorbei. Nichts spricht bisher dafür, daß die rot-grüne Regierung die Fantasie, den Mut und die Kraft hätte zu einer Politik, die diesem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel in emanzipatorischem Sinne gerecht wird.« So die Einleitung zu unserer Beilage in der taz vom 30.3.1999, die sich mit dem Kongreßthema befaßt und zeitgleich mit der vorliegenden CONTRASTE erscheint. Nachfolgend einige kurze Informationen zum Kongreß:

Seit Oktober 1998 trifft sich regelmäßig eine durch Netzwerk Selbsthilfe e.V. Berlin angeregte *»Initiative Anders Arbeiten«*. Beteiligt sind eine Vielzahl von Projekten wie z.B. die Zeitschrift CONTRASTE, das *Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V.*, der *Prüfungsverband der klein-und mittelständischen Genossenschaften Berlin e.V.*, die Ideenwerkstatt *»workstation«* und Erwerbslosengruppen. Darüber hinaus engagieren sich Einzelpersonen aus Beschäftigungsgesellschaften, dem Wissenschaftsbereich, der Lokalen Agenda, aus Tauschringen sowie dem BUND, den Grünen, den Jusos und der SPD.

Zusammengefunden haben sich die verschiedenen AkteurInnen, um Perspektiven für selbstorganisierte Arbeitsformen jenseits von Markt und Staat weiterzuentwickeln. In einer Situation, in der die Zahl derjenigen, die auf dem regulären Arbeitsmarkt einen Platz ergattern sinkt, und die Zahl derjenigen, die von materiellem Einkommen, sozialer Sicherheit und Perspektiven ausgeschlossen werden steigt, ist es entscheidend, daß den Menschen Möglichkeiten jenseits traditioneller Erwerbsarbeit eröffnet werden.

Der Begriff des »Dritten Sektors« ist ein zwiespältiger Ansatzpunkt für die Suche nach einem anderen Verständnis und anderen Formen der Arbeit. Zum einen steht der »Dritte Sektor« für die Chance, »entfremdete Arbeit« durch selbstgewählte und gesellschaftlich nützliche Arbeit zu ersetzen. Zum anderen jedoch arbeiten Neoliberale daran, unter dem Deckmantel einer Aufwertung gemeinnütziger Tätigkeiten, un- und schlechtbezahlte Arbeit auszuweiten, und die auf dem Arbeitsmarkt Ausgegrenzten zwangsweise auf »Ehrenämter« zu verpflichten. Auch die rot/grüne Regierung setzt auf althergebrachte Konzepte und verharrt in traditionellen Vorstellungen vom Normalarbeitsverhältnis. Selbst hier gibt es Strömungen, die den Erhalt von Sozialleistungen an die Ableistung von Arbeit koppeln und Selbsthilfe zur Billigdienstleistung degradieren wollen.

Tatsächlich sind im »Dritten Sektor« in den vergangenen Jahren viele neue Beschäftigungsansätze von kleinen Organisationen entwickelt worden, unter aufwendiger Integration unterschiedlichster Förderquellen und unter einfallsreicher Umgehung der im Arbeitsförderungsrecht, Vereinsrecht und Genossenschaftsrecht beinhalteten Restriktionen.

Anders arbeiten – oder gar nicht?!
NETZWERK
EIN POLITISCHER FÖRDERFONDS

Auf den verschiedenen Erfahrungen aufbauend wird auf dem Kongreß diskutiert werden:

- Welche Rahmenbedingen, welche rechtlichen Veränderungen sind notwendig, damit im »Dritten Sektor« ökologisch sinnvolle, gesellschaftlich nützliche und sozial gesicherte Beschäftigung entsteht?
- In welcher Form kann gewährleistet werden, daß der Übergang zwischen Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt und im »Dritten Sektor« offen bleibt, und der »Dritte Sektor« nicht zum Auffangbecken für die »Ausgestoßenen« mißbraucht wird?
- Wie kann allen Menschen Zugang zu einem existenzsichernden (Grund-)Einkommen verschafft werden - ohne jede Form von Arbeitszwang und mit dem Recht auf Müßiggang?

Soweit die Standortbestimmung der an der Vorbereitung beteiligten Gruppen und Einzelpersonen. Der Tagungsort ist die Humboldt-Universität Berlin, Unter den Linden 6 in Berlin-Mitte. Der Tagungsbeitrag beträgt nach Selbsteinschätzung 10 bis 50 DM.

Anmeldung und nähere Informationen über das Kongreßbüro, Netzwerk Selbsthilfe Berlin e.V., Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin, Tel. (0 30) 69 59 83 06, Fax 691 30 05, E-Mail: netzwerk-kongress@t-online.de

Weitere Infos und die Beiträge aus der taz-Beilage vom 30.3.19 gibt es auch im Internet:
www.nadir.org/nadir/contraste/kongress

Z. B.: ANDERS REISEN

Auf unserer Service-Seite »Anders Reisen« in den gerade erschienenen BUNTEN SEITEN 1999 gibt Werner Ader einen Überblick zum Thema und beschreibt den Anspruch des 1981 gegründeten selbstverwalteteten Bus-Kollektivs »Unterwegs«, das Büros in Braunschweig und Hamburg mit 15 KollektivistInnen betreibt. Ist »Anders Reisen« nun lediglich ein Werbegag – oder versteckt sich hinter diesem Wort auch ein neuer Inhalt? ... Die Nachfrage nach »anderen« Reisen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dieser Trend ist auch auf dem jährlich im Januar stattfindenden »Marktplatz für anderes Reisen«, einer Messe, die seit sieben Jahren in Hannover stattfindet zu spüren – die Anzahl der Anbieter und der BesucherInnen ist von Jahr zu Jahr kräftig gewachsen.

Neben dieser Service-Seite sind in unserer Rubrik »Rund ums Reisen« 234 Anschriften von Reiseunternehmen, Projekten, Initiativen und Zusammenschlüssen aufgeführt.●

CONTRASTE (Hg.): BUNTE SEITEN 1999, 292 Seiten, ISBN 3-924085-05-6, 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, Bestellungen über die Redaktionsanschrift.

VOM ABO ZUR VEREINSMITGLIEDSCHAFT IM CONTRASTE E.V.

Werdet Mitglied im CONTRASTE e.V. !

Leider stagniert die Zahl der Umwandlungen von Normalabonnements in Fördermitgliedschaften in diesem Monat und es ist bei zweiundzwanzig Umstellungen seit dem Monat November geblieben. Zusätzlich sind weitere drei Personen spontan dem Förderverein beigetreten, eine größere und weitere kleinere Spenden erreichten CONTRASTE. Damit haben wir ca. 45% der Summe, die zum Erreichen unseres Zieles, die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu füllen, erreicht (aktuelle Statistik siehe unten). Jedoch, bis zum vorgebenen Ziel benötigen wir noch 55% Mehreinnahmen, damit nach den Sanierungsmaßnahmen nicht wieder neue Finanzlöcher auftreten. Unser Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 614 12, Kto-Nr. 64076. Auf Wunsch schicken wir gerne eine Spendenbescheinigung.

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Eine Analyse unserer Abodaten der letzten drei Jahre ergibt, daß trotz erfreulicher Neuzugänge dennoch nur die Abostatistik bereinigt wird. Offensichtlich müssen wir uns darauf einrichten in der »alternativen Marktnische« zu überleben. Die Kostenstruktur der CONTRASTE macht das Überleben aber schwierig – trotz ehrenamtlicher Struktur. Die Kosten für die Herstellung, Layout, Druck und Vertrieb, Büro, Telefon, Porto etc. für die Zeitung übersteigen die jährlichen Einnahmen um ca. 10.000 DM. Seit dem Erscheinen der BUNTEN SEITEN in Buchform haben wir diese Deckungslücke verkleinern können, jedoch bedeutet das für uns noch einmal zusätzlichen Arbeitsaufwand – natürlich unter Lohnverzicht.

Aus den vergangenen Jahren schleppen wir noch 40.000 DM an Schulden mit uns herum, die wir hoffen durch Eure Spenden und eine Schenkungs- und Leihgemeinschaft tilgen zu können. Auf den Weg bringen wir jetzt die Leih- und Schenkungsgemeinschaft »CONTRASTE I«, an der sich der Redaktionskreis in Höhe von ca. 20.000 DM beteiligt. Wir hoffen jetzt noch, daß sich eine weitere Schenkungsgemeinschaft aus dem Spektrum interessierter Projekte, Betriebe, Netzwerke und Einzelpersonen bildet, um auch noch die verbleibenden 20.000 DM zu tilgen. Die vorbereitenden Unterlagen können bei der Heidelberger Redaktion angefordert werden.

Betriebswirtschaftlich gesehen, könnte uns nur eine Preiserhöhung des Jahresabonnements auf 120 DM vor der drohenden Pleite retten. Oder ein sprunghafter Anstieg unserer Abozahl um mindestens 300 Exemplare. Ersteres können wir wahrscheinlich nicht ohne Verluste durchführen. Einen Abosprung in dieser Höhe können wir uns nur wünschen – unsere Erfahrung läßt diese Erwartung garnicht erst aufkommen.

So bleibt uns nur ein Weg – der Aufruf an unsere AbonnentInnen freiwillig mehr zu bezahlen durch einen Beitritt in den CONTRASTE e.V., den Herausgeber der Zeitung. Mitglieder bekommen CONTRASTE im Rahmen ihrer Mitgiedschaft kostenlos zugeschickt. Betriebe und Institutionen, die dem Verein beitreten, erhalten auf Wunsch auch mehrere Exemplare.

Um unser Ziel zu erreichen, steht weitere Arbeit an, wenn wir alle AbonnentInnen mit der Bitte um Eintritt in den Verein anschreiben müssen – auch die Deutsche Post AG würde sich über unsere Briefaktion freuen. Darum die Bitte an Euch: füllt den untenstehenden Coupon aus und schickt oder faxt uns diesen zu. Diese Bitte geht auch an diejenigen, die sich einen Beitritt nicht leisten können – ein Kästchen zum ankreuzen ist vorgesehen. Ihr könnt uns auch kurz telefonisch (möglichst unter Angabe Eurer Abonummer auf dem Adressenaufkleber) benachrichtigen (Tel. 0 62 21 – 16 24 67). Durch Eure Mithilfe können wir zusätzliche Arbeit und Kosten sparen.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

KLEINE STATISTIK:

Leider konnte sich von unseren bisherigen AbonnentInnen in diesem Monat niemand dazu entschließen, dem CONTRASTE e.V. beizutreten, um so das jährlich zu erwartende Defizit in Höhe von 10.000 DM zu verringern. Aber wir konnten zusätzlich drei neue Fördermitglieder gewinnen:

- Andreas Birkert, Stuttgart
- Uli Frank, Sprockhövel
- Ilona Hopp, Berlin

Erfeuliches gibt es von unserem Spendenkonto zu vermelden:

- 1.000 DM gab es von einer anonym bleiben wollenden Spenderin
- 100 DM von einem gleichfalls anonym bleiben wollenden Spender
- Manfred Manthey, Thomsdorf (40 DM)

Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 1.120 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 2.260 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Zwei Fördermitgliedschaften wurden gekündigt (- 320 DM), eine Fördermitgiedschaft wurde umgewandelt in ein Normalabonnement (- 120 DM). Gekündigte Abos gab es dreizehn, darunter eine Kneipe in Neustadt a. d. Weinstraße, die Konkurs angemeldet hatte. Das ergibt Mindereinnahmen von 1.480 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 780 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch **5.344 DM**. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

HESSEN: BREITES BÜNDNIS GEGEN ABSCHIEBUNG IN HIRSCHHORN

Abschiebemaschinerie läuft weiter

Seit die »rot-grüne« Bundesregierung ihre Geschäfte begonnen hat, ist mal hier mal dort davon zu hören oder zu lesen, daß es eine neue »Altfallregelung« für AsylbewerberInnen, neue Länderberichte des Auswärtigen Amts und ähnliches mehr geben soll. Damit werden Hoffnungen bei einem Teil der Flüchtlinge, die es bis in dieses Land geschafft haben, geweckt. Für viele werden auch diese Änderungen nichts bringen – falls diese denn jemals Wirklichkeit werden sollen.

von Stefan Riedel, Red. Neckar/Odenwald- ANO/KL ● Inzwischen läuft die Abschiebemaschinerie ungebremst weiter. Einige wenige spektakuläre Einzelfälle finden ihren Niederschlag in der bürgerlichen Presse. Statt eine politische Lösung zu suchen oder wenigstens eine der angekündigten Änderungen abzuwarten, werden z.B. immer wieder kurdische Familien in die Türkei abgeschoben.

Dafür vorgesehen ist auch die in Hirschhorn am Neckar lebende Familie von Esma und Osman Karadeniz. Seit neun Jahren lebt das Ehepaar inzwischen in der BRD, fünf Kinder sind hier geboren, hinzu kommen fünf Geschwister Osmans, von denen vier jünger als 18 Jahre sind. Ihre Asylfolgeanträge sind abgelehnt, die Duldung wurde zuletzt nur noch um zwei Monate bis zum 18. März 1999 verlängert. Zur Zeit hoffen sie noch auf den Petitionsausschuß des hessischen Landtags.

Osmans Bruder Bedri Karadeniz hatte weniger Zeit. Kurz nach der Ablehnung seines Asylfolgeantrags versuchte er Anfang Dezember 1998 bei den für ihn zuständigen Behörden in Gießen eine Verlängerung seiner Duldung zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit wurde er verhaftet und in die Türkei abgeschoben. Bisher gab es aus der Türkei keinerlei Rückmeldung von ihm und die hier lebenden Verwandten befürchten das Schlimmste. Auch die türkische Menschenrechtsorganisation IHD und eine UN-NGO-Organisation haben nichts über den Verbleib Bedris herausfinden können.

Daß Mitglieder der Familie Karadeniz konkret bedroht sind, zeigt auch das Beispiel des zuckerkranken 65jährigen (Groß-) Vaters Ramazan Karadeniz aus dem kurdischen Dorf Tilsakan (Özbek) im Kreis Idil. Er war im August 1998 vier Tage inhaftiert und wurde bei seiner Festnahme gefoltert. Davon erfahren haben die hier lebenden Kinder und Enkel aus der Zeitung »Özgür Politika«.

Die Familie Karadeniz gilt allgemein als PKK-nah. Der Onkel Ahmet Karadeniz war als führendes PKK-Mitglied bekannt und wurde häufiger in der deutschen und türkischen Presse erwähnt. Er war im Düsseldorfer Kurdenprozeß angeklagt, das Verfahren wurde aber eingestellt. 1997 wurde er in einem weiteren Verfahren vor dem OLG Franfurt verurteilt.

Osman Karadeniz selbst ist geflohen, weil er durch Folter zur Zusammenarbeit mit türkischen Staatsorganen gezwungen werden sollte. Die Narben sind heute noch zu sehen. Immer wieder wurde er auch beschuldigt, PKK-Mitglieder versteckt oder unterstützt zu haben. Mehrfach wurde er verhaftet und verhört. Nach einer besonders schlimmen Folterung gab er vor, zur Zusammenarbeit bereit zu sein, nutzte aber die erste Gelegenheit zur Flucht.

Osman hat auch in der BRD an verschiedenen kurdischen Veranstaltungen teilgenommen, wobei er auch auf Pressebildern zu sehen ist. Für den kurdischen Fernsehsender MED-TV hat er an Reportagen mitgearbeitet. An das türkische Konsulat schrieb er, jeden Militärdienst für die Türkei zu verweigern und er wolle Jugendliche dazu auffordern, sich ebenso zu verhalten. Er wolle auch nicht mehr Staatsbürger der Türkei sein. Auf Nachfragen bestätigte er schriftlich die Echtheit seiner Unterschrift unter diesem Brief.

Die Gefährdung der Familie Karadeniz und im besonderen von Osman Karadeniz ist offensichtlich. Dennoch wurden Asylantrag und Folgeantrag abgelehnt. Die Entscheidung des Petitionsausschusses des hessischen Landtags ist ungewiß. Eine weitere Chance sieht die Familie in der sogenannten »Altfallregelung« für AsylbewerberInnen, die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung angekündigt wurde. Noch haben sich Bund und Länder nicht einigen können. Die Bundesländer gehen auch sehr unterschiedlich damit um. Während Niedersachsen für in Frage kommende Personen eine viermonatige Duldung ausgesprochen hat, scheinen anderswo gezielt mögliche AntragstellerInnen abgeschoben zu werden. In Hessen besteht eine vage Zusage, daß entsprechende Petitionen bis zum Inkrafttreten der Regelung nicht behandelt werden und somit eine Art inoffizieller Abschiebeschutz bestehe. Pro Asyl sieht aber Anzeichen, daß von dieser Linie wieder abgerückt werden soll, nachdem inzwischen mehrere hundert solcher Petitionen gestellt worden sind.

In die »Altfallregelung« von 1996 wurden weniger als 8.000 Flüchtlinge einbezogen. Ein großer Teil scheiterte dann aber an der Auflage, kurzfristig Arbeit zu finden. Denn hierbleiben wird wohl nur dürfen, wer nicht von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe leben muß. Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind voraussichtlich ganz ausgeschlossen; wer straffällig geworden ist, sowieso.

In Hirschhorn kümmert sich mittlerweile eine UnterstützerInnengruppe, um die Familie Karadeniz. Auslöser dafür war Mehmet Karadeniz, Schülersprecher der Grund- und Hauptschule, der im persönlichen und schulischen Umfeld von der drohenden Abschiebung berichtete. Ungewöhnlich ist die Zusammensetzung der UnterstützerInnengruppe: Der evangelische Pfarrer ist ebenso vertreten wie ein ehemaliger CDU-Stadtverordneter, die wichtigsten Leute der örtlichen SPD und die ANO/KL (Antifa Neckar/Odenwald/Keine Lichterketten). Bei aller Skepsis, was für Aktivitäten mit dieser Konstellation möglich sind, hoffen die beteiligten AntifaschistInnen, daß ein breiterer Kreis mehr erreichen kann, als eine in ihrer Szene verhafteten Gruppe. Immerhin hat auch der SPD-UnterbezirK (Kreis Bergstaße) beschlossen, das Anliegen zu unterstützen und Landrat Hofmann (SPD) hat schriftlich zugesagt, daß keine Abschiebung vor der Entscheidung über die Petition erfolgt. Wenig genug, aber mehr als nichts, angesichts der herrschenden Zustände. Vor einigen Wochen mußte der SPD-Landrat des rheinland-pfälzischen Landkreis Mainz-Bingen von seinem Innenminister zurückgepfiffen werden, weil er einen bosnischen Flüchtling abschieben wollte, obwohl dessen Petition noch läuft. Und da ging es um einen der wenigen Abschiebefälle, von denen in der überregionalen Presse berichtet worden ist.●

AKTION 3.WELT SAAR UND BUKO:

Internationale Kurdistankonferenz und Prozeßdelegation

So sehr die Türkei die Entführung Öcalans innenpolitisch auskostet, so sehr hat sie damit selbst die Kurdistan-Frage auf die Tagesordnung der internationalen Politik gesetzt. Die PKK ist nicht die Ursache des türkischen Staatsterrors – zum Beispiel die Vernichtung von 3.500 Dörfern – sondern die Folge davon.

Die jahrelange einseitige Parteinahme der Bundesrepublik Deutschland in der Kurdistanfrage läßt sich durch Rufe nach schärferen Gesetzen und Abschiebungen nicht kaschieren. Die verbalradikalen Erklärungen von CDU-Politikern sowie das demonstrative Aussitzen dieses Problems durch die rot-grüne Bundesregierung sollen von den eigenen Verwicklungen wie jahrelange Waffenlieferungen und wirtschaftliche Hilfe für Ankara ablenken. Außerdem wird damit ähnlich wie in der Türkei versucht, politische Probleme polizeilich zu lösen. Diese Auffassung vertreten die AKTION 3.WELT Saar und der BUKO, Hamburg. Im BUKO, »Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen« sind über 200 3.Welt-Organisationen zusammengeschlossen.

Nach Auffassung der beiden Organisationen würde ein klares Signal aus Bonn für eine politische Lösung in hohem Maße deeskalierend wirken. Die Spirale der Gewalt kann nur durch eine politische Lösung beendet werden. Neben dem Engagement für eine **internationale Kurdistankonferenz** soll die Bundesregierung den Öcalan-Prozeß durch eine **Delegation** beobachten lassen.

Unabhängig von der großen Politik können auch Verbraucher und Verbraucherinnen aktiv werden und **Urlaubsfahrten** in die Türkei boykottieren. Dies wäre die richtige Reaktion auf die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen. Allein im letzten Jahr nahm die Türkei 8,5 Mrd. DM aus dem Tourismusgeschäft ein, die mit zur Finanzierung des Krieges gegen die Kurden beitragen. Ein Ausbleiben der Touristen bedeutet für die Türkei einen empfindlichen Einnahmeverlust.

Bis heute sind nach ersten Schätzungen allein im Februar 1999 zwischen 300 und 400 Mitglieder der pro-kurdischen Partei HADEP verhaftet worden. Die Partei setzt sich für eine politische Lösung der Kurdistanfrage ein. Sie soll noch vor den Parlamentswahlen am 18. April verboten werden. Insgesamt hat die Türkei seit der Verhaftung Öcalans nach Angaben des Menschenrechtsverein (IHD) 3.300 Oppositionelle verhaftet.●

Hans Wolf

GIESSEN: ZWEI JAHRZEHNTE »SÜDANLAGE 20« MÜSSEN FORTGESETZT WERDEN!

Kampf um den Erhalt selbstbestimmter Lebensräume

Zum 31. Oktober 1999 wurde der Mietvertrag der »Südanlage 20« gekündigt. Falls kein Ersatzobjekt bereit gestellt wird, gehen an diesem Tag fast 20 Jahre selbstbestimmtes Leben und Wohnen in dem ehemals besetzten Haus im Zentrum Gießens zu Ende. Nachfolgend Einschätzung, Geschichte und Forderungen der BewohnerInnen.

Damit scheint sich auch in Gießen ein Trend durchzusetzen, der schon in anderen Städten zu beobachten ist. Die Reprivatisierung besetzter und selbstverwalteter Lebensräume. Aktuelle Beispiele sind z.B. das »Köpi« in Berlin, das »Steffi« in Karlsruhe, das »Autonome Zentrum« in Heidelberg oder die »Michael Barrax« in Frankfurt. Desweiteren sind zahlreiche Bauwagenplätze wie z.B. in Kassel, Gießen oder Frankfurt von der Räumung bedroht.

Zur Geschichte der »Südanlage 20«

Am 2. März 1981 wurde das Haus Südanlage 20 besetzt, nachdem es zuvor aufgrund der Planungen eines wahnwitzigen Straßenprojektes schon über vier Jahre leer stand. Was anfangs von der Öffentlichkeit noch als Faschingsscherz gesehen wurde, entwickelte sich nach und nach zu einem der bedeutensten Zentren in Hessen.

Zu Beginn der Besetzung diente die Südanlage 20 hauptsächlich als Wohnraum, der von den BesetzerInnen instandgesetzt wurde. Mit der Instandbesetzung wurde dem Trend entgegengewirkt, die Gießener Innenstadt in ein teures Büro- und Geschäftsviertel mit einigen wenigen unbezahlbaren Eigentumswohnungen umzuwandeln und alle, die nicht in die Glitzerwelt der Beton-, Glas- und Kommerzpaläste passen, an den Stadtrand oder in anonyme Wohnsilos abzudrängen.

Nachdem in Hessen Anfang der 80er Jahre erstmals eine Mehrheit der Bevölkerung SPD/Grüne gewählt hatte, wurden seitens der BesetzerInnen der Südanlage 20 und der ebenfalls besetzten Alicenstraße 18 im Rahmen der damaligen Koalitionsvereinbarungen Verhandlungen mit dem Land Hessen zum Abschluß von Miet- bzw. Erbpachtverträgen aufgenommen. Im Laufe der Verhandlungen konnte die damalige Landesregierung dazu gebracht werden, das Anwesen von der damaligen Besitzerin (Bundesrepublik Deutschland) zu erwerben, zum Abschluß von Verträgen kam es aufgrund von Desinteresse und Verschleppungstaktik der Landesbehörden allerdings nicht. Die Ende der 80er Jahre in Hessen regierende CDU verkaufte die sich Landesbesitz befindlichen Häuser an private Investoren. In der Folge wurde die Alicenstraße 18 »entmietet« und luxussaniert, die BewohnerInnen der Südanlage 20 konnten in Verhandlungen 10jährige Mietverträge durchsetzen.

Die Mietverträge wurden mit dem »Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V.« abgeschlossen, der von den BewohnerInnen bereits Jahre zuvor gegründet worden war. Im Rahmen der Mietverträge wurde das Hintergebäude der Südanlage 20 in Eigenarbeit zum neuen Infoladen ausgebaut und der alte Infoladen, der sich seit 1987 im Haupthaus befand, zog um.

In der Südanlage 20 wohnen, arbeiten, feiern (kurz: leben) Menschen, die dort selbstbestimmt – alternativ zu Zweck-WGs, anonymen Studentenwohnheimen oder anderen Lebensgemeinschaften – wohnen wollen. Die BewohnerInnen sind gleichzeitig Mitglieder des Mietvereins und tragen somit diesen und die Hausgemeinschaft durch ehrenamtliche Arbeiten (Organisation, Instandhaltung, ...). Ein wichtiges Ziel des Vereins ist es, dem steigenden Mietwucher entgegen zu wirken und selbstverwalteten Wohnraum auch sozial Schwächeren anbieten zu können. Das bedeutet aber auch, daß die BewohnerInnen relativ bescheidene Wohnbedingungen auf sich nehmen (schlechte sanitäre Anlagen, keine Zentralheizung etc.), um in einer solchen Form miteinander leben zu können.

Die Südanlage 20 steht seit 18 Jahren für:

- selbstbestimmten Lebensraum;
- bezahlbaren Wohnraum;
- alternative, linke Politik;
- unkommerzielle Konzerte und Parties, die Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet anziehen;
- Kulturveranstaltungen.

Außerdem ist die Südanlage 20 Anlaufstelle und Treffpunkt unterschiedlicher kultureller und politischer Gruppen und ermöglicht die Nutzung von Werkstätten und Proberäumen.

Was wir brauchen:

Ein großes Haus mit Wohnungen und Räumlichkeiten für Konzerte, politisches und kulturelles Engagement, für Gruppenwerkstätten, Proberäume etc. als Ersatz für das Wohnhaus und dem Infoladen. Dies muß zu günstigen Bedingungen miet- oder pachtbar sein. Dafür sind wir auch zum Eigenausbau für die genannten Zwecke bereit.

Wir fordern die Stadt Gießen auf, Bedingungen dafür zu schaffen,

- daß ein Ersatzobjekt gefunden und bereitgestllt wird!!!
- daß langfristige Mietverträge (oder auch Erbpachtverträge) mit dem »Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V.« abgeschlossen werden!!!

Die BewohnerInnen der Südanlage 20 und ihre UnterstützerInnen

Kontakt: Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V., Südanlage 20, D-35390 Gießen

Anzeige

AZADI

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

AZADI unterstützt die Menschen, die aufgrund ihrer Arbeit für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in Deutschland der politischen Verfolgung ausgesetzt sind.

AZADI ist auf Ihre Solidarität, Spenden und Mitarbeit angewiesen.

AZADI
Koelhoffstraße 10
50676 Köln

Spendenkonto:
Ökobank Frankfurt/M
Blz.: 500 901 00
Kto.: 54 00 279

HINTERGRUND

Die Frauen-Computer-Schule als AG

Warum eine Veränderung der Rechtsform?

Die Frauen-Computer-Schule München wurde 1990 als Einzelunternehmung von Angelika Huber gegründet. Bereits damals arbeitet sie nicht allein, sondern im Team – aus sieben Frauen bestehend – da ursprünglich ein Verein gegründet werden sollte. Die qualifizierte Unternehmensberatung durch *»Geld & Rosen«* führte dazu, die Schule als idealistisches Projekt auf kommerzielle Beine zu stellen – mit der Konsequenz, daß Angelika Huber allein verantwortlich handelte. Bereits 1991 stieg Elisabeth Seidel in die Organisation mit ein und wurde 1995 gleichberechtigte Partnerin der nunmehr als BGB-Gesellschaft firmierenden FCS. Für das unaufhaltsame Wachstum der Frauen-Computer-Schule München war diese Rechtsform ideal: unkompliziert, unbürokratisch – und damit beweglich.

Mittlerweile jedoch ist die Frauen-Computer-Schule München ein Unternehmen, das mit nur zwei Gesellschafterinnen nicht mehr zu managen ist: neun Organisationsfeen teilen sich drei Vollzeitstellen (wir nennen dieses Modell: »management by rotation«), und 45 Referentinnen betreuen 4.000 Teilnehmerinnen in 450 Kursen pro Jahr. Im Viertel München-Neuhausen sind wir mit drei Schulungsräumen vertreten, ein vierter ist geplant.

Die Schere Handeln & Verantwortung zusammenführen

Die selbständige Arbeitsweise der Kolleginnen in der hierarchiefreien und sachorientierten Frauen-Computer-Schule München geht nicht mehr mit der BGB-Gesellschaft Huber/Seidel konform: neun Frauen handeln, zwei sind verantwortlich.

Gleichzeitig führt die steigende Re-Investitionsquote der Schule (1998 ca. 100.000 DM) zu steuerlicher Ungerechtigkeit: die Rücklagenbildung geht zu Lasten der BGB-Gesellschafterinnen.

Beispiel: Die Frauen-Computer-Schule München erwirtschaftet 1998 einen

Überschuß in Höhe von	DM 350.000,–
davon werden steuerlich	DM 100.000,–
an Abschreibungen abgezogen	
verbleiben	DM 250.000,–

Dieser Überschuß wird durch zwei dividiert, Angelika Huber und Elisabeth Seidel versteuern jeweils DM 125.000,–

Tatsächlich erhielten sie jeweils nur 60.000,– DM ausbezahlt, »der Rest« wurde investiert bzw. ging in die Liquiditätspolitik ein: für Rücklagenbildung, Tilgungsraten und Steuerzahlungen – allein 60.000 DM 1998 an Umsatzsteuer, dazu kommt noch die horrende Einkommensteuer, da bei einer BGB-Gesellschaft der gesamte Überschuß als Einkommen gerechnet wird. Das (steuerliche) Problem bei der BGB-Gesellschaft (= Gesellschaft bürgerlichen Rechts): ihre Gesellschafterinnen gelten nicht als »Kostenfaktoren« – was die Gesellschafterinnen bezahlt bekommen, muß durch Überschuß erwirtschaftet werden und gilt als »Privatentnahme« bzw. »Gewinnvorauszahlung«.

Warum die »Kleine AG«?

Durch das Buchprojekt »Existenzgründung für Frauen« (mvg Verlag), kam Angelika Huber auf die Idee: die neue Rechtsform der Kleinen AG, die es erst seit dem 1.1.1995 gibt, könnte das ideale »Kleid« für die Frauen-Computer-Schule München sein. Sie probierte es zusammen mit ihren Kolleginnen an – und verblüfft stellten alle fest: es paßt.

Im Unterschied zur »großen AG« ist die kleine

- nicht börsenorientiert;
- benötigt nur ein Grundkapital von 100.000,– DM und
- ist erheblich unbürokratischer zu handhaben als ihre »große Schwester«.

Vorteile der »Kleinen AG« für die FCS München

- Der partizipative Führungsstil in der Frauen-Computer-Schule München wird nicht nur de facto, sondern auch de jure gelebt.
- Die AG ist eine eigenständige juristische Person und damit nicht mehr von einzelnen natürlichen Personen abhängig.
- Die Rücklagenbildung schmälert den Gewinn – und ist sogar gesetzlich vorgeschrieben!
- Die Kleine AG ist keinen Spekulationen ausgesetzt.
- Die Haftung ist auf das Grundkapital beschränkt.
- Das gesellschaftliche Projekt Frauen-Computer-Schule wird tatsächlich »vergesellschaftet«: die FCS ist in Frauenhand.

Vinkulierte Namensaktien

Die Aktien der Frauen-Computer-Schule AG –voraussichtlich 1.000 Stück, jweils lautend auf 250 Euro (entspricht ca. 500 DM), werden auf den Namen der Erwerberinnen ausgestellt und in ein Aktienbuch eingetragen. Der Erwerb wird vertraglich festgehalten – die Aktionärinnen erhalten symbolische Aktien. Verkauf wie Rücknahme erfolgen über die Gesellschaft direkt, wobei der Verkauf an die Zustimmung des Aufsichtsrats gebunden ist.

Nachteile der »Kleinen AG« für die FCS München

Da die Aktiengesellschaft per Gesetz ein Gewerbe ist, wird die FCS bilanzierungspflichtig. In bezug auf das Finanzmanagement ist dies kein Problem – in der FCS wurde seit der Gründung »bilanziell gedacht«, aber für das Rechnungswesen bedeutet dies doppelte Buchführung. – diese wiederum bedeutet Verwaltungsaufwand: die Rechnungen müssen an dem Tag verbucht werden, da sie gestellt werden und an dem Tag, an dem sie bezahlt werden. Bei 4.000 Teilnehmerinnen jährlich keine unerhebliche Zahl. Trotzdem: wir werden auch und gerade diesen Verwaltungsaufwand minimieren und unserem lean management treu bleiben.

Davon abgesehen wird lediglich die Form an den Inhalt angepaßt: das Organisationsteam bleibt wie's ist, nur, daß es jetzt Vorstandsteam heißt.

Die erste Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat steht und die erste reguläre Hauptversammlung findet am 10.9.2000 statt – sie entlastet Vorstand und Aufsichtsrat, entscheidet über die Gewinnverwendung und wählt den für vier Jahre amtierenden Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat bestellt den für fünf Jahre amtierenden Vorstand.

Finanzielle Kontinuität

Die Frauen-Computer-Schule München ist bankschuldenfrei und nur noch privaten Einlegerinnen in Höhe von 153.000 DM verpflichtet. Interessanterweise entspricht diese Summe exakt der Höhe der Gründungsfinanzierung. Die meisten Einlegerinnen werden Aktionärinnen, wenngleich auch die Rückzahlung dieser privaten Darlehen kein Problem wäre: die Rücklagen der FCS decken die Darlehenssumme.

Gründungstermin

Gründungstermin für die Aktiengesellschaft ist der 10. September 1999, der 9. Geburtstag der Frauen-Computer-Schule München, um 15 Uhr, im Seminarraum in der Frundsbergstr. 26. Die AG beginnt per 1.1.2000.●

Kontakt: Frauen-Computer-Schule München, Volkartstr. 23, D-80634 München, Telefon (0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25

Anzeige

Politische Ökologie Nr. 57/58

Von der Zeitnot zum Zeitwohlstand
Auf der Suche nach den rechten Zeitmaßen

Die Monokultur der Beschleunigung fordert ihr Opfer: Keine Zeit zu haben, ist das prägende Gefühl unserer Zeit. Unter die Räder der rasenden Gesellschaft kommen nicht nur wir selbst, sondern auch die Natur. Zunehmend wird deshalb ein Tempolimit für die Nonstop-Gesellschaft gefordert. Doch Entschleunigung allein reicht nicht aus. Vielmehr geht es um die Suche nach den rechten Zeitmaßen für uns selbst, die Gesellschaft und die Natur. Ein Vademecum für eine neue Zeitkultur.

M. Baeriswyl: Jenseits von Beschleunigung und Verlangsamung • **J. Radkau:** Vom Nerv der Zeit • **T. Roenneberg:** Von inneren Uhren und natürlichen Rhythmen **M. Gronemeyer:** Das Leben als letzte Gelegenheit **D. Henckel:** Stadt außer Takt • **J. P. Rinderspacher:** Mehr Zeit für eine bessere Umwelt? • **G. Scherhorn/L. Reisch:** Zeitwohlstand • **W. R. Stahel:** Die Strategie der Dauerhaftigkeit • **K. A. Geißler:** Lebensqualität durch Zeitvielfalt • **F. Reheis:** Der Langsame wird gewinnen • **M. Spitzner:** Zukunftsoffenheit statt Zeitherrschaft • **M. Held:** Zeitzeichen für die Wende

ausführliche Inhaltsangaben aller Ausgaben finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.oekom.de

Jetzt für DM 24,80 überall in der **Bahnhofspresse** erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
E-maill: info@oekom.de YCO

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Von der Emanzipation zum Management

In wenigen Jahren wurde die Frauen-Computer-Schule München als professionelles Schulungsunternehmen etabliert und bietet neben dem offenen Kursprogramm (nur für Frauen) individuelle Firmen- und Inhouse-Schulungen an, die auch gerne von männlichen Kollegen besucht werden. Namhafte Unternehmen – viele ebenfalls aus der Computernbranche – nutzen das qualifizierte und breitgefächerte Angebot. »Wir arbeiten erfolgsorientiert und bieten unserer Frauen-Klientel profesionelle und preiswerte Kurse an, ohne dabei eine Gewinnmaximierung anzustreben«.

Qualifikation schafft Selbstbewußtsein – Der kleine Unterschied

Professionelle EDV-Kenntnisse sind heute mehr denn je eine wesentliche Voraussetzung für eine qualifizierte Beschäftigung von Frauen und das in fast allen Wirtschaftsbereichen. »Unser Konzept trägt dem unterschiedlichen Lernverhalten von Männern und Frauen Rechnung«, so *Elisabeth Seidel*. »Deshalb machen wir nicht nur das Computer-Fachchinesisch begreifbar, sondern bauen auch Schwellenängste ab und schulen streßfrei, praxisgerecht und effizient in einem positiven Lernklima. Die Vor- und Nachteile der Koeduktion werden nicht nur bei uns diskutiert. Der praktische Nutzen der PC-Anwendung steht bei uns im Vordergrund«, so *Elisabeth Seidel*. Die Schwerpunkte sind EDV-Einführung, Vermittlung von Grundkenntnissen, Textverarbeitung, Kalkulationsprogramme, Internet- und Online-Seminare. Preiswerte und kompakte Kurse finden zu den unterschiedlichsten Kurszeiten, auch am Wochenende und abends statt. »Dank der Mund-zu-Mund-Propaganda durch unsere zufriedenen Teilnehmerinnen sparen wir uns viele Werbegelder«, sagt *Elisabeth Seidel*, verantwortlich für Marketing und PR. Trotz moderater Preispolitik werden pro Kurs nicht mehr als elf Teilnehmerinnen angenommen, um in kleinen Lerngruppen eine optimale Lernumgebung zu schaffen. Selbstverständlich steht jeder Teilnehmerin ein moderner PC zur Verfügung.

1995 erhielt die Frauen-Computer-Schule München für ihr emanzipatorisches Engagemet den Anita-Augspurg-Preis der Stadt München verliehen.●

Weiter Informationen und eine persönliche Beratung erhalten Sie unter Telefon (0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25, E-Mail: fcs@link-m.de,
Homepage: www.Frauen-Computer-Schulen.de.

FRAGEBOGEN ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Zur Situation der »Alternativen Ökonomie«

Zu seinem Frühjahrsseminar trifft sich der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) in der AG SPAK vom 12. bis 16. Mai 1999 bei der Schäfereigenossenschaft Finkhof.

Auf dem Treffen soll eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation der »Alternativen Ökonomie« gemacht werden. Gegenstand sind folgende Fragestellungen:

1. Wie sehen wir die derzeitige Situation der sogenannten »alternativen Ökonomie« und das derzeitige Selbstverständnis ihrer Akteure/Akteusen?
2. Welche Funktion und welche zukünftigen Aufgaben wünschen – auf diesem Hintergrund und davon abgeleitet – die mit diesem Arbeitskreis Vernetzten/Verbundenen für den TAK AÖ?

3.1 Was würde gebraucht, um gewünschte Funktionen und Aufgaben zu erfüllen?

a) subjektiv (sogen. »Humankapital«)
b) inhaltlich und methodisch
c) strukturell, organisatorisch und finanziell?

und

3.2 Welche Ressourcen sind derzeitig zu 3.1 a,b,c vohanden?

3.3. Folgerungen aus 3.1 und 3.2

Um diese Diskussion vorbereiten und strukturieren zu können, hat der TAK AÖ einen Fragebogen vorbereitet und bittet darum diesen abzurufen, auszufüllen und bis spätestens 10.4.99 einzusenden. Der TAK AÖ würde sich freuen, wenn sich möglichst viele an der schneeballartigen Verbreitung dieses Fragebogens beteiligen könnten (per E-Mail, Fax oder Post).

Abgerufen werden kann der Fragebogen über E-Mail: genossenschaften@t-online,de oder über: Marlis Cavallaro-Wagener, Gabelsbergerstr. 32, D-60389 Frankfurt, Tel./Fax (0 69) 469 37 95●

GABLER WIRTSCHAFTS-LEXIKON

Schnelle fundierte Orientierung bei wirtschaftlichen Fachfragen

»Genossenschaftliche Pflichtprüfung«, »Umwandlungsbilanz«, »Innovations- und Technologiemanagement«, »Sozialbilanz«, »Fontänentheorie« – diese Aufzählung von Begriffen ließe sich beliebig fortsetzen. Im betrieblichen Alltag kommen solche und andere Fachausdrücke immer wieder vor, ohne daß genaue Kenntnisse über deren inhaltliche Bedeutung vorliegen. Tatsächlich ist selbst für Fachleute das im Wirtschaftsleben gesprochene »Kauderwelsch« immer schwieriger zu beherrschen. Eine schnelle Orientierung bietet hier schon seit Jahren das renommierte Standardwerk »Gabler Wirtschafts-Lexikon«.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Mit über 25.000 Stichworten läßt das Gabler Wirtschafts-Lexikon seine Nutzer nur sehr selten im Stich bei dem Versuch, fundierte und gleichzeitig auch noch überschaubare Hilfe zu wirtschaftlichen Fragen zu erhalten. Generationen von Studenten der wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge, aber auch Dozenten, Praktiker, Selbständige oder Unternehmensberater haben dieses Lexikon schon schätzen gelernt. In der mittlerweile vorliegenden 14. Auflage wurde der Bereich Betriebswirtschaft vor allem in den Fachgebieten Marketing und Rechnungswesen aktualisiert und mit zahlreichen neuen Begriffen erweitert.

Viele der tiefgreifenden Veränderungen bei Recht und Steuern, die in den letzten Jahren eingetreten sind, wurden in der neuen Ausgabe berücksichtigt. Selbst die seit dem 1.1.1999 in Kraft getretene neue Insolvenzordnung ist eingearbeitet. Beibehalten wurde dabei die schon bewährte Struktur. Zu zentralen oder neuen Begriffen findet der Leser längere Übersichtsbeiträge, die ihm die fachlichen Schwerpunkte vermitteln. Ein ausgefeiltes Verweissystem ermöglicht dem Suchenden, Gesamtzusammenhänge zu erfahren oder Detailwissen zu erschließen.

Erfreulicherweise ist das ganze Werk jetzt auch für den elektronischen Zugriff verfügbar. Die Stichwörter sind durch über 50.000 Links miteinander vernetzt, so daß die Nutzerin oder der Nutzer direkt von Information zu Information springen kann. Dadurch steht eine umfangreiche vernetzte Datenbank zur Verfügung, die ein schnelles Durcharbeiten relevanter und verwandter Fachbegriffe aus den Bereichen Betriebs- und Volkswirtschaft sowie Recht und Steuern ermöglicht.

Neben der direkten Stichwortsuche kann im Volltext mit oder ohne Themenangabe recherchiert werden. Auch besteht die Möglichkeit Stichworte über eine strukturierte Themengliederung aufzusuchen. Alle Graphiken, Tabellen, Animationen und Formeln sowie Biographien sind in eigenen Bibliotheken zusammengefaßt. Historie-Funktion, Anlegen von Notizen und Lesezeichen erleichtern das Arbeiten. Insofern kann abschließend ausdrücklich betont werden: Wer häufiger schnelle Orientierung bei wirtschaftlichen Fachbegriffen benötigt, ist mit diesem Lexikon bestens bedient.●

Gabler Wirtschafts-Lexikon, 14., vollständig überarbeitete Auflage, Wiesbaden (Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler) 1997, Taschenbuchausgabe, 4.587 Seiten, 10 Bände im Schuber 188,– DM, als CD-ROM-Standardversion ebenfalls 188,– DM. Systemvoraussetzungen PC mit 486 Prozessor oder höher, mindestens 8 MB RAM, 5 MB freie Harddisk, Graphikkarte 256 Farben, Doublespeed CD-ROM-Laufwerk, Windows 3.1 oder höher.

INTERVIEW ZUM ZEHNJÄHRIGEN JUBILÄUM DES ID VERLAGES

Loving the Buchproduktion

Ergänzend zu unserem Beitrag »Vom Informationsdienst zum ID Verlag« von Bernd Hüttner in CONTRASTE Nr. 171 läßt Jochen Knoblauch (Knobi) für CONTRASTE Andreas Fanizadeh vom Verlag persönlich zu Wort kommen.

Knobi: *Herzlichen Glückwunsch zu Eurem zehnjährigen Verlagsjubiläum. Nun wurde ja im Zuge dessen einiges über den ID Verlag geschrieben. Hatten all diese Artikel überhaupt was mit Eurer täglichen Verlagsarbeit zu tun?*

Andreas Fanizadeh: Manchmal mehr, manchmal weniger. Der ID Verlag wurde Ende der 80er Jahre gegründet. Vorangiges Ziel war, der heimatlosen autonomen und militanten Linken ein publizistisches Sprachrohr zu geben. Am Anfang standen Antifa-Recherchen, eine 800-seitige Mega-Ausgabe mit den gesammelten Schriften der Revolutionären Zellen/Rote Zora oder Bücher wie Geronimos »Feuer und Flamme« zur Geschichte der Autonomen. Hinzu kamen im Laufe der Jahre kulturkritische und neomarxistische Schriften.

Eine angriffsfähige Linke muß sich für alle Phänomene in der Gesellschaft interessieren, für politische wie kulturelle gleichermaßen. Veränderung hat schließlich etwas mit dem eigenen Leben, dem Alltag im Hier und Jetzt zu tun. Man kann kein radikaler Kritiker von Kapital und Herrschaft sein, aber in den szenekulturellen Umgangsformen und Geschlechtskonstruktionen auf vorbürgerlichem Niveau bleiben. Als Verlag versucht ID deswegen zum Beispiel für schwarze Techno-Theorien, den Weather Underground, oder die Kampagne »kein mensch ist illegal« gleichermaßen zu interessieren. Kitsch-Linke empfinden dies offensichtlich manchmal als harten Angriff. Die verstehen da keinen Spaß. Um auf Deine Eingangsfrage zurückzukommen: das, was zum Beispiel kürzlich in dieser Zeitung hier über uns stand, hat relativ wenig mit uns zu tun. Schließlich können wir ja keine Guerilla gründen, nur um ein paar kitschlinken Journalisten die Spannung zurückzubringen.

Der ID Verlag hat in diesen zehn Jahren die Belegschaft gewechselt. Glaubt Ihr denn auch, daß ein Verlag der linksradikale Literatur verlegt, nur mit jungen Menschen zu betreiben ist, die quasi eher in der Szene zu finden sind?

Am Ausgang der 80er Jahre gab es ein aktives undogmatisch-militantes Umfeld, auf das sich der ID Verlag publizistisch beziehen konnte. Das ist im Verlauf der Jahre weitgehend weggebrochen, entsprechend standen und stehen wir vor einigen Schwierigkeiten. Natürlich haben unsere MitarbeiterInnen einen gewissen politisch-kulturellen Hintergrund, sonst kann man so einen Verlag nicht machen. Alter und Erfahrung sind aber sehr unterschiedlich. Unsere festen MitarbeiterInnen sind zwischen 25 und 38 Jahren alt und haben sich in verschiedenen Bereichen das nötige Wissen angeeignet: Fremdsprachen-, Gesellschafts-, Kunststudium, Buchhändlerausbildung, Buchhalterlehre, autonome Politik usw... Im Programmbereich gab es bei uns immer eine starke Kontinuität, letztlich zwei Leute, von denen ich der eine bin. Personelle Veränderungen sind vor allem vor dem Hintergrund einer brutalen Ökonomie zu sehen, die zuviel Arbeit für zuwenig Geld fordert.

Euer Zeitschriftenprojekt »Die Beute« hat ja nun auch einige Turbulenzen erlebt. Wie wichtig ist für Euch dieses Projekt und wie seht Ihr die Chancen, daß jetzt die Beute »Neue Folge« sich etablieren kann?

Die alte Beute sollte so ein idealtypisches ID Projekt sein. Eine aktivistische Redaktionsgruppe, die in der Lage ist, die verschiedenen Interessen, die vielfältigen Möglichkeiten von Kritik in einer Zeitschrift zu vereinen. Der Anspruch war letztlich zu hoch, Gruppe und Konzept haben sich in vier Jahren verbraucht. Ein Schuldenberg begann sich aufzutürmen, Teile der Redaktion schieden aus. Wir mußten gegensteuern und haben von einer vierteljährlichen Erscheinungsweise auf eine halbjährliche umgestellt. Die beiden ersten Ausgaben der »Neuen Folge« im Buchformat mit jeweils 240 Seiten »Zur Subversion des Kulturmanagements« und zur »Linken nach '68« sind inhaltlich sehr gelobt worden. Zum ersten Mal seit Jahren schreiben wir mit der Beute keine roten Zahlen mehr. Es gibt offensichtlich einen harten Kern von etwa 3.000 KäuferInnen, die an einer Gesellschaftskritik von Diederichsen bis Ebermann interessiert sind. Dafür, daß wir auf linker Seite in der BRD quasi konkurrenzlos sind, ist dies aber zu wenig. Unserer Meinung nach hätten einige mehr die Beute-Lektüre bitter nötig, aber Anti-Intellektualismus und Geiz sind mächtige Gegner.

Eben fiel das Wort etablieren. Einen Verlag zu machen, der einen Drahtseilakt vollführen muß zwischen linker Non-Profit-Ideologie und Rentabilität, denn so ein Verlag hat ja auch einen Apparat, wie Büro, Lager, VerlagsvertreterInnen, Werbung, etc., was alles Geld kostet, muß sich ja auch tragen. Wie geht Ihr damit um?

Anfangs hatten wir hinten in den Büchern oft noch einen Anhang drin: »Dieses Buch ist nicht zu teuer!« Da haben wir unseren LeserInnen versucht, die Buchökonomie zu erklären, warum in der Regel 70% vom Ladenpreis eines Buches im Handel hängen bleibt usw. Mit der Zeit wird man das aber leid, es ändert sich nichts. Auch Linke orientieren sich an den Preisen von Rowohlt & Co. und die wenigsten sind bereit, eine materialistische Vorstellung von der Produktionskette zu entwickeln. Ich habe unzählige Leute getroffen, die Büchermachen für etwas ganz besonderes halten. Quasi geblendet von der Aura des Kulturgutes, vom hochkulturellen Mysthizismus, von Begriffen wie Schöpfung, Genie, Werk. Vom Schweiß der Produktion, der grauen Arbeit in grauen Büros, von Buchhaltung, Verpakkung oder Existenznöten freier Intellektueller kein Wort.

Auf der anderen Seite halten gerade viele Linke aus der populistischen Abteilung intellektuelle Arbeit gleich für so glänzend, daß man sie ihrer Meinung nach erst gar nicht bezahlen sollte. Sind wir nicht alle gegen Arbeitsteilung, wozu brauchen wir Berufsintellektuelle, müssen die halt was ordentliches Arbeiten, oder? Die autonome Linke hat leider kein Verhältnis zu intellektueller Arbeit und Kollektivität entwickelt, entsprechend sind ihre Intellektuellen längst woanders untergekrochen bzw. konnten sich gar nicht erst entwickeln. Mit all dem plagen sich linke Verlage wie der ID natürlich herum. Dazu kommen noch die weniger erfolgreichen Kollegen, die ihren ökonomischen Mißerfolg in eine geradezu absurde inhaltliche Stärke umlügen. Die tun dann gerade so, als sei es das Prinzip linken Buchhandels, auf keinen Fall etwas verdienen zu dürfen. Dabei hoffen natürlich alle auf höhere Auflagen, größere Bedeutung und sorglosere Ökonomien, egal was sie für Märchen von ihrem antikapitalistischen Buchbetrieb erzählen. Puritanische Miesepeter und die Prediger mit den Durchhalteparolen, nicht einmal im Comic gibt's bei denen was zu lachen.

Neben der linksradikalen Literatur habt Ihr seit Jahren auch »Kunst«-Bücher produziert. Linksradikale Politik und Kunst – sind das zwei verschiedene Richtungen?

Ich habe es vorhin schon einmal gesagt: für uns gehört die Beschäftigung mit Kunst, Kultur und Politik zusammen. Und wir streiten uns wiederum gerne mit anderen und untereinander über die verschiedenen Vorstellungen von »linker« Kultur. Wir haben in der Vergangenheit versucht, oppositionellen Minderheiten aus unterschiedlichen Bereichen eine Plattform zu geben. Wir versuchen aus den jeweiligen Gebieten das avancierteste an Kritik herauszufischen. Mal sind das Internet-AktivistInnen mit Ihrer Form der »Netzkritik«, ein anderes Mal machen wir »Loving The Alien«, ein Buch zu Poptheorie, schwarzer Musikgeschichte und aktueller Antirassismus-Diskussion. Und in der Beute veröffentlichen wir selbstverständlich KünstlerInnen.

Zur Zeit bringen wir gerade ein Buch von Isabelle Graw heraus, der Herausgeberin der Kölner Zeitschrift »Texte zur Kunst«. Linke können sich doch dafür interessieren, was eine mit feministischen Anspruch auftretende Kunstkritik heute zu sagen hat? Ich behaupte ja nicht, daß man immer gleich die Position teilen muß. Mache ich bei unseren politischen Büchern ja auch nicht immer. Aber zur Kenntnis nehmen, kann man es doch schon einmal persönlich, was in angrenzenden Szenen so los ist. Natürlich, wenn man sich nicht für gegenwärtige Kunstdebatten interessiert, hat man hier Pech gehabt. Ist ja aber auch nicht so, daß wir nicht genügend andere, »traditionellere« Themen im Programm hätten...

Die nächsten zehn Jahre: Gibt es da größere Wünsche und Projekte?

Was den Verlag anbetrifft: entweder, daß wieder eine stärkere emanzipatorische Linke auf den Plan tritt, mit und für die wir produzieren und unseren Spaß dabei haben – natürlich im internationalen Maßstab, so daß man etwas rumkommt; oder daß bald, sehr bald, ein linker Mäzen auftaucht, dem es allein mit seinem Geld zu langweilig ist und der uns die Arbeit machen läßt, die zu machen ist.

Mit der Verbindung von Pop-Kultur, politischem Aktivismus, linker Zeitgeschichte und neomarxistischer Theorie haben wir in den 90ern den richtigen Weg eingeschlagen. Der Verlag hat zahlreiche Verbindungen geknüpft und eine relativ große Organisationskraft. Die Anbindung zum noch vorhandenen linken Buchhandel und zur Szene ist sehr gut. Unsere Bücher sind mittlerweile über die Barsortimente im ganzen Land erhältlich und auch über die Präsenz im bürgerlichen Feuilleton können wir nicht klagen. Da wir aber weder Koch-, Talkshow oder Fußballbücher verlegen und nicht jedes Jahr ein Benefiz-Konzert von Blumfeld oder eine Beute-Benefiz-CD von DJ Melanie und den Goldenen Zitronen geschenkt bekommen, bin ich schon froh, wenn es uns nächstes Jahr überhaupt noch gibt. Das ist aber jedes Jahr so. Also Leute, es liegt an Euch, kauft linke Bücher.

Knobi: Guter Schlußsatz. Danke.●

KÖLN: KÖLNER VOLKSBLATT STELLT SEIN ERSCHEINEN EIN – KÖLNER WOCHENZEITUNG KOMMT...

»junge Welt« plant neue Wochenzeitung im Westen

»Ausgerechnet jene Berliner Tageszeitung, mit deren Ableben wegen finanzieller Mittel fast ständig gerechnet wird, schickt sich also an, es den großen Verlagen gleich zu tun. Allerdings in umgekehrter Richtung«, wunderte sich die »Berliner Zeitung« Ende Februar. Eine Gruppe von Kölner JournalistInnen, Gewerkschaftern, SchriftstellerInnen will in Zusammenarbeit mit der (Ost-)Berliner Tageszeitung »junge Welt« eine regionale Kölner Wochenzeitung herausgeben.

von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Sie wird *Kölner Woche* heißen und den Namen der vor 150 Jahren verbotenen Neuen Rheinischen Zeitung im Untertitel führen. Die *Kölner Woche* bildet den Mantel, in den als überregionale und internationale Berichterstattung die Wochenendausgabe der *jungen Welt* eingelegt werden soll.

Aufgehen wird in dieses Projekt das *Kölner Volksblatt*, eine seit 25 Jahren bestehende Initiativenzeitung. Im Gegensatz zum unabhängigen Initiativenprojekt Volksblatt wird die *Kölner Woche* professionell und unabhängig von dem Konzept der *jungen Welt* produziert werden. In dieser Kooperation werden gleich zwei ungewöhnliche verlegerische Schritte auf einmal getan. Zum einen ist es in der deutschen Zeitungsgeschichte bislang einmalig, daß eine Zeitung aus der ehemaligen DDR und eine Westzeitung »zusammenrücken«, zum anderen gibt es keine Zeitung, die den Lokalteil als Mantel des Gesamtprodukts in einer Region präsentiert.

Das Kölner Projekt, dessen Start am 24. April erfolgen soll, wird aber nur funktionieren, wenn aus dem Kölner Großraum bis zum 15. April mindestens 90 Genossenschaftsanteile bei der »LPG junge Welt e.G.« für die ökonomische Absicherung der *Kölner Woche* eingelegt werden.

Ende der Siebziger: Die VolksBlatt-Redaktion. Nach einem Vierteljahrhundert Initiativenzeitung geht das VolksBlatt in ein neues Kölner Wochenzeitungsprojekt über.

Bis zum Start des Projektes will die Redaktion der *jungen Welt* ihre bisherige Wochenendbeilage von 8 auf 16 Seiten ausbauen.

In der Genossenschaftsversammlung am 12. Februar wurde dem Projekt bei nur einer Gegenstimme zugestimmt, trotz kritischer Fragen über die Verwendung der Genossenschaftsgelder. Denn die *junge Welt* müßte sich eigentlich Gedanken über die Verbesserung der technischen und personellen Ausstattung von Redaktion und Verlag machen, damit sie den Ansprüchen einer »Erstzeitung« gerecht wird. Die Verbesserungen werden jedoch mehr Zeit in Anspruch nehmen, gedacht ist zunächst an eine zweimal wöchentlich erscheinende Wirtschaftsseite und an eine Verbesserung der Gestaltung. Weitere Schritte zur »Vollzeitung« sollen in den nächsten Monaten und Jahren folgen.

Falls das Experiment der Herausgabe einer Kölner Wochenzeitung für alle Beteiligten erfolgreich verläuft, denkt die *junge Welt* schon an eventuell weitere Regionen, in denen diese neue Medienkonstruktion umgesetzt werden könnte.●

GROSSBRITANNIEN

Radical Routes

In Großbritannien wächst eine Vernetzung selbstverwalteter Betriebe und Wohnprojekte mit radikalen Prinzipien. »Radical Routes« ist ein britisches Netz von 43 Kooperativen mit 200 Mitgliedern, davon etwa 30 Wohnprojekte. Die Mitglieder der Projekte kommen aus der Alternativszene und sind in Anti-Straßen-, Friedens- und Tierrechtsbewegung aktiv. Einige Gruppen beschäftigen sich intensiv mit Permakultur und Kindererziehung ohne Schule.

Mitgliedschaft

Um aufgenommen zu werden, muß eine neue Koop einige Kriterien erfüllen:

- Die Koop muß selbstverwaltet sein und sich personenunabhängig in kollektivem Eigentum der Mitglieder befinden ('common ownership'). Im Falle der Auflösung muß verbleibendes Eigentum an »Radical Routes« oder an eine gemeinnützige Organisation gehen.
- Jede Koop muß Arbeiten für »Radical Routes« unentgeltlich übernehmen.
- Jede Koop soll an den vierteljährlichen gatherings teilnehmen.
- Jede natürliche Person, die Mitglied einer Koop ist, muß mindestens 15 Stunden pro Woche sozial nützlicher Arbeit leisten.
- Das Einkommen der natürlichen Personen, die Mitglied einer Mitgliedskoop sind, darf nie höher als das Doppelte der Sozialhilfe sein (zzgl. Miete und Sozialversicherung). Wer mehr hat, muß spenden oder teilen.

Der Finanzierungs-Fonds

Ein Kreditfonds stellt den Mitglieds-Koops Risikokapital zur Verfügung. 1,4 Mio. DM kommen von über 150 ethischen GeldanlegerInnen, die durchschnittlich nur schlappe 1,28% Zinsen verlangen. Eine Koop die einen Kredit will, muß offenlegen, wieviel Geld ihre Mitglieder bei »Radical Routes«, im eigenen Projekt oder anderswo angelegt haben. Außerdem ist eine 120% Sicherung durch Bürgschaften erforderlich. Für viele der Projekte ist dies die einzige Chance, überhaupt das nötige Kapital aufzubringen.

Durch den Fonds haben die Koops inzwischen 20 Häuser gekauft und umgestaltet. Die BewohnerInnen gründen dazu eine Kooperative. Diese erhält eine Bank-Hypothek, dazu kommen Eigenkapital der BewohnerInnen und Darlehen von FreundInnen. Das reicht meist für 80-90% der Kaufpreises. Die fehlenden, besonders kritischen 10-20% finanziert der Kreditfonds. Der Fonds bewegt also etwa das Siebenfache seines Volumens. Die Mieten zahlt oft das Sozialamt, so funktioniert alles auch bei BewohnerInnen mit sehr wenig Geld.

In kleinerem Umfang gehen auch Kredite an Arbeitskollektive, aber nur wenige innerhalb der Radical-Routes-Szene wagen den Schritt zum Aufbau eines Betriebes.

Bisher ist dem Fonds noch nie Geld verloren gegangen und für die Projekte der Koops standen immer ausreichende Mittel zur Verfügung.

Weitere Unterstützung für die Mitglied-Koops

»Radical Routes« hilft aber nicht nur mit Geld, sondern unterstützt die Mitglieds-Koops auch durch Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit. In zahlreichen 'taking control'-events, Ausstellungen und Flugis wirbt »Radical Routes« vor allem in der Szene für Projektideen. Dieser Draht in die Bewegungen ist der deutschen Selbstverwaltungsszene schon länger abhanden gekommen. All das ist praktisch ohne jegliche Zuschüsse aufgebaut worden und lebt auch jetzt nur von 'ethischen' Zinseinnahmen und Mitgliedsbeiträgen.

Selbstverwaltung

»Radical Routes« kommt ohne Vorstand oder geschäftsführendes Organ aus. Statt dessen gibt es ein ausgefeiltes Selbstverwaltungsmodell mit verschiedenen Arbeitsgruppen und einem vierteljährlichen gathering.

Die Arbeitsgruppen haben jeweils eigene Aufgabenbereiche und Budgets, sie beschäftigen sich z.B. mit interner Kommunikation, Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit, Veganismus und Integration von Menschen mit Behinderungen ins Projekt. Alle Arbeitsgruppen bestehen aus ehrenamtlichen Mitgliedern. Die Arbeitsgruppen sind öffentlich und treffen sich meist auf den gatherings.

Auf dem vierteljährlichen gathering werden alle wichtigen Entscheidungen basisdemokratisch getroffen. Alle gültigen Beschlüsse sind in einem vierseitigen, eng beschriebenen 'Policy document' (Beschlußprotokoll) festgehalten, das nach jeder Änderung überarbeitet und an alle Kooperativen verschickt wird.

Diese gatherings sind Sitzung und Party. Mit 60-100 Personen treffen sich weit mehr Menschen als die für die Entscheidungsfindung nötigen DelegiertInnen. Es gibt dort auch Weiterbildungs-AGs, veganes Essen, Lagerfeuer, Badesessions,... Auch viele Kinder kommen gerne zum gathering. Dabei ist alles super-billig, ausgerichtet auf einen low-income-lifestyle.

Entscheidungsfindung auf den gatherings

Wer einen Beschluß durchsetzen möchte, verschickt einen Vorschlag, z.B. Antrag auf Mitgliedschaft, Darlehensantrag, Antrag zur Änderung des Policy documents, ggf. mit einer Empfehlung der jeweils zuständigen Arbeitsgruppe. Die Kooperativen bilden sich eine Meinung zu jedem Vorschlag. Der/die Delegierte vertritt die Auffassung der Koop (imperatives Mandat). Die Treffen sind öffentlich, Rederecht haben nur Delegierte.

Der formale Teil des gatherings beginnt jeweils samstags. Die Delegierten versammeln sich in einem inneren Kreis zum Plenum, während drumherum ein Ring von Neugierigen sitzt. Parallel zur eigentlichen Sitzung gibt es immer die beiden Workshops 'Radical Routes-Einführung' und 'Einführung in die Finanzen von Radical Routes'. Zu jedem Tagesordnungspunkt gibt es maximal 10 Minuten Plenum, wo die verschiedenen Argumente gesammelt werden. Kommt keine Klärung zustande, geht das Thema in eine Arbeitsgruppe. Die verschiedenen Delegierten der betroffenen Koops versuchen dort, eine Einigung zu erzielen. Gelingt dies, kann der neue Vorschlag noch im Sonntagsplenum beschlossen werden. Wird kein Konsens erzielt, muß das Thema bis zum nächsten gathering nochmal in den einzelnen Koops bearbeitet werden.●

Sven Giegold, Verden/Aller

Kritik und Bewunderungen

von Sven Giegold, Verden, Aller ● 1995 und 1996 war ich auf drei gatherings und habe einige der Mitgliedskoops besucht. Zu einigen Leuten aus der Radical Routes Szene habe ich seitdem immer wieder persönlichen Kontakt und mich oft staunend und bewundernd gefragt, warum es so etwas in Deutschland nicht gibt.

1) Radical Routes ist aus einer kleinen Gruppe von Kooperativen entstanden. Die jetzige Selbstverwaltungsstruktur taugt nicht für über 40 Mitgliedskoops. Schon seit Jahren wird über Regionalisierung nachgedacht, derweil wächst das Netzwerk jedoch immer weiter. 1999 sollen drei von vier gatherings nur noch aus Delegierten der vier Regionen bestehen. Die AG Finanzen und die AG Interne Kommunikation bleiben jedoch national.

2) Innerhalb von Radical Routes dominieren die Wohnprojekte. Die Arbeitskollektive bieten nur für einen Bruchteil der BewohnerInnen Lebensunterhalt. Viele leben von Sozialhilfe. Dies ist für Viele, die in den Wohnprojekten leben okay, weil ihr Arbeitsschwerpunkt eher in sozialen Bewegungen liegt. Interessant wird jedoch, was passiert, sobald die Mehrzahl der Mitglieder deutlich älter wird.

3) Klassisch geschlechtsspeziefische Arbeitsteilung ist auch bei Radical Routes Thema. Prägende Personen sind sowohl Männer als auch Frauen. Jedoch kümmern sich Männer eher ums Geld, während Frauen in der Kommunikations AG in der Mehrheit sind.

4) Radical Routes ist eine weiße Organisation. Die zahlreichen ethnischen Minderheiten findet man bei Radical Routes genauso selten, wie Nichtdeutsche in der deutschen Selbstverwaltungsszene. Viele Mitglieder sind 'Mittelklasse'-AussteigerInnen.

5) Ich war von der lebendigen Demokratie bei den gatherings wirklich begeistert. So etwas hatte ich in Deutschland noch nicht gesehen. Funktionierende Basisdemokratie mit vielen wirklich beteiligten Koops und Einzelpersonen bei niedrigem Selbstzerfleischungs- und Zerredegrad. Die Macht der AktivistInnen empfand ich als relativ gering. Ein Guru war nicht zu entdecken; eher eine größere Gruppe von Tonangebenden mit verschiedenen Interessen. Gleichzeitig gab es auch die Schattenseiten des Rätemodells. Durch die rotierenden Delegierten war deutlich spürbar, wenn in den Koops die Diskussionen vom letzten gathering nicht weitergetragen wurden. Verärgerung bei den gut vorbereiteten Delegierten war die Folge. Die Kraft und Energie für Demokratie ist nicht unbegrenzt. So nimmt die Anwesenheit von Koops bei gatherings tendenziell ab.

6) Einige Widersprüche zwischen den selbstgesetzten Regeln und der Realität werden geflissentlich übersehen. Etliche halten sich nicht an die Einkommensgrenze und die wenigsten Koops erfüllen ihre Arbeitszusagen an Radical Routes.

7) Soziale Absicherung ist bei Radical Routes praktisch kein Thema. Ich kann mich an niemand mit einer akzeptablen Rentenversicherung erinnern. Anders als in Deutschland scheint es aber auch die Älteren kaum zu beunruhigen, obwohl mit einer britischen staatlichen Mindestrente kaum zu überleben ist.

8) Eine der großen Streitfragen bei Radical Routes: Dürfen Koops Mitglied bei Radical Routes werden, die mit Tieren Geld verdienen? Viele vegane Koops verhindern seit Jahren per Veto die Aufnahme von Biohöfen. Vor drei Jahren wäre das Netzwerk fast an der Schlachtung eines Schafs zerbrochen. Während in der deutschen Linken die Tierrechtsfrage oft verdrängend mit Faschismusvorwürfen und Massentierhaltungsfraß beantwortet wird, ist die Frage in der britischen Szene zu einem ebenso fragwürdigen Prüfstein für die Korrektheit eines Menschen geworden. Tiernutzung bleibt bei Radical Routes ein ungelöster Konflikt.●

SELBSTDARSTELLUNG:

FrauenLesbenhofprojekt

Wir sind fünf FrauenLesben zwischen 26 und 35 Jahre alt und ein dreijähriges Kind. Wir wollen kein Haus, kein Äffchen und kein Pferd, sondern ein FrauenLesbenhofprojekt und suchen noch interessierte Frauen und Kinder.

Es soll ein Lebens- und Arbeitsprojekt werden. Arbeitsbereiche wären z.B. Garten, Kinder, Tischlerei, Baukollektiv, Küche & Backstube, Fahrradwerkstatt, Erfinderinnenwerkstatt, Tagungshaus. Der kapitalistischen Ellbogengesellschaft / Konsumgesellschaft wollen wir eine Alternative entgegensetzen, d.h.

- gemeinsame Ökonomie
- Gleichbewertung aller Arbeitsbereiche (Kinder, Tischlerei, Kochen...)
- Garten, um uns zum Teil selbstversorgen zu können

Wir wollen uns keine idyllische Linse auf dem Land schaffen und diskutieren immer wieder, wie sich eine politische Praxis mit dem Leben auf dem Land verbinden läßt. Unsere Vorstellungen hierzu sind:

- Hof in Stadtnähe, da uns der Austausch mit politischen Strukturen (antirassistisch ...) wichtig ist
- ein Tagungshaus, das Raum bietet für unterschiedliche Gruppen (Theater, Kampfsport, Politik, Musik)
- Café mit Infoladen & Bibliothek

Wir möchten entgegen dem Bild vom schönen Landleben keine Nutztierhaltung, da z.B. Zucht immer das Töten unnützer Jungtiere beinhaltet. Als Kompromiß können wir uns vorstellen, daß z.B. eine Frau, die Tiere hat, diese mitbringt, wenn sie diese nicht weiter züchtet.

Beim Ausbau des Hofes wollen wir möglichst ökologische / recycelte Baustoffe benutzen und außerdem soll der Hof weitestgehend rolligerecht ausgebaut werden.

Jetzt sind wir an einem Punkt, wo wir konkreter reden uns so eine Art interne Satzung schreiben, um einen Grundkonsens zu haben, auf dem wir aufbauen können. Es wäre toll, wenn an diesem Punkt noch mehr neue Frauen zu uns kommen würden, da jetzt noch viel mehr Möglichkeiten bestehen, mitzuentscheiden, wohin sich das Projekt entwickelt.

Wir freuen uns über neue Lesbenfrauen und Frauenlesben und wünschen uns außerdem auch einen Kontakt zu bereits bestehenden Gruppen mit ähnlichen Ideen. (Wir sind immer und überall, auf'm Lesbenfrühling in Köln werden wir auch ne Veranstaltung machen)●

Kommt doch da vorbei oder schreibt uns: Frauen-Projektgruppe, c/o Mafalda, Kreuzstr. 29, D-28203 Bremen

Selbstverständnis von Radical Routes

Wir befinden uns im Großbritannien des 20. Jahrhunderts, in einer Welt, die wir nicht geschaffen haben, aber durch über tausend Jahre der Ausbeutung und Ungerechtigkeit geformt wurde. Unsere Welt ist durch die Kräfte der Gier, des Kapitalismus und Materialismus geprägt, wo maximale Produktion und höchstmögliche Profite energisch verfolgt werden, was das Leben für Viele zur Hölle macht und die Umwelt gefährdet. Das System wird letztlich von den Reichen und Mächtigen kontrolliert, den Kapitalisten und Bürokraten, durch die Benutzung vieler Mechanismen wie z.B. das Eigentum an der Wirtschaft (die Menschen zu Sklaven ihres Jobs macht) und die Kontrolle der Medien (die eine passive Kultur schaffen).

Radical Routes ist ein Netzwerk von Kooperativen und Einzelpersonen, die anstreben, all dies zu ändern. Wir wünschen uns eine Welt, die auf Gleichheit und Kooperation basiert, wo Menschen nach ihren Fähigkeiten geben und nach ihren Bedürfnissen nehmen, wo Arbeit erfüllend und nützlich ist und wo Kreativität bestärkt wird, wo Entscheidungsfindung für alle ohne Hierarchien offen ist, wo die Umwelt geschätzt und um ihrer selbst willen geachtet wird statt ausgebeutet zu werden. Wir wollen über alle Bereiche unseres Lebens die Kontrolle übernehmen. Da wir jedoch ganz und gar nicht in einer Position von Kontrolle sind, sind wir gezwungen Kompromisse zu machen, um existieren zu können. Wir arbeiten darauf hin, Kontrolle über unser Wohnen, Erziehen und Arbeiten durch die Gründung von Wohn- und Arbeitskooperativen und durch die Zusammenarbeit als ein Netzwerk zu übernehmen. Durch die Übernahme kollektiver Kontrolle über diese Bereiche zielen wir darauf ab, die Abhängigkeit von ausbeuterischen Strukturen zu reduzieren und sichere Grundlagen aufzubauen, von denen aus wir das System herausfordern können und andere ermutigen, es ebenso zu tun.

Radical Routes hat sich aus einer Idee Mitte der 80er Jahre zu einem Genossenschaftsverband entwickelt, der im April 1992 eingetragen wurde. 1986 wurde der Wohnkooperative 'New Education' 7.000 Pfund von UnterstützerInnen geliehen, um eine Anzahlung für ein Haus in Birmingham zu machen. Von dieser Wohnkooperative aus ist Radical Routes durch Bildungsveranstaltungen, Verbreitung von Informationen, dem Wunsch gleichgesinnte Leute zu suchen und die Investitionen von UnterstützerInnen zu einem expandierenden landesweiten Netzwerk gleichgesinnter Kooperativen und Individuen gewachsen. Die Gründung des Genossenschaftsverbandes stellte die Struktur zur Verfügung, um die gemeinsamen Ziele effizienter zu verfolgen, und zwar durch Öffentlichkeitsarbeit und Einwerbung von Geldern für die Mitgliedskooperativen.

Radical Routes hat nur begrenzte Ressourcen und ist sich bewußt, daß seine besondere Arbeit hin zu oben genannten Zielen nur einige von vielen wertvollen Aktivitäten sind. Die konkreten Mittel, die es verfolgt, sind:

- Die Gründung von Wohnungskooperativen, um Raum für Menschen und Projekte mit den obigen Zielen zu schaffen.
- Die Gründung von Arbeitskooperativen, die mit obigen Absichten handeln.
- Die Werbung für und Organisation von hierarchiearmer Bildung durch Veranstaltungen zum Austausch von Fähigkeiten und Wissen, 'taking control'-Veranstaltungen, Infomaterial und Workshops.
- Die Einwerbung von Geld, um Kontrolle über Ressourcen (Immobilien, Technologie, Land,...) zu übernehmen, durch Zusammenarbeit und ökonomische Verbindung der Kooperativen.
- Die Unterstützung gleichgesinnter Projekte.

(Übersetzung S.G.)

Anzeige

nadir infoSystem

betreibt im *worldwideweb* ein *informationssystem* zu *linker politik* und *sozialen bewegungen*

web: http://www.nadir.org/ mail: nadir@mail.nadir.org post: Brigittenstr. 5, 20359 HH

AKTUELL Meldungen und Hintergründe

PERIODIKA Elektronische Kopien von Zeitschriften

ARCHIV linke Theorie und Praxis aus Geschichte und Gegenwart

INITIATIV Selbstdarstellungen und Informationen von Gruppen und Projekten

NETZ Verweise auf weitere linke Infos, Archive, Kontakte etc. im web

Unser Konto für die allzeit willkommenen Spenden: Postbank HH, (200 100 20), Kto-Nr. 797 156 207

HINTERGRUND

Die Bauernbewegungen in Indien

Im Zuge der Liberalisierung des Welthandels verelendet ein immer größerer Teil der Weltbevölkerung, so auch in Indien. Gleichzeitig finden Proteste von Hunderttausenden von Indern und Inderinnen statt, gerichtet gegen die multinationalen Konzerne und gegen die Institutionen, die die Globalisierung der Wirtschaft fördern.

»Hunderttausende von Bauern und Bäuerinnen in ganz Indien protestieren gegen *Monsanto*. Am 28. November 1998 setzten sie das erste Feld in Brand, auf dem Monsanto Feldversuche mit genetisch manipuliertem Saatgut durchgeführt hat. Die Feldversuche liefen seit drei Monaten, die Öffentlichkeit hat aber erst kürzlich davon erfahren. Akivisten und Aktivistinnen der Bauernbewegung stürmten am 1. Dezember das Bürogebäude von Monsanto in Hyderabad, woraufhin die Regierung des Bundesstaats Andhra Paresh Monsanto aufforderte, die Feldversuche in diesem Staat abzubrechen.« Dies berichtet ein Aktivist der Bauernbewegung des Staats Karnataka (*KRRS*). Das von Monsanto getestete Saatgut ist nicht nur resistent gegen den Baumwollwurm, sondern auch steril, das heißt, es kann sich nicht vermehren. Wird das Saatgut, wie von Monsanto geplant vermarktet, können die Bauern nicht mehr der Tradition gemäß, einen Teil der Ernte zur Wiederaussaat zurückbehalten. Statt dessen müssen sie neues Saatgut von Monsanto kaufen und verschulden sich damit weiter. »Gleichzeitig mit der Biodervisität wird auch die Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung beendet«, erklärt ein Aktivist von KRRS. Gegen diese Gefahr, die Abhängigkeit und die Umgehung jahrhundertealter Traditionen wehren sich die Bauernbewegungen.

Gleichzeitig bilden ihre Proteste den Auftakt zu einer Kampagne der direkten Aktion gegen Konzerne, die in die Biotechnologie investieren. Das Ziel besteht darin, die Multis in ihre Schranken zu weisen und gleichzeitig zu internationalem Widerstand aufzurufen.

Die Mobilisierung der indischen Bauern und Bäuerinnen geschieht in einer Zeit der zunehmenden Verelendung. So stieg beispielsweise infolge der Liberalisierung des Zwiebelexports der Zwiebelpreis innerhalb von Wochen auf das Achtfache. Damit wurde die Versorgungslage – insbesondere der untersten Schichten, zu deren Grundnahrungsmitteln die Zwiebel gehört – prekär. Auf dem Land verübten nach der letzten Ernte zahlreiche Bauern und Bäuerinnen Selbstmord. Angesichts ihrer enormen Schulden und der Tatsache, daß sie auf dem liberalisierten Markt nicht überleben konnten, sahen sie keinen Ausweg. Die Selbstmordwelle ist nun zurückgegangen. Durch die nächste Ernte wird aber wahrscheinlich eine neue ausgelöst. Die wachsende Verelendung führt zudem zu steigender Gewalt: Im Bundesstaat Haryana wurden allein im Oktober 1998 23 Bauern und Bäuerinnen durch die Polizei getötet, in Karnataka fünf in den ersten zwei Novemberwochen.

Zum Beispiel Karnataka

Gleichzeitig wenden sich immer mehr Inderinnen und Inder den politischen Bauernbewegungen zu. In Karnataka, dessen Landbevölkerung 50 Millionen Menschen umfaßt, haben sich rund zehn Millionen Bauern und Bäuerinnen der Bauernbewegung KRRS angeschlossen. Diese ist damit die stärkste Bauernbewegung Indiens. Ihre Arbeit bezieht sowohl landwirtschaftliche und globale politische, als auch gesellschaftliche und kulturelle Themen ein. Die Bewegung beschränkt sich nicht auf Protest, sondern fördert Alternativen und strebt gesamtgesellschaftliche Veränderungen an. Sie kämpft für das Recht der Menschen, ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Gegen Biotechnologie und Liberalisierung des Handels.

Als erste Organisation in Indien organisierte die KRRS Demonstrationen gegen das GATT (General Agreement of Trade and Tariffs, Vorläuferorganisation des WTO), an denen rund eine halbe Million Leute teilnahmen. Im landwirtschaftlichen Bereich wendet sich die Bauernbewegung insbesondere gegen die Biotechnologie, die Anwendung von Chemie oder gegen den Erzabbau. Der Einbezug ökologischer Gesichtspunkte ist für die Bauernbewegung selbstverständlich. Die Lebensweise, die die Bauern und Bäuerinnen verteidigen, ist ein Musterbeispiel der von Experten vielzitierten »nachhaltigen Entwicklung«. Widerstand geht Hand in Hand mit der Förderung von Alternativen. So wird beispielsweise im Süden Karnatakas das »Global Centre for Sustainable Development« aufgebaut, ein Zentrum der traditionellen Technologie, Anbauweise und Medizin, in dem auch eine Sammlung aus der Diversität des Saatguts aufbewahrt wird. Dieses Zentrum ist ein gesamt-indisches Programm, das in Zusammenarbeit mit anderen Bauernbewegungen geplant wurde. Die KRRS lehnt neue Technologien nicht grundsätzlich ab. So ist vorgesehen, den elektrischen Zaun, der das Zentrum vor wilden Elefanten schützen soll, mit Solarenergie zu betreiben.

Kulturelle Veränderung

Gleichzeitig strebt die KRRS kulturelle Veränderungen an. Insbesondere stellt die Aufhebung des Kastensystems eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit dar. Zudem richtet sich die Bauernbewegung gegen die patriarchalen Strukturen der indischen Gesellschaft. Innerhalb der Bewegung organisieren sich die Frauen selbst. Sie haben ein eigenes Programm und mobilisieren für ihre Forderungen. Auf parlamentarischer Ebene fordert die KRRS – Männer und Frauen gemeinsam – Frauenwahlkreise, um so die Reservierung von Parlamentssitzen für Frauen zu erreichen.

Aufgrund des Drucks der Bauernbewegung und anderer Organisationen wurde diese Forderung in Gebieten Karnatakas bereits durchgesetzt.

Organisation

KRRS ist eine ghandische Bewegung. Ihr Ziel ist die Umsetzung der Dorfrepublik, die auf Basisdemokratie, wirtschaftlicher und politischer Selbstbestimmung gründet. Entscheidungen sollen darin nur unter Einbezug aller betroffenen gefällt werden. Dieses dezentrale Modell wird auch innerhalb der Organisation umgesetzt. Die Grundlage der Bewegung ist die Dorfeinheit, die über ihre Organisationsform und ihre Finanzen, ebenso wie über ihr Programm und ihre Aktionen selbst bestimmt. Die nächst größeren Organisationsebenen sind die des Taluks, des Distrikts und des Staats. Auf diesen Ebenen werden jedoch nur Themen behandelt, die mehrere Dörfer, Taluks oder Distrikte betreffen und deshalb koordiniert angegangen werden müssen.

Aktionsformen

Alle Aktionen von KRRS werden unter dem Prinzip der Gewaltlosigkeit durchgeführt, wobei Gewalt als gegen Lebewesen gerichtet, verstanden wird. Die hauptsächlichen Aktionsformen sind daher ziviler Ungehorsam und direkte Massenaktionen, wie beispielsweise die erwähnten Proteste gegen Monsanto. Auch versucht KRRS, die Bevölkerung auf die Wirkung nicht nur der Transnationalen Großunternehmen (TNC) aufmerksam zu machen, sondern auch auf die der globalen politischen Instrumente, beispielsweise der Welthandelsorganisation oder der Verhandlungen zum Multilateralen Investitionsabkommen (MAI). So werden die Auswirkungen globaler Prozesse auf die lokale Ebene betrachtet, wo die Bevölkerung direkt betroffen und Widerstand möglich ist.

Zudem ist die Bauernbewegung bestrebt, nationale und internationale Netzwerke aufzubauen, um die Themen auch in einem breiteren Rahmen anzugehen. So ist sie beispielsweise in *La Via Campesina* aktiv, einem weltweiten Netzwerk von Bauernbewegungen. Durch eine breite Zsammenarbeit entstanden in Indien Organisationen wie die *Indische Bauernunion* (BKU) oder *JAFIP*, ein Aktionsforum der indischen Bevölkerung gegen die WTO, in dem neben der Landbevölkerung auch Industriearbeiter und -arbeiterinnen, Frauenorganisationen, Akademiker und Akademikerinnen vertreten sind. Das Prinzip der Gewaltlosigkeit wird nicht nur in Protesten gegen Multis oder gegen die Regierung wirksam, sondern auch in Konflikten zwischen Gemeinschaften. So ist beispielsweise Gewalt zwischen verschiedenen religiösen Gruppierungen schwächer in Gegenden, in denen die KRRS stark verankert ist.

Druck der Regierung

Die Bauernbewegung, deren Basis ständig zunimmt, wird immer mehr unter Druck gesetzt: Einerseits von der hindufundamentalistischen Regierungspartei *BJP*, die mit allen Mitteln versucht, die Bewegung zu schwächen. So hat BJP bereits einige KRRS-Aktivisten mit Geld, der Aussicht auf Parlamentssitze und auf begehrte politische Positionen in die Partei gelockt. Gleichzeitig wurden gewaltsame Mittel angewandt: So hielten BJP-Mitglieder den Wagen eines prominenten KRRS-Aktivisten an und setzten ihn in Brand.

In einigen Dörfern haben korrupte Politiker und Staatsbeamte keinen Zugang mehr, wie auf Schildern am Dorfeingang steht. Andererseits greifen Polizei und Justiz immer stärker zu. Während Massenaktionen des zivilen Ungehorsams wurden bis zu 37.000 Personen an einem einzigen Tag verhaftet. Solche Massenverhaftungen kommen insbesondere in Zeiten der intensiven Mobilisierung vor. Die Bauern und Bäuerinnen lassen sich jedoch nicht einschüchtern. Ihre Aktionen gehen weiter, schließlich geht es für die Betroffenen um ganz existenzielle Fragen. ●

ABLAUF IN DER BRD:

3./4. Juni: Teilnahme eines Teils der Karawane an den Gegenveranstaltungen zum EU-Gipfel in Köln
15. Juni: Ankunft aller TeilnehmerInnen in Deutschland, Aufteilung der Busse auf lokale Gruppierungen in Süddeutschland
16. Juni: Ruhetag, Aktion zum Thema Artenvielfalt anläßlich der Eröffnung des Evangelischen Kirchentages in Stuttgart, lokale Veranstaltungen
17. Juni: Veranstaltung zum Thema Globalisierung bei Stuttgart, Fahrt nach Köln
18. Juni: Globaler Aktionstag
19. Juni: Teilnahme an den Gegenveranstaltungen zum Weltwirtschaftsgipfel in Köln
Großes Abschiedsfest
20. Juni: Abreise nach Amsterdam

PGA – Peoples' Global Action

Nach verschiedenen internationalen Treffen gegen den Neoliberalismus wurde 1998 die »Peoples' Global Action –Weltweite Aktion gegen den 'Frei'-Handel und die Welthandelsorganisation« (PGA) gegründet. Im Rahmen dieses weltweiten Koordinationsbündnisses, an dem sich zahlreiche Organisationen und Bewegungen beteiligen, wurde die Internationale Karawane vorbereitet.

Ende Februar 1998 trafen sich dann in Genf über 300 VertreterInnen von Basisbewegungen aus allen Kontinenten, um eine weltweite Koordination des Widerstands gegen den globalen Markt zu bilden, eine neue Allianz des gemeinsamen Kampfes und der gegenseitigen Unterstützung.

Die Politik des Neoliberalismus wirkt sich auf alle Orte dieser Erde unterschiedlich aus. Und all jene, die diese unterschiedlichen Auswirkungen zu spüren bekommen, können sich aus ihrer jeweiligen Situation dagegen wehren und lokale basisdemokratische Alternativen aufbauen; die internationale Solidarität besteht darin, die verschiedenen Kämpfe untereinander zu vermitteln, eine gemeinsame inhaltliche Basis zu suchen und sich weltweit zu koordinieren. So werden alle lokalen Kämpfe ernstgenommen und gleichzeitig werden sie und ihre politischen Ziele durch die weltweite Vernetzung gestärkt und weiter entwickelt.

Diese Plattform trägt den Namen PGA. Auf der ersten Konferenz in Genf wurde ein Manifest verabschiedet und gemeinsame Grundsätze und Prinzipien festgehalten, die wir hier vorstellen:

Prinzipien der PGA

Die PGA ist ein Instrument der Koordination, keine Organisation. Ihr Ziel ist es, möglichst viele Menschen und Organisationen zu vernetzen, die sich gegen den 'freien' Handel der multinationalen Konzerne in basisdemokratischen, konstruktiven Aktionen des gewaltfreien zivilen Ungehorsams wenden. Die PGA kennt keine Mitgliedschaft und stellt keine juristische Person dar. Sie wird weder von einer Organisation oder Einzelperson repräsentiert, noch repräsentiert die PGA irgendeine Organisation oder Person. Die PGA will lediglich die Koordination und den Informationsfluß erleichtern.

Die PGA verfügt über keine eigenen finanziellen Ressourcen. Die Mittel, die für die Finanzierung der Konferenzen und der Informationsmedien benötigt werden, müssen dezentral erbracht werden.

Die grundlegenden Prinzipien dieses Koordinationsbündnisses sind:

- Eine eindeutige Ablehnung von Institutionen wie der Welthandelsorganisation (WTO) und anderer Liberalisierungsabkommen (wie APEC, NAFTA, EU etc.), durch welche die Einflußmöglichkeiten der betroffenen Menschen und der lokalen Strukturen zurückgedrängt werden.
- Eine klare Konfrontationshaltung diesen Institutionen gegenüber. Die in PGA vernetzten Basisbewegungen und Organisationen sind davon überzeugt, daß Lobbyismus keine starke Wirkung auf solch undemokratische Organisationen haben kann, in welchen das transnationale Kapital das einzige wichtige Kriterium ist.
- Der Aufruf zum gewaltfreien zivilen Ungehorsam, und zur Bildung lokaler Alternativen (politische Aktivitäten, alternative Wirtschaftsformen etc.) als Antwort auf das Vorgehen von Regierungen und Großkonzernen.
- Die Idee einer organisatorischen Struktur, die auf Dezentralisierung und Selbstbestimmung basiert.

Die politischen Analysen und der Aktionsaufruf der PGA schlagen sich im Manifest nieder, welches alle zwei Jahre überarbeitet und aktualisiert wird.

Mindestens alle zwei Jahre finden Konferenzen der PGA statt, jeweils ungefähr drei Monate vor den WTO-Ministerkonferenzen. Die Aufgabe dieser PGA-Treffen wird es sein, das Manifest zu aktualisieren, Fortschritte bei der Koordination des weltweiten Widerstands zu erzielen und dezentrale Aktionen paralell zur Ministerkonferenz zu koordinieren. Die PGA-Konferenzen werden immer in einem anderen Kontinent stattfinden. Sie werden von einem Komitee vorbereitet, das sich aus jeweils wechselnden Organisationen und Bewegungen aus der ganzen Welt zusammensetzt, welche aus unterschiedlichen sozialen Bereichen kommen, zusätzlich die örtlichen VeranstalterInnen der Konferenz.

Bewegungen und Organisationen

Das Einberufungskomitee für die erste PGA-Konferenz in Genf bestand aus folgenden Organisationen und Bewegungen:
Central Sandinista de Trabajadores (Nicaragua), Frente Zapatista de Liberacion National (Mexiko), Foundation for Independent Aotearoa (Neuseeland), Indigenous Women's Network (North America & Pacific), Karnataka State Farmers' Association (Indien), Mama 86 (Ukraine), Ogoni-Bewegung (Nigeria), Movimento Sem Terra (Brasilien), Peasant Movement of the Philippines (KMP), Play Fair Europe! (versch. Länder Europa), Genfer Organisationskomitee für die PGA-Konferenz.

Seit der ersten PGA-Konferenz in Genf im Mai 1998 fanden weltweit zahlreiche Aktionen statt.

Anläßlich der WTO-Ministerkonferenz, auf der das 50. Jubiläum des GATT-Abkommens begangen wurde, protestierten:

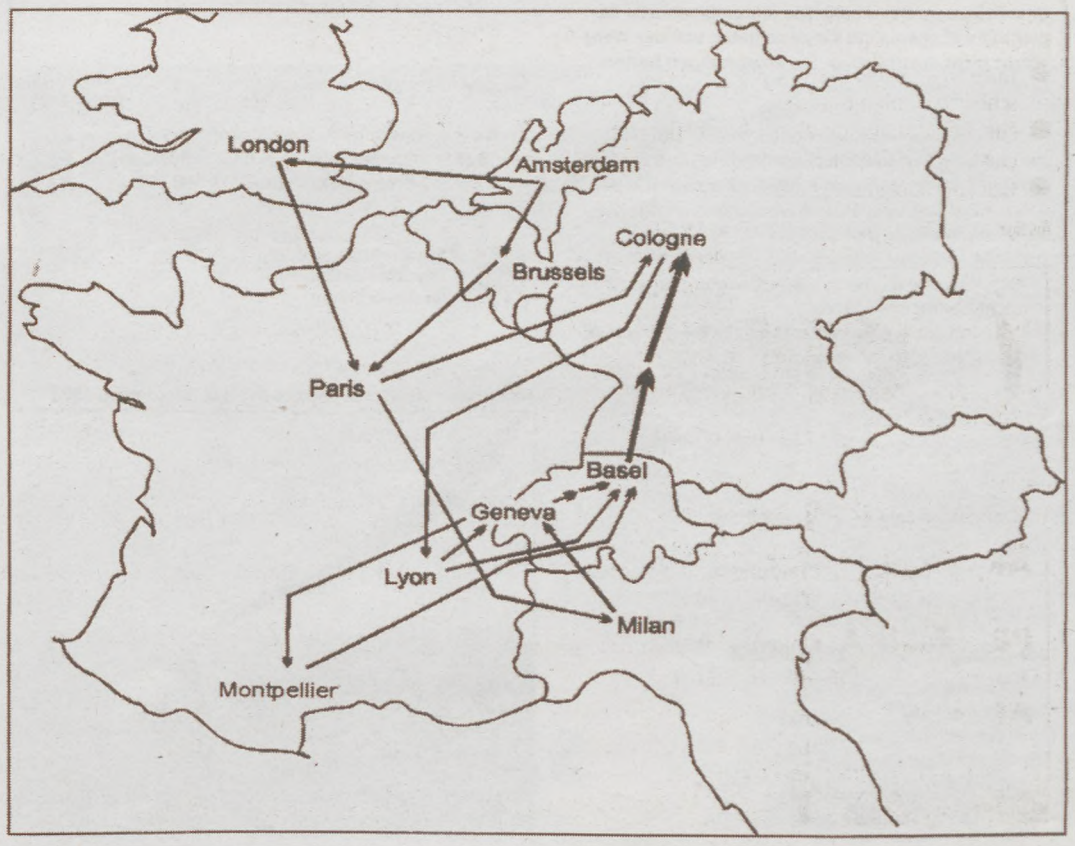
- 10.000 Menschen in den Straßen von Genf,
- 200.000 Menschen in den Straßen Hydarabads (Indien),
- 50.000 Menschen in den Straßen Brasilias,
- 30 Reclaim the Street-Partys auf der ganzen Welt.

Die nächste Konferenz vom 1. bis 4. April 1999 in Bangalore/Indien wird von folgenden Organisationen und Bewegungen vorbereitet:
National Alliance of Peoples' Movements (Indien), Proceso de Communidades Negras (Kolumbien), Confederacion de Trabajadores por la Educacion CETERA (Argentinien), Organisation Rurale pour l'Aide Mutuelle ORAM (Mozambique), Redes de Amigos de Tierra (Uruguay), Rainbow Keepers (Ukraine), Reclaim The Streets! (GB), Canadian Union of Postal Workers (Canada), Pensylvania Consumer Action Network (USA), Social and Ecological Union – Federation von über 200 Gruppen in mehreren Ländern, vor allem in Zentral-und Osteuropa, Korean Farmers Union (South Korea). ●

Information: www.agp.org
und Referat für Internationalismus, c/o Referentinnenrat der HUB, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin, Tel. (0 30) 20 93 26 03, Fax 20 93 23 96, E-Mail: refrat@rz.hu-berlin.de, Internet: www2.hu-berlin.de/studis/refrat/
oder: Play Fair Europe, Turmstr. 3, D-52072 Aachen, Tel. (02 41) 80 37 92, Fax 888 83 94, eMail: jorge@asta.rwth-aachen.de

InterContinental Caravan – Die Tour

22. Mai: Ankunft in Amsterdam (mit zwei Flugzeugen), Begrüßungsveranstaltung.
22. bis 26. Mai: Niederlande
27. bis 30. Mai: Reise nach Brüssel (größerer Teil). Reise nach London (ca. 200 Personen).
30. Mai bis 1. Juni: Reise nach Paris.
2. Juni: Reise nach Mailand (größerer Teil). Reise nach Köln (EU-Gipfel) bis 4. Juni.
3. bis 7. Juni: Italienprogramm.
5. bis 7. Juni: Nordfrankreich (ca. 200 Personen).
7. bis 10. Juni: Reise nach Genf.
10. bis 14. Juni: Südfrankreich, Lyon (1/2 Karawane). Deutschschweiz (1/2 Karawane).
14. Juni: Basel.
15. bis 17. Juni: Süddeutschland, Stuttgart.
18. bis 20. Juni: Köln (Weltwirtschaftsgipfel).



FRANKREICH: GEMEINSAM HANDELN GEGEN ERWERBSLOSIGKEIT!

Auf zu einem europäischen Netzwerk für das Einkommen

Ende Januar fand in Köln eine europäische Konferenz von EUROMARSCH statt, an der ca. 600 AktivistInnen aus Großeuropa teilnahmen, um über Aktionen anläßlich des für Mai 99 in Köln geplanten EU-Gipfels und des kurz danach ebenfalls in Köln stattfindenden G7-Gipfels zu beraten. Vertreter der französischen Erwerbslosenorganisation AC! verteilten auf der Kölner Konferenz ein Papier, daß wir nachfolgend dokumentieren.

AC! (Agir ensemble contre le chômage! – Gemeinsam handeln gegen Erwerbslosigkeit!) vereinigt in Frankreich rund 180 Kollektive. Sie setzen sich zusammen aus Empfängern von Löhnen – gleich, ob sich um Gehälter, um Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Ausbildungsunterstützung oder Rente handelt. Dieses Kollektivnetz definiert seine Orientierung während seiner nationalen Tagungen (zwei- oder dreimal pro Jahr). Aus verschiedenen Arbeitsgruppen entstanden Kommissionen, deren Aufgabe es ist, kollektiv zu analysieren, zu debattieren, Aktionskampagnen vorzuschlagen und vorzubereiten oder Agitationsmaterial zur Verfügung zu stellen und Militante auszubilden: Kommission »Einkommen«, Kommission »Verkehrsmittel zum Nulltarif«, Kommission »Recht und soziale Selbstverteidigung«, Kommission »Erwerbslose/Unternehmen«, Kommission »Arbeitszeitverkürzung« usw. ...

Während der Nationalen Tagung von AC! im Oktober 1995 wurde die Forderung eines Einkommens für jeden, mit oder ohne Arbeit, angenommen. Zahlreiche tiefgehende und widersprüchliche Debatten gingen der Annahme dieser neuen Orientierung voraus. Nach und nach wurde die Hypothese einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung, die anfangs von zahlreichen Kamaraden, vor allem Gewerkschaftern aus dem öffentlichen Dienst – die am Ursprung von AC! stehen, verteidigt wurde, relativiert, da sich immer mehr Arbeitslose und prekär Beschäftigte zu dem sich rasch ausbreitenden Netz gesellten.

Im wesentlichen bewegen sich die Forderungen der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten um den Anspruch auf ein Existenzrecht, unabhängig vom Arbeitsplatz. Eine Lohn- und Geldforderung auf diesem Gebiet ermöglicht es, eine strukturierende Achse unserer politischen Intervention zu definieren. Die Forderung eines garantierten Einkommens für alle ermöglicht es, an das Erreichte aus den früheren Arbeitslosenbewegungen anzuknüpfen, als auch das Verweigern der Erwerbslosigkeit wieder in eine globalere Perspektive der Kritik der Lohnarbeit zu integrieren.

Ein Jahr später, während der Nationalen Tagung vom Oktober 1996, wurde definiert, daß die Höhe dieses garantierten Mindesteinkommens für alle auf Höhe des SMIC (d.h. der frz. monatliche Mindestlohn, der sich der Wachstumsrate anpaßt) sein soll. Versuchen wir, die Kämpfe der letzten Jahre zu analysieren, so stellen wir fest, daß die Forderungen rund um das Einkommen eine entscheidende Rolle hinsichtlich der internen Organisation, als auch dem öffentlichen Hervortreten der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in Frankreich gespielt haben. Und dies auf besonders spektakuläre Weise im Winter 97/98: Forderung der Erhöhung der Sozialhilfe, Anspruch auf ein Einkommen für Jugendliche, finanzielle Nothilfe (z.B. die »Weihnachtsprämien«), Schwarzfahrtaktionen, kollektive Wiederaneignungsaktionen von Reichtümern (»Einkaufswagenaktionen« in Supermärkten, Gratisessen in Luxusrestaurants oder Unternehmenskantinen usw...) Zwischen Februar und September 1998, während der monatlichen Aktionstage der Erwerbslosen- und prekär Beschäftigtenbewegung in Deutschland, lautete die erste Forderung Einführung eines garantierten Mindesteinkommens von 1.500 DM zzgl. Warmmiete. Ähnliche Forderungen existieren oder erscheinen in den anderen europäischen Ländern.

Und obwohl das garantierte Mindesteinkommen für alle von der Mobilisierung der Erwerbslosen und prekär Beschäftigten in den Vordergrund der sozialen und politischen Szene Europas gerückt wurde, sind unsere verschiedenen (fast alle sozialdemokratischen) Regierungen dabei, sich für eine neo-liberale Version eines europäischen Mindesteinkommens zu entscheiden, die Armut, Lohnsenkungen und disziplinäre soziale Kontrolle verschlimmern wird. »Workfare«, mickrige Unterstützungen, Zwangsarbeit mit Androhung sonst aus den Karteien gestrichen zu werden, »Anreiz« zur Arbeit mit Maßnahmen wie den »Kombilohn«, »Aktivierung der passiven Ausgaben«, Kontrolle-Denunziation-Streichung von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten usw... Praktisch alle europäischen Länder sind dabei, ihre Maßnahmen im Sinne von Prekarität, von Armut und sozialer Kontrolle zu verstärken, gemäß den schwarz auf weiß in den Kommunikationen der Europäischen Kommission in Brüssel aufgestellten Prinzipien:

- *»Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um Arbeitslose durch administrative Kontrolle und sozialen Druck zur Arbeit anzureizen«*
  (Kommunikation der EK vom 23.4.98)
- *»Darüber hinaus muß die Lohnskala, durch eine Reduzierung der Lohnkosten wenig qualifizierter Arbeit von 20-30%, nach unten erweitert werden, wie das z. B. in den USA in den 70er und 80er Jahren der Fall war. Um wirksam zu sein, verlangt eine solche Maßnahme in Europa nach einer ebenso hohen Reduzierung der Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, um nicht in die Schlingen der Armut zu geraten.«*
  (Kommunikation der EK vom 25.2.98)

Infolge des Gipfels von Luxemburg stehen wir heute in den verschiedenen europäischen Ländern vor Arbeitsbeschaffungsplänen, die alle eins gemeinsam haben, nämlich die Erwerbslosen zu zwingen, jegliche untertariflich bezahlte Arbeit zu akzeptieren und das Lohndumping zu verschlimmern.

Deshalb erscheint es uns entscheidend, uns auf europäischem Niveau zu organisieren, um diese »Arbeitspolitiken« radikal abzulehnen, um unsere Forderung eines garantierten Mindesteinkommens für alle geltend zu machen, um unsere Informationen, Analysen und Kampferfahrungen auszutauschen.

AC! hat in der Erstellung des Netzes der Euromärsche eine wesentliche Rolle gespielt. Die Einkommenskommission von AC! spielt im übrigen eine aktive Rolle im Sekretariat der Märsche in Frankreich, und wir werden in diesem Rahmen weiterarbeiten, denn er ermöglicht eine breite Mobilisation, die für Initiativen von europäischem Ausmaß, wie die Demonstration von Juni 97 in Amsterdam oder jene in Köln am 5. Juni 99 (jetzt 29.5.99 d. Red.), notwendig ist. Uns erscheint es jedoch bei einer so entscheidenden Frage wie jener des garantierten Einkommen unabdingbar,

1. daß wir mit all jenen in Kontakt stehen, die in diesem Sinne arbeiten, selbst wenn sie aus verschiedenen Gründen selbst nicht an den Euromärschen teilnehmen wollen.
2. daß wir mit anderen Kampfvereinigungen an diesen Fragen arbeiten. In Frankreich wird AC! beispielsweise noch Diskussionen und Aktionen zum Thema Einkommen mit verschiedenen Kollektiven verstärken. Mit den Koordinationen der »Papierlosen« (Sozialrechte der Immigranten, Bewegungsfreiheit, gegen Diskriminierung von Unverheirateten), mit Selbsthilfegruppen von Aidskranken (Sozialrechte der Aidskranken, Individualisierung der Sozialrechte, garantiertes Einkommen für Inhaftierte), mit Frauenrechtsgruppen (Gratisarbeit, zu niedrige Löhne für teilzeitbeschäftigte Frauen), mit Obdachlosengruppen (Recht auf Wohnung), mit Studenten und Schülern (jünger als 25 sind Jugendliche in Frankreich von Mindesteinkommen ausgeschlossen, Verbreitung von prekären Arbeitsplätzen, Anrecht auf ein Einkommen während der Ausbildung), ...

Diese Aufzählung gibt einen Einblick darin, was auf europäischem Niveau gemacht werden könnte und sollte...

3. daß wir mit anderen Personen, Forschungsgruppen und Zeitschriften zusammenarbeiten, die nicht in direktem Kontakt zu sozialen, militanten oder Gewerkschaftsgruppen stehen.
4. daß wir die Zeit nehmen, Materialien, Analysen, Erfahrungen und Gedanken auszutauschen, was das Thema Einkommen und prekäre Beschäftigung in Europa betrifft (Arbeistlosenunterstützung, Sozialhilfe, Löhne usw...): Während der Koordinationsversammlungen oder der Kongresse der Euromärsche spielen Terminfragen eine so überragende Rolle, daß tiefergehenden Analysen und Debatten nicht genügend Platz blieb. Unsere Ideen über Themen wie Einkommen, unbezahlte Arbeit, die »klassische« marxistische Differenzierung zwischen »produktiver« und »unproduktiver« Arbeit, den »Post-Fordismus«, prekäre Beschäftigung, immaterielle Arbeit, Kontrollgesellschaft, »Workfare« usw... auszutauschen, kann durchaus fruchtbar sein.
5. daß wir unsere Beziehungen zu den Gruppen formalisieren, die im Rahmen der Euromärsche die Forderung nach einem garantierten Einkommen, nach »Existenzgeld«, oder auch »sozialem Lohn« und selbst nach »Produktivitätsgeld« hervorheben... ...(Es wäre zweifellos sehr interessant über solche Definitionsprobleme auf europäischem Niveau zu diskutieren, denn jeder kennt wohl die Beziehung zwischen den Worten und den Dingen...).

AC!, ebenso wie das Netz der Euromärsche, bietet eine relativ breite Spanne von Positionen was die Frage Erwerbslosigkeit und Prekarität betrifft, und dies führt manchmal zu notwendigen Spannungen und Kompromissen. Der berühmt gewordene Slogan von AC! »Un emploi est un droit, un revenu est un dû« (ein Arbeitsplatz ist ein Recht, ein Einkommen eine Schuldigkeit) spiegelt diese Situation wider. Selbst wenn wir uns dafür entschieden haben, »alle zusammen« zu kämpfen, erscheint es uns dennoch notwendig, unsere Positionen deutlich kundzutun und unseren Kampf in das neue produktive Sozialumfeld einzuschreiben.

Die soziale Bewegung bleibt logischerweise von den Gewohnheiten und von der Erinnerung einer Arbeiterbewegung gekennzeichnet, die jahrzehntelang innerhalb der Unternehmen Rechte errungen hat. Doch greifen wir heute die aktuellen Formen der kapitalistischen Ausbeutung an. Wir müssen erfinderisch sein; der Kampf bezieht sich auf neue Produktionsformen, auf eine neue soziale Organisation von Arbeit und Leben. Die kapitalistische Umstrukturierung steht der Entwicklung von neuen Formen der Zusammenarbeit entgegen, und wenn es sein muß, nimmt sie sich von ihnen, was Marktwert besitzt. Als Ergebnis der lebendigen Arbeit sind Erfindungskraft, Wissenschaft und Technik immer den sozialen Verhältnissen nach gestaltet, um dieses Sich-Aneignen zur Valorisierung zu ermöglichen. Vorausgreifen heißt hier dann immer wieder, sich von den nostalgischen Sprüchen der Gewerkschaften zu lösen (»Recht auf Arbeit«, »Rückkehr zur Vollbeschäftigung«).

Es heißt jetzt, eigene Forderungen zu haben und im Sinne einer wahren Umverteilung der sozial produzierten Reichtümer zu handeln: für ein Einkommen für die – nicht anerkannte – Gratisarbeit, die wir leisten, für ein Einkommen, das den neuen Produktionsformen (»general intellect«, immaterielle Arbeit...) entspricht, für ein Einkommen, das unabhängig vom Arbeitsplatz hinaus Sozialrechte für alle Arbeit anerkennt, die rund um die offizielle Arbeit herum, neben und unter ihr geleistet wird. Das alles heißt, Aktivitätsformen zu sichern, die über die kapitalistische Rentabilität hinausgehen. Armut ablehnen, Kapazitäten des Widerstands gegen Prekarität schaffen und sich einer neuen Entwicklung öffnen, – so könnten die Argumente für ein garantiertes Einkommen für alle zusammengefaßt werden – und dies nicht nur für sofortige Aktionen, sondern auch für eine tiefe Veränderung unserer Gesellschaft.

Wir sind jedenfalls nicht bereit, irgendeinen Arbeitsplatz anzunehmen, um irgendwas zu produzieren. Es steht für uns beispielsweise außer Frage sich Kampagnen, wie jenen der kommunistischen Partei Frankreichs PCF oder der Gewerkschaft CGT anzuschließen, die sich der Schließung von Rüstungsfabriken, Automobilfabriken und Atomkraftwerken entgegenstellen. Mit so einem »Kampf gegen Arbeitslosigkeit« haben wir nichts am Hut.

Weiterhin sind wir davon überzeugt, daß die Forderung eines garantierten Einkommens den besten Angriffswinkel bietet, um offensiv eine neue Lohnrunde einzuläuten und dies aufgrund der derzeitigen Arbeitsbedingungen von Erwerbstätigen (Diskontinuität, Polyvalenz, Mobilität) und Arbeitern (Gratisarbeit, Billiglöhne, Ausbeutung). Unter diesem Gesichtspunkt geht unsere Forderung weit über die begrenzte soziale Gruppe, die man unter dem Begriff »Erwerbslose« zusammenfaßt, hinaus. Die Arbeitsprekarität kann nicht als Randerscheinung aufgefaßt werden, die nur eine am Weg zurückgelassene Minderheit betrifft. Die Prekarität steht heute im Zentrum des Produktionssystems. Und so finden wir dann auch die Tradition des offensiven Kampfs des Proletariats wieder, das sich für eine Erhöhung der Löhne mobilisiert, – sei es für einen zum größten Teil sozialisierten Lohn (Lohnempfänger mit Arbeitsplatz) oder einen vollständig sozialisierten Lohn (für Lohnempfänger ohne Arbeitsplatz).

Eine Zielsetzung der Europäischen Einkommenskommission wäre es, eine Plattform für die europäische Forderung von Existenzmittel für alle zu sein. Uns schienen vier Texte für solch eine kollektive Ausarbeitung besonders bedeutend:

1. Existenzgeld/ 10 Positionen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten, BAG Erwerbslose, 1992.
2. Manifeste pour la garantie des moyens d'existence pour tous, coordination de collectifs de chômeurs et précaires, 1988.
3. Platttform des italienischen Verbandes 3RME, 1998.
4. Trois arguments pour le revenu, Commission Revenu d'AC!, 1998.

Es gibt sicherlich noch andere wichtige Texte, die in anderen europäischen Ländern kreisen: Schickt sie uns! Die Kommission wird zweifellos Organisations-, Sprach- und technische Probleme lösen müssen. Da muß halt Erfindungsreichtum bewiesen werden!

Und man muß wohl auch von schon vorgesehenen Gelegenheiten profitieren (Die Tagung für die Euromärsche am 23. und 24. Januar 99 in Köln, das Symposium der Fels-Gruppe in Berlin im März 99 usw...), sowie von der individuellen Mobilität jedes einzelnen und vom E-Mail, um anzufangen, das alles aufzubauen.

Seid ihr, Kollektiv, Einzelner, Zeitschrift usw... an diesem Projekt interessiert, dann sendet uns eure Anschrift (wenn möglich mit E-Mail oder zumindest Fax...) und vor allem: eure Ideen, Vorschläge, Wünsche, Erfahrungen, Texte und alles, was nützen könnte, um dieses europäische Netzwerk für das Einkommen auf die Beine zu stellen (Ihr könnt in jeder beliebigen Sprache schreiben, wir kriegen das schon geregelt, doch seid ihr gewohnt Englisch zu schreiben, zögert nicht!). Die Commission Revenu d'AC! könnte vorübergehend als Sekretariat dienen. Wenn wir die Initiative zu diesem Schreiben ergriffen haben, so geschah dies, um uns so schnell wie möglich die schlechten Gewohnheiten des Pariser Zentralismus abzugewöhnen:

Commission Revenu d'AC!, 42 rue d'Avron, F-75020 Paris
Fax (präzisieren: »Commission Revenu«):
00 33 1 43 73 00 03
E-Mail:com.revenu@ras.eu.org●

Anzeige

saúde mental +++ salud mental +++ mental health +++ saúde mental +++ salud mental

Mosambik

Keine Wehrpflicht für ehemalige Kindersoldaten!

Sommer 1998: Unsere mosambikanische Partnerorganisation *Reconstruindo a Esperança* bittet uns um Unterstützung. Der Anlaß: Die mosambikanische Regierung will ehemalige Kindersoldaten von der Wehrpflicht nicht ausschließen. Die Musterungen hatten bereits begonnen.

In dem von medico unterstützten Projekt auf der Ilha Josina Machel versucht *Reconstruindo a Esperança*, den kriegstraumatisierten Kindern und Jugendlichen dabei zu helfen, wieder ihr psychisches Gleichgewicht zu erlangen und in den sozialen Alltag zurückzufinden – mit Psychologen und Sozialarbeitern, in Selbsthilfegruppen, durch Weiterbildung und einkommenschaffende Aktivitäten.
Hierfür und gegen die Wehrpflicht für kriegstraumatisierte Jugendliche setzen wir uns ein.

Bitte unterstützen Sie uns dabei.

Stichwort »Mosambik«. Spendenkonten
Nr. 1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)
Nr. 6999-508 Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Spendensiegel
Deutsches Zentralinstitut
für soziale Fragen

Foto: Peter Steudtner/ medico-Projekt. Mosambik, 1998

Fordern Sie weitere Informationen an:

medico international

medico international e.V.
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt am Main
Tel: 069 94438-0 · Fax: 069 436002
eMail: medico_international@t-online.de
www.medico-international.de

EINE STANDORTBESTIMMUNG JENSEITS DES »NEUEN INTERNATIONALISMUS«

150° WEST – 60° NORD

Die Vorbereitungen für den Kölner Gipfelsturm laufen auf vollen Touren. Wenn die Kampagne vorbei ist, werden die Probleme der Internationalismusbewegung wieder offen zu Tage liegen. Um schon jetzt die Debatte über weitergehende Perspektiven mitanzustoßen, veröffentlicht CONTRASTE einen stark gekürzten Grundsatztext zur Erneuerung internationalistischer Politik aus alaska, der Zeitschrift für Internationalismus des BUKO (Heft 223). Teil 2 folgt in CONTRASTE 175 im April.

von Redaktion alaska, Bremen ● Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus heißt, die Frage nach Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) in einem weltweiten Rahmen zu sehen und zu stellen. Internationalismus heißt gleichzeitig, die heutige Ordnung der Welt nicht nur als ein Bündel von Problemen, sondern als eine herrschaftsförmige Ordnung zu sehen – eine Ordnung, die auf der Geschichte der kolonialen und imperialistischen Unterwerfung der Welt durch die Länder des Nordens beruht, aber auch auf der Geschichte des Widerstands und der Emanzipation hier wie dort. Internationalismus bejaht das prinzipielle Recht der Menschen auf Selbstbefreiung und die Notwendigkeit, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, über die Grenzen von Nationen und wirtschaftlichen Blöcken hinweg.

Soviel ist immer noch richtig. Internationalismus bedarf heute jedoch einer Neubestimmung angesichts einer veränderten Weltlage; er bedarf auch einer kritischen Neubegründung hinsichtlich dessen, was man sich unter Emanzipation vorgestellt hat und zukünftig vorstellen soll. In den Diskussionen um einen »Neuen Internationalismus«, die um 1992 herum geführt wurden, ist eine solche Neubestimmung begonnen worden, gleichzeitig wurde ihr jedoch auch ausgewichen. Ein postmoderner Internationalismus muß an diesen Debatten anknüpfen und über sie hinausgehen.

Als veränderte Rahmenbedingungen für internationalistische Politik in den letzten Jahren werden meist übereinstimmend genannt (...):

● der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und damit das Ende der Systemkonkurrenz;
● das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, jedenfalls bei dem Versuch, eine neue, zukunftsweisende gesellschaftliche Ordnung im eigenen Land zu etablieren;
● eine von den Transnationalen Konzernen und Banken getragene weltweite Integration und Flexibilisierung der Produktion, die die Verhandlungsmacht von Arbeit untergräbt, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten schwächt, und in der Marginalisierung und Ausschluß eine stärkere Drohung zu sein scheint als Ausbeutung;
● die ökologische Unhaltbarkeit des bisherigen globalen Entwicklungsmodells.

Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß sowohl die Politik der realsozialistischen Staaten, als auch der nationalen Befreiungsbewegungen, als auch der Internationalismusbewegung Teil eines Emanzipationsmodells war, das heute nicht mehr akzeptabel ist. Selbst wenn wir von den Fällen absehen, wo in rein zynischer Weise auf Sozialismus, Befreiung und Internationalismus Bezug genommen wurde (...), bleibt festzuhalten, daß auch der »Normalfall« dieses Emanzipationsmodells patriarchal und autoritär war und in vielerlei Hinsicht Unterdrückungsstrukturen legitimiert und Emanzipation verhindert hat.

Von den »Modellstaaten« ist keiner geblieben. Von einigen ist heute unverständlich, wie sich die Internat-Bewegung teilweise so positiv drauf beziehen konnte, z.B. China. Auch diejenigen, die wir immer noch als positive Beispiele verbuchen würden, wie Kuba, Nicaragua, Uganda zeigten die typischen Elemente einer tendenziell autoritären Verfassung und einer tendenziellen Ignoranz gegenüber indigenen Bewegungen, Feminismus, Homosexualität, etc. (...)

Das Pathos, mit dem die internationale Befreiung gefeiert wurde, war dasselbe, mit dem feministische Emanzipation beiseitegewischt wurde. Während die Theorie vom »Hauptwiderspruch« Kapital-Arbeit in der Internationalismus-Bewegung immer kritisiert wurde, hält sich bis heute die Neigung, sich einer »Hauptaufgabe« zu widmen, der gegenüber die multiplen Unterdrückungsstrukturen dann doch bloßes Beiwerk sind. Die Sehnsucht, die Rückkehr zu den »harten Fragen« möchte wieder mehr Eindeutigkeit und Orientierung bringen, scheint gerade in letzter Zeit wieder zuzunehmen.

Die Internationalismus-Bewegung hat sich an der Suche nach Ansätzen beteiligt, die diese Situation überwinden, z.B. durch die Rezeption des Triple-Oppression-Ansatzes oder die Auseinandersetzung mit der Subsistenztheorie. Die internationalistische Debatte ab 1992 hat Wesentliches zu einer Neubestimmung linker Politik beigetragen. Sie hat es jedoch bis jetzt nicht geschafft, ein erneuertes Modell politischer Utopie und Strategie hervorzubringen, das gegenüber der erfolgten Kritik und Selbstkritik Bestand hat und auch in den eigenen Zusammenhängen, ihrer Alltagsebene, als revolutionierende Kraft spürbar wird.

Vom Neuen Internationalismus ...

Seit den Zeiten von 68, besonders aber in den letzten 20 Jahren sind die traditionellen Vorstellungen darüber, was linke und internationalistische Politik ist, in vielfacher Weise kritisiert und zu Recht revidiert worden. Einige dieser Revisionen sind:

● Es gibt nicht das »revolutionäre Subjekt«. Emanzipative Prozesse entfalten sich entlang der umfassenden, alle Lebensbereiche und Wahrnehmungsebenen betreffenden, Politisierung des Subjekts als Unikat.
● Das Konzept der Avantgarde ist am Ende. Die Herrschaftsverhältnisse durchziehen uns alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir alle haben uns in Selbstveränderungsprozesse einzubringen und nicht Führung, sondern Selbstbestimmung ist gefragt. Linke Dominanzkultur hat viele Befreiungsansätze zerstört.
● Es gibt keinen Hauptwiderspruch. Elementar ist die Vernetzung und historische Dynamik von Herrschaft zu verstehen, wie auch ihren Doppelcharakter von Ausgrenzung wie auch Integration. Wir sehen mehr als Kapitalismus, aber auch mehr als Kapitalismus, Rassismus und Sexismus.
● Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und dann die Gesellschaft von oben emanzipativ zu gestalten. Die Macht hat viele Zentren, und Emanzipation muß im Wesentlichen aus der Gesellschaft heraus erfolgen, von staatlicher Politik nur flankiert.
● Fortschritt/Entwicklung ist nicht per se progressiv. Ökonomische Modernisierung entfaltet nicht automatisch demokratisch-sozialistische Potentiale. Ganz im Gegenteil stellt sie häufig eine Form von sozialem Krieg und politischer Unterwerfung dar.
● Es gibt keine »Objektivität«, von der aus man erkennen kann, wie die Lage anderer ist und was sie brauchen.
● Demokratisierung, Gleichheitspolitik, Identitätspolitik (also interne Gleichheit in der Gruppe) sind in hohem Maße problematisch, weil sie gegenüber den neueren »abstrakten« Unterdrückungsformen (also »entgeschlechtlichtes« Patriarchat, »räumlich entgrenzter« Norden, »entfärbter« Rassismus etc.) mindestens wirkungslos sind bzw. diese sogar untermauern.
● Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung, »rationale Bedürfnisbefriedigung« ist nicht der Schlüssel zu linker Politik. Derartige Konzepte haben erstens enge Grenzen, weil z.B. eine totale Kollektivierung von Reproduktion weder möglich noch wünschenswert ist, und können zweitens für sehr unterschiedliche Programme genutzt werden, verbürgen also keineswegs Emanzipation.

... zur postmodernen Kritik

Diese Revisionen sind in der Debatte um »Neuen Internationalismus« bereits gesehen und vollzogen worden. Ihre Hauptkonsequenzen waren,

● den Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land zu betonen,
● die Gleichberechtigung verschiedener Unterdrükkungsstrukturen praktisch anzuerkennen und
● den Industrialismus des Nordens nicht mehr als das eine, von allen anderen nachzuvollziehende Entwicklungsmodell zu sehen.

An den traditionellen linken Vorstellungen von Emanzipation wurde jedoch nicht gerüttelt. Linke Politik ist traditionellerweise von einer Emanzipationsvorstellung getragen, die typisch »modern« gedacht ist. Diese klassischen, »moderne« Vorstellung von Emanzipation und ihrer »Radikalität« beinhaltete:

● Zwischen den Verhältnissen und der emanzipativen Bewegung gebe es einen radikaler Bruch, eine absolute Trennung.
● Emanzipation ist total, sie kann und muß jeden Lebensbereich und jeden gesellschaftlichen Bereich erfassen, sonst ist sie nicht »radikal«.
● Wirkliche Emanzipation hebt Ungleichheit auf, auch das Problem ungleicher Macht. Deshalb macht wirkliche Emanzipation jedes Nachdenkens über Repräsentation und Macht »hinterher« überflüssig.
● Befreiung ist die »Freisetzung« von etwas, was es schon gibt und sich aus den Verhältnissen befreit (wie wenn es nicht auch von den Verhältnissen geprägt und darum auch zu verändern wäre).
● Emanzipation geht den Kern der Sache an, die »wirkliche Ursache« von Herrschaft und Ungleichheit.
● Ist diese Ursache beseitigt, regeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Vernunft, sie »optimieren« sich.

Es ist der Glaube an diese Vorstellungen, der durch die postmoderne Kritik erschüttert wird. Auch dies ist keine akademische Frage. Hier liegt z.B. begründet, wieso die Kritik und Bearbeitung interner Herrschaftsverhältnisse in fast allen Zweigen der Emanzipationsbewegungen so schwierig war – von den sozialistischen Staaten bis zur Frauengruppe, vom Black Movement bis zur Internationalismusbewegung selbst. Die »radikale Trennung« ist immer auch ein patriarchales Konzept, (...) und sieht auch von den Notwendigkeiten der Reproduktion unter den gegebenen Verhältnissen ab und ist deshalb patriarchal – Frauen können diese Notwendigkeit nicht in gleicher Weise ignorieren, schon deshalb weil sie sich in höherer Weise für Kinder verantwortlich fühlen, aber auch deshalb, weil z.B. die meisten Männer unter Bedingungen Politik machen, unter denen die meisten Frauen weder leben noch arbeiten können. Die »radikale Trennung« legitimiert die interne Vorherrschaft derer, die sich »am radikalsten freimachen können«, und das sind allemal Männer.

Die klassische Vorstellung legt also immer eine Idee von »Radikalität« nahe, die patriarchal ist, für selbstrechtfertigende Gewalt und interne Herrschaft offen, und von der eine gerade Linie zur »Mensch-oder-Schwein«-Dialektik der RAF führt. Es geht im Gegensatz dazu nicht darum, sich mit »weniger Radikalität« zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil hat das klassische Emanzipationsdenken dazu geführt, weite Bereiche unangetastet zu lassen und eben nicht zu revolutionieren; es hat aus der Befreiung eine höchst oberflächliche Angelegenheit gemacht. Es geht also um einen Begriff von »radikal«, der sich nicht an der maximalen Abgrenzung von allem Bestehenden bemißt, aber der auch nicht darin wetteifert, die »wirklichste Ursache« zu finden; sondern der sich an der Konsequenz bemißt, mit der alle Verhältnisse erfaßt werden, und der Offenheit, Kritik an Herrschaft zu ermöglichen, wo immer sie sich etabliert.

Ein postmoderner Emanzipationsbegriff beinhaltet, daß Befreiung etwas Prozesshaftes ist und keine Einpunkt-Revolution, und daß nie der Punkt erreicht wird, wo Emanzipation prinzipiell »nicht mehr nötig« wäre. (...) Befreiung ist keine saubere Sache. Wir alle bewegen uns in unseren Widersprüchen, in den gesellschaftlichen Normräumen und stehen vor dem Spannungsverhältnis von individueller und kollektiver Befreiung. Revolutionäre Politik beginnt im Hier und Jetzt und kann auch keine Vertröstungspolitik sein nach dem Muster »Politik jetzt, Lebensfreude später«.●

Der zweite Teil (zur Debatte seit 1992 und den Grundrissen einer Neubestimmung) folgt in CONTRASTE Nr. 175.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

alaska

alaska erscheint seit Frühjahr 1997 und entstand aus der Zeitschrift FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. alaska ist die Zeitschrift des BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen), einem Zusammenschluß von ca. 200 internationalistischen Gruppen, NGOs und Dritte-Welt-Läden und hat sich einer Erneuerung internationalistischer Theorie und Praxis verschrieben, in der das Manifest einen Zwischenstand darstellt. Kontakt: alaska, Bernhardstr. 12, D-28203 Bremen, fon/fax (04 21) 7 20 34.

Anzeige

NEUBEGINN AUF DER FINKENBURG

Wieder Alles möglich...?

Im Januar 1990 wurde nicht nur das Projekt Finkenburg geboren, sondern das Leben dort begann tatsächlich mit der Geburt eines Kindes. »Die Räume waren zunächst nur notdürftig renoviert, und für die Hausgeburt mußten wir kübelweise heißes Wasser nach oben in die Badewanne tragen. Denn nach 7 Jahren Leerstand gab es noch nicht in allen Badezimmern wieder heißes Wasser« erinnert sich Andreas, der als Einziger von den PionierInnen der ersten Stunde noch hier wohnen bleibt.

von Anna Hubach (Finkenburg) ● Damals gab es viel Spaß und wenig Anspruch auf der Finkenburg: Eine kleine Gruppe hatte sich an der Bremer Uni im Rahmen einer Patriarchatskritik-Veranstaltung kennengelernt und beschlossen, zusammen zu ziehen. Der Traum von Kommune schwelte zwar schon in den Köpfen – es gab auch gemeinsame Kassen zwischen Einzelnen – teilweise sogar übergreifend zu einem befreundeten Projekt. Dank eines glücklichen Zufalls konnte die Finkenburg bei einer Zwangsversteigerung gekauft werden.

Alleinlage vor dem Deich auf einer Warft, weit und breit kein anderes Haus, und 600 qm Wohnfläche – relativ gut in Schuß. Der alte Niedersachsenhof war komplett zum Bordell umgebaut worden, als der alte Besitzer starb. Seine Frau saß auf den Schulden und eröffnete das geplante Etablissement gar nicht erst. So kommt es, daß in der Finkenburg ein Luxusartikel im Überfluß vorhanden ist, von dem andere Projekte nur träumen: Es gab am Anfang hier 10 Badezimmer. Für die Urgruppe war das Haus zu groß, und so beschloß sie, noch eine zweite Combo zu suchen...

Gesagt getan. So gab es zwei Gruppen auf der Finkenburg. Die im vorderen Teil hatte eine Menge Spaß, die Leute im hinteren Teil hatten Ansprüche. So getrennt blieben die WG's aber nicht lange. Denn durch gemeinsame Renovierungsaktionen durch regelmäßige Kinderbetreuung (Aufhebung der Elternschaft war damals das Schlagwort) und »Techtels« von einer Seite zur anderen, weichten die Grenzen langsam auf.

Gemeinsam gründeten dann 6 Leute die Mosterei. 1991 gab es dann den ersten Probelauf. Zunächst brachten nur wenige Menschen aus der Umgebung ihre Äpfel zum Entsaften. Am Anfang gab es eine Menge Pannen, aber die meisten KundInnen hatten damals Verständnis und warteten oft geduldig, bis der Schaden behoben war. Von Jahr zu Jahr verbessert und perfektioniert, arbeitet die Mosterei heute noch in der Apfelsaison und ist mittlerweile sogar von anderen Gruppen kopiert worden.

Nun kommt der Teil, über den die Ansichten der verschiedenen Leute z.T. weit auseinandergehen. Vor vier Jahren zog eine von den beiden WG's komplett aus, nachdem sich einige Zeit vorher die Gruppen nach Sympathie neu formiert hatten. Der Grund für den Auszug wird übereinstimmend von Leuten aus beiden Lagern als Auslöser eines länger schwelenden Konfliktes beschrieben. Der Streit entzündete sich an einer Einzugsfrage, war aber nur vordergründig. Für einige Leute war es vielleicht einfach der richtige Zeitpunkt zu gehen. Entscheidend war aber sicherlich auch die Tendenz von einigen der Zurückgebliebenen, die Menschen den Ansprüchen anzupassen.

»Strukturen schaffen ...«

...wurde das genannt. Auch in vielen anderen sogenannten Politischen Projekten ist mir die Tendenz aufgefallen, daß einige »Vorreiter?« einen starken moralischen Druck aufbauen, um Strukturen zu schaffen, die dem Anspruch p.c. zu sein genügen. Besonders die Frauen die das Projekt verließen, hatten zuvor lange gegen den Hauptvertreter dieser Ansprüche rebelliert. Die Zurückgebliebenen forcierten jetzt mit doppelter Energie die Schaffung von kommunitären Strukturen.

Als ich im Sommer 1996 einzog, war gerade die Einkommensgemeinschaft beschlossen worden an der allerdings zwei Menschen nicht teilnehmen wollten. Alle Einkünfte in einen Topf, Ausgaben bis zweihundert DM nach Ermessen, darüber hinaus nach Absprache. Vermögensgemeinschaft war zu diesem Zeitpunkt noch nicht angedacht – wäre auch nicht machbar gewesen.

Denn ein halbes Jahr vorher war die »Biber GmbH«, der biologische Baustoffhandel, eröffnet worden. 3 Leute aus der Finkenburg und einer von außerhalb hatten eine GmbH gegründet, und waren mit Hilfe von Einlagen aus ihrem Privatvermögen oder Krediten gleichberechtigte GesellschafterInnen. Der Laden ist im 18km entfernten Verden, und als ich einzog, sah ich die drei allenfalls ab 19 Uhr abends. Da der Aufbau des Ladens von den »Bibers« alle Energie beanspruchte, waren sie in der Finkenburg nur noch zum Essen, zu Plena und m.E. bei Großbauaktionen. Von den andern wurde die Rödelei mit Skepsis betrachtet, zumal keineR mitreden konnte, wenn die drei zusammen waren und sich alle Gespräche nur um ihre Arbeit drehten. Ich glaube, auch das ist in Projekten ein verbreitetes Phänomen, zumindest da, wo die Arbeitsplätze spezialisiert und /oder außerhalb sind.

Für mich war diese erste Zeit trotzdem schön und spannend. Eine Frau hatte meinen Einzug unbedingt gewollt, vor allem, da ihr Kind zu dem Zeitpunkt das Einzige in der Finkenburg war, und sie außerdem ein Pferd hatte. Da ich zwei Kinder im ähnlichen Alter hatte und zwei Pferde, deckten sich viele unserer Interessen, und zum großen Teil unser Tagesablauf.

Wie in vielen Projekten war abends, wenn die Leute müde von der Arbeit kamen nach dem Essen in den Gemeinschaftsräumen Totentanz. Richtiges Gemeinschaftsgefühl kam dagegen während der Mosterei-Saison auf. Zumindest in meinem ersten Mosten war ein Super Apfel-Jahr. 10 Leute arbeiteten in Teams von jeweils 3 Leuten in der Presse. Es waren lange körperlich anstrengende Tage, aber es kamen viele Leute auf den Hof, immer war Zeit für ein Schwätzchen, es war (und ist bis heute) ein Kollektiv, wie ich es mir vorstelle. Ohne verdeckte Hierarchien, und ohne Profilneurosesucht Einzelner. Zusammenfassend kann ich aber sagen, daß in der Finkenburg zu dieser Zeit nach meiner Ansicht der Wert eines Menschen über die Menge und Effektivität seiner Produktivarbeit gemessen wurde.

Es gab zwar immer wieder Kritik daran, aber wirkliche Diskussionen darüber kamen nie zustande. Gefühle wurden aufgespart bis zu den einmal im Monat stattfindenden Supervisionsterminen oder zu unpersönlichen Sachfragen umgemünzt. So wurden immer mehr Regeln aufgestellt, um dem Anspruch »Kommune« zu genügen und die Illusion von Gemeinsamkeit aufzubauen – z.B. Frau darf nicht viel und schon gar nicht gerne Auto fahren, das ist unökologisch. Darum wurde der Preis/km immer weiter rauf gesetzt. Niemand traute sich dagegen zu sein, denn es drohte der Moralhammer. Die Gründe, warum eine ständig den Hof verließ, spielten keine Rolle. Streit zwischen Pärchen war ebenfalls ein Tabuthema, es wurde nur gemahnt, daß es nicht laut werden durfte.

Ja ich weiß, daß ist bei vielen andern Projekten genauso. Aber nicht umsonst leeren sich die »politischen« Projekte zusehens. Ich glaube, in vielen Kommunen ist es so, daß die (Arbeits)Kraft, die Kreativität, der Spaß kurz alle positiven Eigenschaften, die ein Mensch so hat, dem Kollektiv dienen sollen, Ängste, Einsamkeit, Gebrechlichkeit Abhängigkeiten gefälligst individuell abgehandelt werden sollen. Besser wäre natürlich noch, diese Gefühle wären gar nicht vorhanden. So blieb es nicht aus, daß es wieder zu einer Spaltung kam.

Zunächst hatten wir noch Sündenböcke: Zwei Männer wurden nach langen Disskussionen ausgeschlossen – sie genügten nicht den gesteckten Kommuneansprüchen. Ich war dabei, ich habe die Ausschlüsse mitgetragen. Damals wie heute, finde ich die Ideale

- hierarchiefreies Leben und Arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie, um soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen;
- ökologische Lebensweise,

erstrebenswert. Aber es ist ein Fehler zu glauben, eineR kann Ideale mittragen, weil die Moral oder die MitkommunardInnen oder der Kommunechef (ach ja, gibt's ja nicht) ihr sagt: »Sei jetzt so wie die Ideale es verlangen. Verleugne deine Herkunft, dein Wertesystem und deine Gefühle.«

Vorbereitungen für das Kommunetreffen 1997 auf dem Finkenburg-Gelände Foto: Finkenburg

Nachdem die Sündenböcke aus dem Weg geräumt waren, zerfleischten wir uns schließlich gegenseitig. Im Januar 98 kam es zur klarsten und striktesten Trennung der beiden Haushälften, die es je zuvor gab. Zwei Kassen, jede Gruppe hatte zwei Autos; kein Mitspracherecht mehr bei Einzugsfragen der jeweils anderen Gruppe. Zunächst war die Gruppe in der ich lebte (auf beiden Seiten blieben nur vier Erwachsene übrig) der Teilung gegenüber sehr skeptisch gewesen. Schnell stellten wir aber übereinstimmend fest, daß wir sehr viel streßfreier zusammenlebten als vorher. Leider aber auch immer noch meilenweit von »Kommune« entfernt. Wir haben eine Einkommensgemeinschaft, es fließt auch manchmal Privatvermögen in größere Anschaffungen, die dann gemeinsam genutzt werden und Hierarchien haben wir auch keine.

Aber als ich damals auszog mit meinen Kindern, um mit Menschen zu leben, dachte ich dabei an viele Große und Kleine, an gemeinsam arbeiten, Spiele spielen und Weiterentwicklung. Bei vier Leuten braucht nur einer nicht da zu sein oder keine Lust zu haben, und schon kannst du die meisten Spiele knicken. Eine größere Bauaktion, wie sie jetzt ansteht, nämlich eine einstürzende Schuppenwand neu aufzubauen, oder ein Dach zu decken, mit kleinen Kindern ebenfalls. Wir hatten auf unserer Seite bisher nur noch ein größeres und ein sehr kleines Zimmer frei, darum waren die Erweiterungsmöglichkeiten bisher sehr begrenzt.

Doch die Geschichte wiederholt sich im Sommer 1999, und die vordere Gruppe zieht aus. Doch diesmal – Ironie des Schicksals – sind die dabei, die sonst immer geblieben sind. Wir werden also ab Juli leere Zimmer haben.

Vielleicht gelingt es uns jetzt hierarchiefrei und..... mit vielen zusammen zu leben und eine Menge Spaß zu haben!?! Das Haus jedenfalls hat es verdammt nötig, daß hier wieder mehr Leute wohnen, die nicht nur ans Geldverdienen denken, sondern auch ans Erhalten. Und ich hab es verdammt nötig, wieder mehr Leute um mich zu haben, mit denen ich mir die Kinderbetreuung teilen kann, mit denen ich zusammen quatschen, essen, streiten,lachen, schmollen, reiten und – wer weiß –, vielleicht sogar mal zusammen arbeiten kann. Wenn Ihr Interesse habt, meldet Euch doch bei uns : Finkenburg-Nord, D-27321 Thedinghausen, Tel. (0 42 04) 14 97●

WANDERLEHRE

Die Tour der »compagnons du tour d'europe« geht weiter !

Wir sind einige junge Menschen, die aus verschiedenen Gemeinschaftszusammenhängen in Frankreich, Österreich, der Schweiz und Deutschland kommen und dieses Jahr eine Reise fortsetzen, die bereits letztes Jahr begann und in der Tradition der Wandergesellen stehen soll. Wir reisen unter dem Namen »compagnons du tour d'europe« und wollen in Form einer Wanderlehre das Land erkunden.

Über die erste Reise gibt es eine Videodokumentation, in der sich die von uns besuchten Projekte selbst vorstellen, aber auch unsere eigenen Erfahrungen dargestellt werden. Diese filmische Dokumentation soll auch dieses Jahr stattfinden. Doch auch über andere Medien (z.B. Theater, Foto, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen / Diskussionen) wollen wir den Austausch über politische Perspektiven, Widerstandsformen zum bestehenden System, Alternativen zur lohnabhängigen Arbeit und über neue Ausbildungsformen suchen.

Dieser Austausch soll nicht nur auf intellektueller, sondern auch auf materieller Ebene in Form von konkreter Mitarbeit stattfinden. Eine Idee ist unter anderen, eine mobile Werkstatt einzurichten. So können wir kleinere Baustellen und Reparaturen selber erledigen. Wir möchten die unterschiedlichsten Arbeits- und Sichtweisen unserer Besuchsziele kennenlernen und diese kreativ für uns umsetzen.

Wenn ihr Interesse daran habt, daß wir mit unserem Traktor, dem Hanomag und den beiden Bauwägen bei Euch vorbeikommen, würden wir uns freuen, bald von Euch zu hören, um unseren weiteren Reiseverlauf planen zu können.

Mit solidarischen Grüßen, die Compagnons!●

Kontakt: Europäische Wanderlehre, Kirchweg 1, D-34260 Niederkaufungen
E-Mail: wanderlehre@excite.de

Anzeige

[Südafrika – Der Preis der Versöhnung]

»Sie sollten nicht denken, daß jetzt alles in Ordnung ist!«

Dies sagt uns Ntombi Mosikare von dem medico-Partner *Khulumani Support Group* in einem Interview.

Die Opfer der Menschenrechtsverletzungen unter der Apartheid und ihre Angehörigen haben sich selbst organisiert und stellen Forderungen: zum Beispiel nach Entschädigung. Damit auch eine juristische Unterstützung der Opfer der Apartheid möglich wird, soll nun ein Rechts-hilfefonds eingerichtet werden.

Bitte unterstützen Sie diese Arbeit.

Stichwort »Südafrika«. Spendenkonten
Kto-Nr. 1800
Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)
Kto-Nr. 6999-508
Postbank Köln (BLZ 370 100 50)

Fordern Sie den neuen medico-Report *Der Preis der Versöhnung – Südafrikas Auseinandersetzung mit der Wahrheitskommission* für 14 DM und weitere kostenlose Informationen an. Tel: 069 94438-0.

medico international

medico international e.V.
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt am Main
Tel: 069 94438-0 · Fax: 069 436002
eMail: medico_international@t-online.de
www.medico-international.de

SOLIDARFONDS FÜR KOMMUNEN

Ohne Moos nix los

Wie so manche gute Idee, ist auch diese einem der letzten, jährlich stattfindenden Kommunetreffen entsprungen: Ein Kommunefonds zur gegenseitigen Unterstützung und zur Förderung neu entstehender Kommuneprojekte.

von Ortrud, Olgashof ● Nachdem die nötige Vorarbeit geleistet war, konnte 1996 ein Gesellschaftsvertrag zum »Solidaritätsfonds der politischen Kommunen«, wie er offiziell heißt, formuliert werden. Mittlerweile gibt es eine Anzahl Mitglieder aus dem Kreis der bestehenden Kommunen, so daß eine Grundlage geschaffen ist, von der aus die Idee realisiert werden kann. Das heißt: Es können Anträge gestellt werden!

Wer? Wie? Was?

Mitglied im Fonds können Kommunen werden, die am Kommunetreffen teilnehmen und sich dem Zusammenhang verbunden fühlen. Der soziale Aspekt ist dabei wichtiger als objektive Kriterien. Die Mitgliedschaft erfolgt durch die Beitrittserklärung und durch die Einzahlung in den Fonds. Neue Kommunen kommen über Patenschaften und über die Entscheidung der Fondsverwaltung hinzu.

Es können grundsätzlich nur Anträge auf Darlehen gestellt werden. Die Darlehen sind zinslos. Bei Darlehen mit langer Laufzeit (mehr als fünf Jahre) können Zinsen bis ein Prozent über dem Inflationsausgleich vereinbart werden. Die Fondsverwaltung, bestehend aus vier Menschen aus unterschiedlichen Kommunen, die nach einem Rotationsprinzip wechseln, entscheidet über die Anträge nach einem im Gesellschaftsvertrag zusammengestellten Kriterienkatalog: Zsammenleben an einem Ort, gemeinsame Ökonomie, gemeinsame Arbeitsorganisation / Produktionsstätten, hierarchiefreie Strukturen, linkes Politikverständnis, Verwendungszweck, mögliche Sicherheiten. Die Voraussetzung ist nicht, daß jedes Kriterium erfüllt ist. Die Fondsverwaltung macht sich u.U. ein persönliches Bild von dem Projekt.

Anträge auf Unterstützung gehen an folgende Adresse: Olgashof Kommune, Gutshaus, D-23966 Olgashof b. Wismar, z. Hd. Uwe Kurzbein.

Abschließend ist noch wichtig, daß es bei dem Solidaritätsgedanken nicht nur oder nicht in erster Linie um die Kneteschiene geht, sondern auch darum, auf allen Ebenen Unterstützung anzubieten.●

NEUE ARBEIT:

Zwischen Selbstorganisation und Institutionalisierung

In der AG neue Arbeit(-sorganisation) in Bremen setzen wir uns mit den verschiedenen Formen neuer Arbeit auseinander und arbeiten in konkreten Projekten vor Ort mit. Wir versuchen weitere Kontakte zu knüpfen, diskutieren verallgemeinerbare Fragen und wollen Impulse für eine lokale Solidarwirtschaft setzen. Wir beteiligen wir uns ú.a. an den Erwerbsarbeitslosen-Aktionstagen und veranstalten regelmäßig kleinere Kongresse. Das im folgenden vorgestellte »Grundversorgungs-, Kommunikations- & Bildungszentrum« ist 1998 aus einer Projektwerkstatt heraus entstanden. Außerdem versuchen wir, ein »Zentrum für neue Arbeit« auf den Weg zu bringen.

Das Dilemma neuer Arbeit

Die Globalisierung der Marktwirtschaft führt zu einer Austrocknung der Regionen, die wirtschaftlich auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Durch die Automatisierung der Industrieproduktion und zunehmend auch des Dienstleistungssektors werden zukünftig nur noch 20% der Bevölkerung hochqualifizierter »Normal«-Erwerbsarbeit nachgehen können. Der Rest muß sich mit »Bastelbiographien« begnügen oder fällt ganz heraus. Allerdings haben die von der Erwerbsarbeit »freigesetzten« Menschen Talente und Fähigkeiten, die zwar nicht mehr vom Weltmarkt abgefragt werden, die sie aber sehr wohl in lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe einbringen könnten und müssen, wenn sie nicht verkümmern sollen.

Wie die Katze um den heißen Brei kreisen alle Ansätze von neuer Arbeit um die Frage, wie der vergesellschaftende Charakter der Erwerbsarbeit aufgehoben werden und was Arbeit – verstanden als zur Reproduktion der Gesellschaft notwendige Tätigkeit – im Zeitalter der Vollautomation noch bedeuten kann? Noch beschreiben diese Fragen ein gesellschaftliches Vakuum.

Das Dilemma Neuer Arbeit besteht in eben diesem Vakuum, dem sich von verschiedenen Seiten genähert wird: Die zivilgesellschaftlichen Konzepte institutionalisierter Formen neuer Arbeit von oben (z.B. Freiwilligenagenturen, Bürgerarbeit) laufen Gefahr, Zwangsarbeit bzw. Billiglohnjobs zu legitimieren. Die reine, auf unmittelbare Verbesserung des Alltags ausgerichtete Selbsthilfe von unten bleibt dagegen oft kraftlos und ohne gesellschaftliche Relevanz.

Neue Arbeit – alter Wein in neuen Schläuchen oder neues Leitbild?

Was fehlt ist eine Bündelung der Kräfte, ein Leitbild neuer Arbeit, das die Menschen tatsächlich ergreift und die Krise der Erwerbsarbeitsgesellschaft offensiv besetzen könnte. Eine Voraussetzung dafür scheint uns ein Zusammenspiel eines selbstorganisierten und eines zivilgesellschaftlichen Ansatzes zu sein.

Wichtig ist uns außerdem zu betonen, daß die Ansätze für Neue Arbeit durch Reformanstrengungen für eine bedarfsorientierte Grundsicherung (und ihre faktische Mindestlohnfunktion) materiell abgesichert und durch die solidarische Verteilung der noch vorhandenen Erwerbsarbeit unterstützt werden müssen. Sonst sind sie für einen gesellschaftlichen Aufbruch verloren.

Zusammenspiel von Zivilgesellschaft ...

Für 1999 plant eine Initiativgruppe die Gründung eines Trägervereins für ein Zentrum für neue Arbeit, das sich für eine gesellschaftliche Anerkennung neuer Arbeitsformen einsetzt. Das heißt, die Fixierung auf Erwerbsarbeit/Existenzgründung zu relativieren und – in Anlehnung an Frithjof Bergmann – auch Möglichkeiten der Bürgerarbeit/Persönlichkeitsentwicklung (»paid calling«) und der Eigenarbeit/ Selbstversorgung (»high-tech self-providing«) gleichberechtigt miteinzubeziehen. Das Zentrum soll drei Bausteine umfassen:

- Orientierung und freiwillige Beratung auf der Grundlage eines neues Arbeitsbegriffs
- Überblick über die Praxis neuer Arbeitsformen in Bremen
- Organisierung eines öffentlichen Diskurses und Öffentlichkeitsarbeit

Das Zentrum soll sowohl Erwerbsarbeitslose als auch mit ihrer Erwerbsarbeit unzufriedene Menschen ansprechen.

... und Selbstorganisation

Im Oktober 1998 konnten wir ein selbstorganisiertes »Grundversorgungs-, Kommunikations- und Bildungszentrum« (GroBi) eröffnen, das aus der Verdichtung der gewachsenen Kontakte zwischen der *Bremer Commune*, dem Bremer Tauschring *TauschWatt* und dem *Bildungs- und Gegenseitigen Unterstützungsverein erwerbsarbeitender und erwerbsarbeitsloser Menschen* entstanden ist. Es zielt auf:

- eine erschwingliche, ökologisch sinnvolle Grundversorgung mit dem Lebensnotwendigen (Ernährung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Mobilität) gegen die (relative) materielle Verarmung immer weiterer Bevölkerungskreise
- einen öffentlichen Raum der Begegnung, Kommunikation über die individuellen Befürchtungen und Hoffnungen in der aktuellen gesellschaftlichen Umbruchsituation und Bildung (die eigene soziale Lage studieren) gegen die mit der Erwerbsarbeitslosigkeit häufig verbundenen Vereinzelungsprozesse und die Gefahr psychischer Verelendung.

Das *GroBi* beherbergt auf 200 qm eine kleine Holz-, Fahrrad-, und Schneiderei-Werkstatt, eine große Küche, Veranstaltungs-und Café-Raum und den Lebensmittelladen der *Bremer Commune*. Das Gemüse stammt aus der Zusammenarbeit mit einem Biohof im Bremer Umland. Das Angebot richtet sich an die Mitglieder der beteiligten Projekte und nicht zuletzt den Stadtteil. Die meisten Angebote können auch für *Tiden* (die Bremer Tauschringwährung) in Anspruch genommen werden. Die Reparaturwerkstätten können für Eigenarbeit, aber auch mit fachkundiger Hilfestellung gegen gegen eine geringe Grundgebühr genutzt werden. Weiterhin gibt es eine Kindergruppe, einen demnächst täglichen Mittagstisch und monatlich einen Tag des Wohlbefindens sowie einen Konzert-und Kleinkunst-Abend als Auftrittsangebot für Laien. Fünfmal die Woche finden Bildungsabende statt.

Zwar gibt es zwischen den über verschiedenen Arbeitsformen wie Tausch-, Kooperativ-, ehrenamtlicher und Job-Arbeit kommenden Menschen nach so kurzer Zeit noch Berührungsängste und die Vermittlung ist nicht immer einfach. Wir sind aber zuversichtlich, daß wir eine Einheit in der Vielfalt entwickeln können, die ihre Stärke gerade aus der Kooperation und nicht aus der Vereinheitlichung gewinnt.

Hier sind wir brennend an einem Austausch mit ähnlichen Kooperationszusammenhängen interessiert.●

Kontakt:
AG neue Arbeit(-sorganisation), Bauernstr. 2,
D-28203 Bremen, Tel. (04 21) 70 66 16,
E-Mail: bive@gmx.de
Internet: www.bremen.de/info/bildungsverein.

Kongreß der »Bremer Commune« im Februar 1999 Foto: C. Hoppens

QUALIFIZIERUNG IM GEMEINNÜTZIGEN WIRTSCHAFTSSEKTOR

Stadtteilökonomie fö(o)rdert Beteiligung

Das Problem der Arbeitslosigkeit, das Entstehen von Massenarbeitslosigkeit, das Verschwinden fester und damit sozial abgesicherter Arbeitsverhältnisse sind ökonomische und soziale Probleme der nächsten Jahrzehnte. Indem Arbeitsplätze rationalisiert und wirtschaftliche Verflechtungszusammenhänge aufgelöst werden, ohne daß neue geschaffen werden, wird die Krise der Produktion auch eine der Reproduktion: es entsteht ein Zirkel aus wachsender Arbeitslosigkeit, eine zunehmende Verarmung der privaten Haushalte und Kommunen, eine Zerstörung der Infrastruktur in den Orten und der natürlichen Umwelt. Sich verschlechternde Lebensbedingungen in Regionen bzw. Orten sind die Konsequenz.

von Brigitte Voß, Hamburg ● Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krisensituation sind international Ansätze der »Lokalen Ökonomie« entwickelt worden. Dabei steht der Erhalt der Lebensfähigkeit bzw. die Wieder-Herstellung des Ortes/der Region im Vordergrund. Es geht um die Aufgabe, wie die jeweilige Bevölkerung die Überlebensfähigkeit oder nachhaltige Entwicklung ihres Gemeinwesens, in dem und von dem sie lebt, mit den am Ort vorhandenen Mitteln sicherstellt bzw. von dem aus sie weitere Entwicklungen anstrebt.

Gemeinwesen oder spezielle Gemeinwesenarbeit wird bislang eher mit sozialen als mit ökonomischen Zielsetzungen in Verbindung gebracht. Tatsache ist jedoch, daß durch die sich wandelnden Gemeinwesen in Stadt und Land, neue, sozialökonomische Strategien zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer BewohnerInnen gefragt sind.

Bei bereits weltweit vorhandenen Lösungsansätzen und Experimenten gegen die Folgen der ökonomischen Krisensituation kommt lokalen Initiativen und deren Tätigkeiten für die Nachbarschaft bzw. dem Gemeinwesen eine entscheidende Bedeutung zu. Sie stützen sich zum einen auf neue Prinzipien der Organisation des Wirtschafts- und Sozialgefüges und zum anderen auf das Tätig-werden neuer Akteure, denen für die Herausbildung und das Funktionieren dieser Organisation notwendigen Schlüsselfunktionen zukommen. Dabei entwickeln diese lokalen Initiativen neue Konzepte der Arbeitsplatzbeschaffung, indem sie eine neue Funktion, die Erkundung von Beschäftigungsmöglichkeiten und die lokale Dimension als wesentlichen neuen Faktor für Entwicklung und Beschäftigung einbeziehen.

In Regionen und Sektoren, in denen sowohl die private Wirtschaft (Erster Sektor) als auch der öffentliche (zweite) Sektor immer weniger für ausreichende Beschäftigung und Einkommen sorgen, bedarf es *alternativer ökonomischer Entwicklungs- und Planungsprozesse*. Der Aufbau solcher Prozesse benötigt jedoch eine langfristige Förderung und eine entsprechende Unterstützung. Die Europäische Kommission hat mit dem Pilotprogramm »Beschäftigung und Drittes System« die Bedeutung von lokalen Initiativen im gemeinnützigen Wirtschaftssektor (Dritter Sektor) auch in der Europäischen Förderlandschaft hervorgehoben. Bereits 1993 hatte die Abteilung »Soziale Ökonomie« der Europäischen Kommission eine EUROSTAT-Untersuchung initiiert, wonach ca. 2,9 Millionen Menschen in Europa im sogenannten Dritten Sektor beschäftigt sind. Welcher Art die Beschäftigung ist und wie sie entstehen kann, ist verstärkt ins lokale und internationale Interesse gerückt.

In Zusammenarbeit mit kommunalen und freien Trägern sowie Behörden hat sich die Evangelische Fachhochschule am Rauhen Haus in Hamburg erfolgreich für die Förderung eines Projekts zur Qualifizierung von Multiplikatoren im Dritten Sektor beworben. Die praxisbezogene Arbeit der Evangelischen Fachhochschule macht deutlich, daß durch die zunehmend komplexer werdenden Probleme von sozialer und ökonomischer Benachteiligung neue Aufgaben und damit verbunden neue Anforderungen an die Qualifikation der MitarbeiterInnen entstanden, welche nicht kongruent sind. Soziale Probleme werden technokratisch von Architekten und Stadtplanern bearbeitet oder übersehen. Klassische Sozialarbeiter stellen die Betreuung in den Vordergrund. Unternehmerisches Handeln ist in Verbindung mit der Arbeit in benachteiligten Nachbarschaften für sozialwissenschaftliche und für planerische Fachdisziplinen fremd. Durch die Umbruchsituation in den o.g. Einrichtungen treten anstelle der klassischen Betreuungsaufgaben Management- und Entwicklungsaufgaben in den Vordergrund. Durch profesionelles Erschließen von Ressourcen (z.B. Social Sponsoring, Social Investment, public-private-partnership) und professionelle Hilfen bei der Problemidentifikation, der Projektentwicklung und beim Projektmanagement müssen die in Stadtteilen vorhandenen Potentiale reaktiviert und gestärkt werden.

Auch in anderen Hochschulen und Fortbildungseinrichtungen ist man sich einig: das Wissen um die Potentiale der Bevölkerung reicht nicht aus, um weitere innovative Prozesse in Gang zu setzen, die die soziale und ökonomische Lage verbessern. Es bedarf der gezielten spezifischen Interventionen organisatorischer, pädagogischer planerischer, technischer, ökonomischer und nicht zuletzt finanzieller Art. Sie können derzeit in den bestehenden Ausbildungsgängen nicht erworben werden; da diese auf die traditionellen Berufsbilder fixiert und nicht an integrativen Aufgaben orientiert sind. Selbst in den angelsächsischen Ländern, in denen die Konzepte von Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie weit verbreitet sind, entspricht das vorhandene Ausbildungsangebot keineswegs dem tatsächlichen Bedarf.

Mit dem gerade begonnenen Kontaktstudiengang Stadtteilökonomie an der Evangelischen Fachhochschule in Hamburg wurde ein erster Schritt zum Abbau dieses Ausbildungsdefizites getan. Der Kontaktstudiengang wendet sich zum einen an AbsolventInnen aus sozialwissenschaftlichen, pädagogischen und planerischen Studiengängen, zum anderen an lokale Institutionen und dort berufstätige Personen.

Es gilt, Lösungsansätze für ökonomische, soziale und ökologische Problemstellungen zu erarbeiten. Zum Aufbau von ökonomischen Selbsthilfeprojekten und der Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen in den Gemeinwesen bedarf es der gezielten Unterstützung und Begleitung in der Ermittlung neuer ökonomischer Handlungsfelder. Grundlage dafür ist, daß die BewohnerInnen, Beschäftigten und andere Interessensgruppen jedoch vor Ort, von Anfang an, in den Entwicklungsprozeß einbezogen werden müssen. Nur sie können, jeweils für ihr Wohn-, Lebens- bzw. Arbeitsumfeld, fundiert darüber Auskunft geben, was die Arbeits- und Lebenssituation im Stadtteil verbessern würde, was wem wo fehlt. Ihre Ideen, Vorschläge und mögliche Eigeninitiative bilden letztlich das zugrundeliegende, zumeist brachliegende Potential für neue wirtschaftliche Tätigkeiten vor Ort. Im Zentrum dieser Strategien steht die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Infrastruktur, d.h. die Erarbeitung von Arbeits- und Lebensperspektiven für die Menschen an ihren jeweiligen Orten.

Für all diejenigen, die nach Seminarangeboten zum Thema Stadtteilökologie außerhalb des Kontaktstudiengangs suchen, hat die Evangelische Fachhochschule am Rauhen Haus in Kooperation mit der Evangelischen Fachhochschule in Hannover die Fachtagungsreihe »Mobilisierende Planungsmethoden MOPS« entwickelt. In Hamburg und Hannover werden von Februar bis Oktober 1999 vier zweitägige Fachtagungen zu Fragen der Beteiligung von Entwicklungsprozessen in Stadtteilen durchgeführt.●

Leider hat uns diese Ankündigung erst nach dem Redaktionsschluß unserer Februarausgabe erreicht, so daß die ersten beiden Tagungen schon stattgefunden haben. Hier die Termine der Folgetagungen:

3. Fachtagung in Hamburg:
11./12. Juni 1999 in der Evangelischen Fachhochschule.
Thema: Mobilisierende Planungsmethoden international, Modelle und Werkstattgruppen

4. Fachtagung in Hamburg:
15./16. Oktober 1999 im Stadtteil HH-Wilhelmsburg. Thema: Umsetzung der Methode planning for real

Weitere Informationen über Brigitte Voß, Tel. (0 40) 89 01 84 88, Fax 89 01 84 89, email: bri.voss@t-online.de

Keine Macht den Gurus!

Ein Jahr Tausch-System-Nachrichten

»Keine Macht den Gurus!« – mit dieser Titelgeschichte kommt im April 99 die 6. Ausgabe der Tausch-System-Nachrichten heraus. Denn Tauschringe leben von Vielfalt, Transparenz und Demokratie; diese Ideale sollten überall gepflegt werden. Weiteres Thema: die Soziale, Lokale Dienstleistungsagentur – neue Arbeit und Wirtschaftskraft. Und vieles mehr: Satire, Nachrichten, Cartoons, Kontakte und Berichte rund ums Tauschen.

Tausch-System-Nachrichten, Hasenkamp 30,
D-49504 Lotte-Halen, Tel. (0 54 04) 72 40 0, Fax 48 22,
eMail: privatier@t-online.de

UMWELTSCHUTZ ALS TEIL EMANZIPATORISCHER ARBEIT

Perspektiven eines radikalen, emanzipatorischen Umweltschutzes

Große Teile des Natur- und Umweltschutzes sind immer Verfechter eines starken Staates gewesen. Die Menschen, seien es die BürgerInnen im allgemeinen oder Hausfrauen und -Männer, NaturnutzerInnen usw. im speziellen, sind immer nur die Dummen; die, die per Gesetz oder Umweltbildung zu etwas zu bringen sind, was sich »oben« irgendwelche Mächtigen ausgedacht haben.

von Jörg Bergstedt aus Saasen ● Immer wieder fordern NaturschützerInnen härtere Strafen oder Polizeieinsatz gegen UmweltzerstörerInnen. International heben die Machtvisionen der Naturschutz-strategInnen in wilde Phantasien von Grünhelm-Kampfeinsätzen, Schuldenerlaß gegen Umweltschutz usw. ab. Ob Schutzgebiete, Agenda oder die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« – überall ist die Herrschaftsfrage ausgeklammert (im Film »Zukunftsfähiges Deutschland« darf *Ernst-Ulrich von Weizsäcker* sogar für die Monarchie werben: »Die heutige Demokratie tut sich schwer mit einer Legitimierung für Langfristanliegen. Das war in religiösen Gesellschaften viel einfacher, das war selbst in der Monarchie einfacher«). Das »Oben« und »Unten« soll unangetastet bleiben, nur daß die NaturschutzfunktionärInnen gerne oben dabei wären. Statt vor Ort um gemeinsame Regelungen zu ringen oder auch gegen Machtmißbrauch (wozu auch die Umweltzerstörung gehört!) zu kämpfen, fühlen sie sich an runden Tischen in erlauchter Atmosphäre wohler. Sie hoffen, die Mächtigen für ihre Anliegen zu gewinnen, damit dann über deren Machtapparate die eigene Idee umgesetzt wird. Der Naturschutz hat zudem eine düstere Vergangenheit. Seine Instrumentarien stammen aus dem Kaiserreich oder der Nazizeit (z.B. die »moderne Naturschutzgesetzgebung«). Verändert wurde wenig. Emanzipatorische, d.h. die Mit- und Selbstbestimmung fördernde, Instrumente fehlen im Naturschutz fast ganz. Die betroffenen BürgerInnen bleiben außen vor, es ist mehr ein »Deal« zwischen zwei Mächtigen, der Obrigkeit und dem/der EigentümerIn der Fläche. Es wäre klug und, eben wegen der dunklen Vergangenheit, gerecht, wenn gerade der Natur- und Umweltschutz zu einem Vorreiter einer veränderten Strategie würde, in der die bisherige Logik politischer Entscheidungen auf den Kopf gestellt wird.

Umweltschutz als Kampf gegen Ausbeutungsstrukturen

Es gibt keine Alternative dazu, den Umweltschutz als Teil einer die Gesellschaft insgesamt verändernden Bewegung zu begreifen. Es sind die gleichen Mechanismen und Strukturen, welche die Natur (Tiere, Pflanzen, unbelebte Teile der Umwelt) ausbeuten und welche Menschen unterdrücken, ausbeuten, ausgrenzen und für die Sache des Kapitals (als verbreitetste Machtform) bzw. anderer Mächtiger zu instrumentalisieren versuchen. Es wäre unsolidarisch, die eigenen Ziele mit genau denen erreichen zu wollen, die die Probleme der anderen schaffen. Aber es ist auch unsinnig, denn die Ausbeutung der Umwelt ist eine der real existierenden Ausbeutungsstrukturen.

UmweltschützerInnen können sich entscheiden, ob sie einen Umweltschutz »von oben« oder »von unten« wollen. Der Weg »von unten« ist grundlegend anders als die aktuellen Strategien. Ziel ist hier der Abbau von Herrschaftsstrukturen. Nicht zu verwechseln ist das mit der Strategie, die VerbraucherInnen als Zielgruppe zu begreifen und ihn ihrem Verhalten die Lösung der Umweltprobleme zu sehen. »Unten« ist nicht Zielgruppe, sondern dort sind die AkteurInnen. »Unten« muß nicht belehrt oder gar gezwungen werden, sondern entscheidet selbstbestimmt. Umweltschutz geschieht dann nicht automatisch (genausowenig, wie Umweltschutz in Parlamenten gesichert beücksichtigt wird – die Politik des letzten Jahrzehnts zeigt eher das Gegenteil!), sondern aus der Willensentscheidung der Menschen heraus, die allerdings auch die eigene Verantwortung tragen und keine Machtmittel einsetzen können, um z.B. Umweltbelastungen in andere Regionen und damit zu anderen Menschen zu verschieben. Es spricht vieles dafür, daß selbstbestimmt lebende Menschen, deren Umwelt gleichzeitig ihre Lebensgrundlage darstellt, mit dieser anders umgehen wie Menschen z.B. in Parlamenten, die Entscheidungen treffen, aber von den Konsequenzen in der Regel nie berührt werden.

Für einen erfolgreichen Umweltschutz selbst sowie deshalb, weil die Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Menschen den UmweltschützerInnen nicht gleichgültig sein dürfen, ist es notwendig, einen Umweltschutz von unten, einen die Menschen befreienden, Herrschaftsstrukturen abbauenden, d.h. emanzipatorischen Umweltschutz zu entwickeln. Beispiele:

● *Dezentralisierung statt EU und Weltregierung*
Zur Zeit stellen viele Umweltschutzorganisationen hohe Forderungen an die EU, z.T. auch an die UNO, und erwarten von dieser die Durchsetzung von Umweltschutzstandards. Abgesehen davon, daß auf diesen Ebenen Umweltschutzinteressen besonders schwach sind, widersprechen solche Forderungen auch emanzipatorischen Zielen. Danach müßte eher eine Dezentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse und die Stärkung direkter Demokratie eingefordert werden.

● *Demokratisierung statt ökologischer Steuerreform*
Die Ökosteuer soll den Verbrauch in der Idealform den Rohstoff- und Flächenverbrauch, in der z.Zt. geforderten Variante nur Teile des Energieverbrauches über eine Verteuerung reduzieren. Dabei bedient sie sich allerdings marktwirtschaftlicher Mittel, d.h. in Zukunft entscheidet die Finanzkraft der Unternehmen und sonstigen EnergieverbraucherInnen, wer wieviel Energie verbrauchen bzw. durch Investitionen in neue Technik Vorteile erreichen kann. Der Einfluß der Menschen wird geschwächt. Gegenmodell wäre eine Demokratisierung des Rohstoff- und Flächenverbrauches weltweit, d.h. in Zukunft müßten die jeweils betroffenen Menschen in einer Region allen Nutzungen von Flächen und Rohstoffen zustimmen.

● *Verträge statt Verordnungen*
Wo die Menschen bzw. der Staat die UmweltnutzerInnen zu umweltgerechter Bewirtschaftung bringen will, gelten bislang bevorzugt Verordnungen, Grenzwerte – und die meist in für den Umweltschutz untauglicher Form. Künftig werden diese durch freiwillige Vereinbarungen abgelöst, z.B. durch Verträge, in denen NutzerInnen (z.B. LandwirtInnen) Flächen und Rohstoffe naturverträglich nutzen, dafür aber Gegenleistungen erhalten. Das können Fördergelder von Seiten des Staates (Vertagsnaturschutz) oder Abnahmegarantien der Menschen in einem Dorf, einer Stadt oder Region (ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften) sein.

● *Direkte Demokratie statt NGOs*
Viele Umweltorganisationen fordern vor allem für sich selbst bzw. die Nichtregierungsorganisationen im allgemeinen mehr Rechte sein – bis hin zu einer dritten Kammer neben Bundestag und Bundesrat oder gar die Idee des ökologischen Rates, eines demokratisch nicht legimierten, nicht abwählbaren Exekutivrates aus Persönlichkeiten des Umweltschutzes. Ihr Interesse gilt nicht dem Machtabbau, sondern der Beteiligung an der Macht. Stattdessen sollte die Verbesserung der allgemeinen Beteiligungsrechte und der direkten Demokratie gefordert werden. Umweltschutzorganisationen sollten ihre Rolle darin finden, die Artikulierung bzw. den Protest der Menschen zu organisieren, Informationen bereitzustellen usw.

Umweltschutz als Teil einer Gesamtbewegung

Umweltschutz ist unverzichtbarer Bestandteil einer herrschaftsfreien Gesellschaft, denn diese ist nicht organisierbar in einer zerstörten Umwelt, in der die Menschen nicht mehr aus eigener Kraft überleben können. Zudem wäre eine Gesellschaft nicht herrschaftsfrei, wenn sie nur in sich gleichberechtigt ist, nach außen (gegenüber Tieren, Pflanzen und unbelebter Natur) aber ausbeutet.

Damit Umweltschutz zum Teil einer emanzipatorischen Bewegung wird, sind drei Prozesse wichtig. Zum einen müssen UmweltschützerInnen den Zusammenhang zwischen ökologischen und emanzipatorischen Zielen verstehen, neue Strategien und Forderungen eines emanzipatorischen Umweltschutzes entwerfen und den Kontakt zu anderen gesellschaftlichen Bewegungen suchen bzw. gemeinsame Aktionsformen entwickeln und umsetzen. Hierbei werden Spaltungen und deutliche Distanzierungen gegenüber Forderungen und Positionen eines Umweltschutzes von oben sowie der Unterstützung von Machtstrukturen unvermeidlich sein.

Zum zweiten ist erforderlich, daß es vergleichbare Prozesse auch in anderen Bewegungen gibt. Genauso wie in der Umweltbewegung setzen auch entwicklungspolitische, Frauen- und andere Gruppen, Gewerkschaften und soziale Verbände vor allem für Lösungen ein, in denen der Staat mit seinen Machtmitteln agiert. Beispiele:

● *Internationale Frauenmärsche 1999*
In den Forderungen wurde eine Weltregierung gefordert mit Machtmitteln sowohl gegenüber den einzelnen Staaten und allen Menschen der Erde, in der zur Häfte Frauen sitzen, die mit der Gewaltanwendung Fraueninteressen durchsetzen.

● *Forderungspapier zum Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln*
Das Papier zu einer Aktion, die sich gegen die Mächtigen dieser Welt richten und für die Widerstandsbewegungen vor allem in den ärmeren Ländern eintreten soll, enthält die Forderungen, daß sich die Politik nach »der Mehrheit der Menschheit« richten und eine »neue Weltwirtschaftsordnung« geschaffen werden soll.

● *Kreditfonds nach dem Plan der Erlaßjahr-2000-Kampagne*
Die Forderungen der Kampagne für einen Schuldenerlaß der Entwicklungsländer im Jahr 2000 enthält den Vorschlag zur Einrichtung von Kreditfonds in den armen Ländern, die aus den nicht rückgezahlten Schulden gespeist werden sollen. Die Kredite sollen nach der Darstellung in der Erlaßjahr-Ausstellung an KleinbäuerInnen, Frauenprojekte usw. vergeben werden. Der Fonds wird von Regierungs- und NGO-VertreterInnen verwaltet. So würde die Schuldenkrise verschärft, weil nicht mehr die Staaten, sondern die einzelnen Menschen in die Verschuldung getrieben würden. Die NGOs dagegen sichern sich ihre Macht über die Beteiligung an der Kreditvergabe.

● *Schuldenerlaß für Umweltschutzmaßnahmen*
Verschiedene Organisationen, z.B. der WWF, aber auch Regierungsstellen schlagen vor, den Schuldenerlaß für Entwicklungsländer daran zu koppeln, daß die Länder ihre Umwelt schützen. Dabei fordern sie, mit in den Entscheidungsgremien über diese »Debt for Nature Swaps« eingebunden, d.h. an der Macht beteiligt zu sein.

Zum dritten bedarf es einer Akzeptanz des emanzipatorischen Umweltschutzes in einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung. Zur Zeit werden ökologische Ideen und Forderungen in anderen Bewegungen als konservatives Gedankengut oder nebensächlich abgetan. Hier müssen UmweltschützerInnen um eine Offenheit einer Selbstbestimmung fördernden Stragegie ihrer Arbeit werben bzw. diese einfordern. Die Bewegungen außerhalb des Umweltschutzes sind aufgerufen, Umweltschutz als Teil einer emanzipatorischen Arbeit zu begreifen.●

HINWEIS:

Im April erscheint das Buch »Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit« als Band 2 von »Agenda, Expo, Sponsoring« im IKO-Verlag Frankfurt (39,80 DM). Bereits erschienen sind der Band 1 mit zahlreichen Fakten zum Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft (39,80 DM) sowie die dazugehörige CD mit den Dokumenten und Belegen (49,80 DM, ebenfalls IKO-Verlag).

VERANSTALTUNGEN

Die Veranstaltungs»tournee« zum radikalen, emanzipatorischen Umweltschutz Radikaler, emanzipatorischer Umweltschutz ist die Gegenstrategie zur Ökologie von oben und zum »begrünten« Kapitalismus. Selbstbestimmung der Menschen ist Bestanteil der Konzepte, Umweltschutz und emanziptorische Ziele verbinden sich. Aktionsformen und -strukturen sind unabhängig und selbstorgansiert.

Sa, 10.4., ganztags, AG zur Anti-Expo-Arbeit auf der Anti-Atom-Konferenz, Heidelberg, Karlstorbahnhof
So, 11.4., 20 Uhr, Expo: Kritik und Widerstand, AK Subkultur&Anarchie, Tübingen (Vortrag und Diskussion), Tel. (0 70 71) 55 25 17
Mo, 12.4., 20 Uhr, Expo: Kritik und Widerstand (Vortrag und Diskussion), JuZe Bietigheim
Di, 13.4., 20 Uhr, Kritik an Agenda und Nachhaltigkeit, iz3w Freiburg, Tel. (07 61) 7 40 03
Mi, 14.4., 20 Uhr, Kritik an der Agenda 21 und Alternativen, Aktion 3. Welt Saar, Saarbrücken, Tel. (0 68 72) 99 30 56
Do, 15.4., 20 Uhr, Kritik an der Agenda 21 und Alternativen, Aktion 3. Welt Saar, Merzig, Tel. (0 68 72) 99 30 56
Fr., 16.4., 20 Uhr, Emanzipatorischer Umweltschutz statt Agenda, Expo, Ökosteuern. Infoladen Trier, Tel. (06 51) 7 52 57
Mo, 19.4., 19 Uhr, Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umw., IKO-Verlag Frankfurt, Club Voltaire, emanzipatorischer Tel. (0 69) 78 48 08
Di, 20.4., 20 Uhr, Expo: Kritik und Widerstand (Vortrag und Diskussion), BALU-AK, Hopo Marburg, Café am Grün
Do, 22.4., 9.30 Uhr, Mythos Agenda (Tagesseminar) HLZ, Holger Marks, Marburg, Tel. (0 64 21) 6 23 66
Do, 22..4., 20 Uhr, Ökologie von unten – emamzipator. Umweltschutz, Institut für Ökologie Gießen, Infoladen, Tel. (0 64 01) 90 32 83
So, 25.4., 14 Uhr, Alternative Lebensprojekte Anfang vom Ende der Politik?, Verein für Stadtteilf. Leipzig, Tel (03 41) 480 67 63
Mo, 26.4., Agenda 21 – Hoffnungsschimmer oder Mogelpakkung? Gr. Liga, Uli Wieland Eibenstock, Tel. (03 71) 83 21 72
Di, 27.4., Diskussion zur Expo, Grüne Liga Thüringen, Weimar, Tel. (0 36 43) 5 31 10
Mi, 28.4., 19.30 Uhr, Expo: Kritik und Widerstand (Vortrag und Diskussion), BAOBAB-Infoladen Berlin, Christburger Str. 3, Tel. (0 30) 442 61 74
Do, 29.4., 20 Uhr, Perspektiven radikaler emanzipatorischer Umw., JungdemokratInnen Berlin, Rosa-Luxemberg-Str. 19, Tel. (0 30) 24 72 97 47
Do, 29.4., 19 Uhr im Arbeitslosenzentrum in Lübeck Umwelt: Auf Schmusekurs mit der Wirtschaft – Agenda, Expo, Ökosteuer
30.4.-2.5., Naturschutz von unten (Seminar), Institut für Ökologie Lübeck, Tel. (0 41 07) 85 04 78
So, 2.5., 15 Uhr, Expo: Kritik und Widerstand (Info-/Regionaltreffen Nord), Anti-Expo-AG, JUP!, Bad Oldesloe, Inihaus, Tel. (0 45 31) 45 12
Mo, 3.5., ? Uhr, Naturschutz von unten (Podiumsdiskussion), Institut für Ökologie, Hamburg, Uni, Tel. (0 41 07) 85 04 78
4.5., 20 Uhr Kritik der Agenda 21 und Alternativen, FROXS Bremen, Bernhardstr. 12, Tel. (04 21) 7 20 34
6.5., 20 Uhr, Umweltschutz von unten – gegen die Ökolügen von Agenda, Expo..., Ökoscouts Braunschweig, Brunsviga, Tel. (05 31) 8 29 09
5.-14.5. Weitere Termine in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (u.a. Münster)
9.5., 15 Uhr, Expo: Kritik und Widerstand, Büro f. ment. Randale, Recklinghausen, MKV/Antifa (Info-/Regionaltreffen NRW), Tel. (0 23 61) 66 73 18
10.5., 19.30 Uhr, Lokale Agenda 21 – Niedergang der Umweltbewegung? Infozentrum 3. Welt Dortmund, VHS, Tel. (02 31) 14 52 34
11.5., 18 Uhr, Emanzipatorischer Umweltschutz als Gegenstrategie zu Expo, Agenda ..., Anti-Expo-AG, c/o ASTA Bielefeld, Uni, Tel. (05 21) 106 34 23
14. oder 15.5., vormittags, AK zur Expo 2000 auf dem Bundes-Verkehrsinitiativenkongreß, Köln, Umkehr e.V., Tel. (0 30) 492 74 73

Die Referenten sind Autoren des im April erscheinenden Buches »Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit«. An den noch nicht belegten Tagen können Basisgruppen und -einrichtungen noch Veranstaltungen organisieren (in Norddeutschland auch an Tagen, wo schon ein Datum zu finden ist, da dort mehrere Autoren zur Verfügung stehen.
Infotelefon: Projektwerkstatt, (0 64 01) 9 03 28-3, Fax -5 und (01 71) 834 84 30

BUCHBESPRECHUNG

Die Welt Fair-Bessern und dabei genießen

Vielfältige Rezepte aus Afrika, Asien und Lateinamerika geben Weltbürgern und solchen, die es werden wollen, einen Einblick in die gut schmeckende Alltagskost sogenannter Entwicklungsländer. Der Clou: Das Ganze wird gewürzt mit kurzen, anschaulichen Hintergrundsberichten zu Kooperativen, deren Waren mit dem Transfair-Siegel vertrieben werden.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● *CRIDEC* der Genossenschaftsdachverband der Kaffeekooperativen in Kolumbien bietet seinen Mitgliedern durch die Mehreinnahmen aus dem Fairen Handel eine Alternative zum Kokainanbau. Sie sind Grundlage für den Aufbau einer Experimentierfarm mit traditionellen Gemüsesorten und dem Bau von knapp 40 Häuschen für besonders arme Familien in der Region. Die anschauliche Schilderung und die Bilder zum Projekt lassen den Sinn des Fairen Handels lebendig werden. Anschließend erläuterte Kochrezepte der Region wie Erdnußsuppe, gefüllte Avocados und Quinoa-Auflauf verdeutlichen die genußvolle Seite einer persönlichen Annäherung an die Andenländer.

Die Beschreibung des mühevollen Alltag der Teepflükkerin Sellamma auf Sri Lanka macht auf einfache Weise dem Leser deren schwierige Lebensumstände deutlich. Der Teeanbau ist für die dort Arbeitenden notwendiges Übel und kein Vergnügen. Dennoch bietet auch hier der Faire Handel Chancen für kleine, aber lebenswichtige Verbesserungen. Das Essen in diesem Teil der Einen Welt ist von der vielfältigen Verwendung von Reis geprägt. Gerichte wie Gemüse-Curry, Dhal (rote Linsen) oder Kokosnuß-Sambal als Saucen-Dip machen Appetit auf mehr – auch an Informationen.

Kuapa Kokoo heißt guter Kakao und bezeichnet einen regionalen Zusammenschluß zahlreicher Dorfvereinigungen von Kleinbauern in Ghana. Die Mitglieder von Kuapa Kokoo haben sich anspruchsvolle Ziele gesetzt. Dazu gehört der Erfahrungsaustausch mit anderen Produzenten, Schulungen im ökologischen Anbau und durch den Verkauf über den Fairen Handel gute Preise zu erzielen. Der Speiseplan in Westafrika unterscheidet sich grundlegend von den beiden anderen genannten Regionen. Foufou, ein Knollenbrei aus Maniok gehört zu den Grundnahrungsmitteln. Suppe aus Topinambur, Kochbananen-Chips oder Lammfleisch mit Okra-Gemüse können hierfür gut schmeckende Ergänzungen darstellen.

Dieses Beispiel zeigt, trotz der dominierenden Katastrophenmeldungen gibt es auch in Afrika viele kleine Beispiele, wie sich durch Demokratisierung und Strukturreformen die Situation der Kleinbauern verbessern läßt. Das exotische Kochbuch zum Fairen Handel ist hierzu ein Lesebuch im besten Sinne des Wortes: zum Schmökern und zum Genießen.●

TransFair (Hg.): Rezepte zum Fairen Handel(n), Aachen (Verlag Misereor Medienproduktion und Vertriebsgesellschaft) Aachen 1998, DM 28,–.

GENOSSENSCHAFT SÜDINDISCHER STEINBRUCHARBEITER

»Wieviel abbricht, ist Glückssache«

– Durch Selbstorganisation das Arbeiten erträglicher gestalten

Südindiens Steinbrucharbeiter organisieren sich, um auf diesem Weg ihre gesellschaftliche Isolation zu überwinden. In zwölf Steinbrüchen wurden die neuen Ideen schon umgesetzt. 20 weitere sind mit der Fragen nach eigenverantwortlicher Organisation konfrontiert. Arbeitsbedingungen und die Versorgungssituation für die Beschäftigten haben bei den genossenschaftlichen organisierten Steinbrüchen bereits erhebliche Verbesserungen erfahren.

Dierk Jensen, Red. Genossenschaften ● »Wie ist die Situation der deutschen Steinbrucharbeiter?« fragt Kanniamma neugierig. Erstaunt blickt die 43jährige auf, als sie erfährt, daß ein solcher Berufsstand in Deutschland gar nicht existiert. »Wieso nicht? Braucht man denn in so einem reichen Land keine Steinbrucharbeiter mehr?« hakt sie irritiert nach.

Mit einem Lederbalg bläst Kanniamma immer wieder Luft in den kleinen Lehmofen. Es ist noch vor Sonnenaufgang, als ihr Mann seine rotglühenden Meißel aus der Glut nimmt, um die stumpf geschlagenen Handwerkszeuge neu zu schmieden. Ein Prozedere, wie es bei allen Familien in Swethenthera Nagar, einem Dort von Steinbrucharbeitern 20 Kilometer außerhalb von Bangalore, vor jedem Arbeitstag zu beobachten ist. Ähnlich sieht es in allen Steinbrüchen im Großraum aus, in denen etwa 30.000 Menschen arbeiten. Ein Heer von Menschen, das den Bauhunger der südindischen Boomtown stillt, die in einem Vierteljahrhundert von 2,5 Millionen auf fünf Millionen Einwohner wuchs.

Unaufhörlich braucht Bangalore neue Steine – große für Mauern und Fundamente, kleine für Straßen. Die Baubranche wächst und wächst, und so wird im größeren Umkreis der Computer-Metropole in mehr als 100 Steinbrüchen Granit herausgearbeitet. Vorwiegend mit bloßer Hände Kraft pickeln sich die Steinbrucharbeiter, Frauen, Männer wie Kinder, in den granitenen Stein hinein. Mit Brechstangen, Meißeln, Dynamit und Vorschlaghämmer verschiedener Größen.

Genossenschaftlich organisiert

Die Arbeiter der genossenschaftlich organisierten »Independence Quarry« in Swethenthera Nagar gewinnen das Baumaterial aus drei Brüchen. Mehr als 100 Familien leben vom Granit. Tag für Tag klopfen, hauen und schlagen sie sich in das grauhelle Gestein, dessen Gefügigkeit eigenen Gesetzen unterliegt. »Wieviel abbricht, ist nicht selten Glückssache«, erklärt Karunan. Seit vier Stunden

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

ist der hagere Mann damit beschäftigt, entlang einer vorgezeichneten Linie kleine Spaltmeißel in den Stein zu treiben. Der 24jährige arbeitet wie ein Uhrwerk. »Klong, klong, klong« schlägt er mit seinem Fäustel auf die Meißel. »Manchmal brauchst du einen ganzen Tag für eine Scholle Stein, manchmal genügt schon ein halber«, erzählt Karunan.

Als Neunjähriger begann Karunan im Steinbruch zu arbeiten, weil seine Mutter von Schergen des Steinbruchbesitzers ermordet wurde und er keine andere Überlebenschance hatte. Wenngleich die Mörder seiner Mutter nie bestraft wurden, ist doch zumindest der damalige Besitzer des Steinbruches längst von den Arbeitern der »Independence Quarry« vertrieben worden. »Der hat die Leute schikaniert, eingesperrt und sogar geschlagen«, zeigt J. Manoharan auf das Anwesen des einstigen »Unternehmers«. J. Manoharan kennt die Situation der Steinbrucharbeiter wie kein anderer und engagiert sich als Direktor der Quarry Worker's and Rural Integrated Development Society (Q.W.R.I.S.) seit mehr als einer Dekade.

Eigene Kräfte mobilisiert

Erst die von der damaligen Premierministerin Indira Gandhi ausgerufene Emergency Period, während der die Schuldknechtschaft abgeschafft wurde, befreite Hunderttausende Steinbrucharbeiter aus unmenschlichen Arbeitsverhältnissen. Der 80jährige Veeraswamy kam vor rund 50 Jahren aus Tamil Nadu nach Bangalore, weil ihm Agenten der Steinbruchbesitzer einen Job und Geld im voraus anboten. »Das war alles erlogen. Als ich hier ankam, war ich dem Pächter hilflos ausgeliefert. Wir mußten bis in die Nächte hinein arbeiten. Wenn jemand starb, mußten wir ihn liegen lassen und weiterarbeiten«, erinnert sich der Alte.

»Die Steinbrucharbeiter hatten in Indien nie eine Lobby. Sie standen immer am Ende der sozialreligiösen Skala«, weiß J. Manoharan von der Q.W.R.I.S., die von der Kirchenorganisation Misereor unterstützt wird. Manoharan und seine Mitarbeiter versuchen mit ihrer Arbeit, das Bewußtsein in die eigenen Kräfte zu stärken und darüber hinaus den dörflichen Gemeinschaftssinn zu mobilisieren. Besonderes Anliegen der Q.W.R.I.S. ist es auch, die Situation der Kinder zu verbessern. Die meisten Kinder der Steinbrucharbeiter haben nie eine Schule besucht. Mit dem Resultat, daß rund 80 Prozent der Steinbrucharbeiter Analphabeten sind. Verhängnisvoll angesichts der voranschreitenden Modernisierung Indiens.

Gemeinschaftliche Projekte

»Deshalb ist die Genossenschaft der Independence Quarry, bei der sowohl dörfliche als auch betriebliche Investitionen gemeinschaftlich bewältigt werden, ein Modell, um mit gebündelten Kräften aus der Misere herauszukommen«, hofft Manoharan, dessen Ideen und Ansätze bereits in zwölf Steinbrüchen umgesetzt wurden. In weiteren 20 Steinbrüchen ist er derzeit unterwegs, um für diesen genossenschaftlichen Weg zu werben.

Bei der Independence Quarry hat sich die Situation in den letzten Jahren merklich gebessert. Gleichwohl bleibt die Schufterei knüppelhart, bei der es für die Tonne kleinzerschlagenes Granit 70 Rupien, umgerechnet drei Mark, gibt. Eine schon überdurchschnittliche Tagesleistung, die einer mühsamen, manchmal tagelangen Vorarbeit verlangt, um den Stein überhaupt »abbruchbereit« zu haben. »Wir brauchen für ein zehn Zentimeter tiefes Loch bis zu einem Tag«, erklärt Karunan die meißelfressende Plackerei, bei der nicht selten Felssplitter in die ungeschützten Augen fliegen. Und es staubt gnadenlos.

Mittlerweile können die genossenschaftlich organisierten Steinbrucharbeiter aber in Eigenregie entscheiden, wieviel gearbeitet wird. Sie beschließen gemeinsam, welche Projekte, ob nun Bewässerung, Elektrizität, medizinische Versorgung oder der Kindertransport zu den Schulen, angepackt werden soll. Die Erfolge lassen sich in Swethenthera Nagar sehen: Es existiert inzwischen eine Trinkwasserversorgung, und es gibt auch einen dörflichen Entwicklungsplan, der das Abpumpen von Regenwasser aus den Steinbrüchen regelt. Ein wichtiger Punkt ist auch die eigene Vermarktung des Steinguts, bei der höhere Preise erzielt werden, als wenn das an Geschäftsleute abgegeben wird.●

DRITTE-WELT-KOOPERATIVEN

Genossenschaftliche Produzentengruppen profitieren vom »Fair-Handeln«

1998 hat sich der Absatz von Schokolade und Bonbons mit dem Transfair-Siegel insgesamt fast verdoppelt. Mit einem solchen Erfolg hatten selbst Optimisten nicht gerechnet: Der Absatz von Bonbons zweieinhalbfachte sich, Schokolade aus kontrolliert Fairem Handel legte um 10 Prozent zu. Dieser besondere Ansatz einer Globalisierung zeigt, daß erfolgreiche Geschäfte hierzulande und fairer Umgang mit benachteiligten Produzentengruppen in der Dritten Welt gut zusammenpassen.

Harald Gruber, Red. Genossenschaften ● Transfair, Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der »Dritten Welt« e.V., handelt nicht selbst mit Waren. Vielmehr vergibt die unabhängige Initiative das Transfair-Gütesiegel für kontrolliert Fairen Handel an Firmen, die sich zur Einhaltung international vereinbarter Kriterien im Umgang mit benachteiligten Produzentengruppen in der Welt verpflichtet haben. Deutlich über dem Weltmarkt liegende Preise gehören ebenso dazu wie direkter Einkauf bei Kleinbauerngenossenschaften. Wichtigstes Produkt ist Kaffee mit einem Jahresumsatz von mittlerweile rund 100 Millionen Mark, gefolgt von Schwarztee.

Süße Waren als Schnellstarter

Seit Anfang 1996 hat der Faire Handel auch eine süße Seite: Schokolade und (Instant-) Kakao machten den Anfang, 1997 kamen Bonbons und Honig dazu – und mit der Süßwarenfirma Bodeta der erste Transfair-Lizenznehmer aus den Neuen Bundesländern. 1998 konnte mit der Firma Lekkerland erstmals ein wichtiger Lizenznehmer im sogenannten »Convenience«-Bereich gewonnen werden. Süßes aus Fairem Handel bietet unter anderem aber auch das Wuppertaler Fairhandelsunternehmen gepa an: Schokolade, Kakao, (Rohr-)Zucker und Bonbons mit dem Siegel für Fairen Handel gibt es sowohl in normalen Supermärkten und Lebensmittelgeschäften als auch in den traditionellen »Welt-Läden«.

Daß Genuß und ethische Verantwortung beim Einkauf offenbar zusammenpassen, zeigte im vergangenen Jahr vor allem diese süße Seite des Fair-Trade. Mit knapp einer halben Million verkaufter Bonbontüten, 2,2 Millionen Tafeln Schokolade, 250.000 Pfundpäckchen Kakao und 880.000 Gläsern Honig hat sich der Gesamtabsatz von Süßwaren mit dem Transfair-Siegel im vergangenen Jahr nahezu verdoppelt. Dabei fehlen dem Vergabeverein und den meist mittelständischen Lizenznehmerfirmen die Mittel für große Werbemillionen.

»Besonders erfreulich ist dieser Erfolg für die benachteiligten Produzentengruppen in Afrika, Asien und Lateinamerika,« so Transfair-Geschäftsführer *Dieter Overath*. »Er ist aber auch ein deutliches Signal für die Verantwortlichen im Handel hierzulande, den qualitativ hochwertigen Produkten mit dem Transfair-Siegel einen noch prominenteren Platz im Ladenregal zu reservieren.«

Verbesserte Trinkwasserversorgung

Zu den Produzentengruppen, die vom fairen Handel profitieren, gehört beispielsweise die Kakaogenossenschaft *»Kuapa Kokoo«* aus Ghana. In dieser sind rund 30.000 Kleinbauernfamilien organisiert. Der Aufschlag bei der Herstellung Transfair-Schokolade hat zu zahlreichen einkommensschaffenden- und Infrastruktur-Projekten geführt. In entlegenen Dörfern wurden Bohrlöcher für sauberes Trinkwasser nach ausführlichen Aufklärungsmaßnahmen angelegt.

Wichtig ist auch der unterstützte Anbau von Produkten für den Eigenbedarf und den lokalen Markt, wie Erdnüsse, Kochbananen, Seifen aus Kokosschalen und Palmöl. Diese Projekte kommen besonders den Frauen der Kleinbauern zugute. Alle Maßnahmen sind das Ergebnis intensiver Diskussion auf dörflicher Ebene unter dem Motto: »Was können wir selber tun, was benötigen wir dazu?«

Produkte zur regionalen Vermarktung

Die Zuckerrohr-Genossenschaft *COOPEVICTORIA* in Costa Rica produziert Zuckerrohr. Aus diesem werden die Bonbons mit dem Transfair-Siegel hergestellt, das Kleinbauernfamilien in Costa Rica anbauen. In der Genossenschaft *COOPEVICTORIA* sind rund 3.000 Familien zusammengeschlossen. Die Zuckerfabrik ist der wichtigste Arbeitgeber in der ganzen Region: Die Kooperative besitzt eigene Lastwagen für den Transport des Zuckerrohrs. Außerdem können die Mitglieder im genossenschaftseigenen Warenhaus günstig einkaufen.

Die Mehreinnahmen aus Fairem Handel wurden insbesondere in eine Anlage zur Herstellung von organischem Dünger aus den Abfällen der Zuckerproduktion investiert. Zudem gibt es zahlreiche kleinere Projekte zu Anbau und Vermarktung anderer Produkte für den regionalen Markt wie Palmherzen, Chili und Champignon-Kulturen. Wichtigster Erfolg jedoch ist nach wie vor: Dank des Fairen Handels konnte *COOPEVICTORIA* ihren raffinierten Weißzucker erstmals eigenständig exportieren. Dieses Know-How hilft nun auch bei anderweitigen Aktivitäten.

Unterstützung der Selbständigkeit

Die Imker-Genossenschaft *»Cooperativa Campesina apicola«* in Chile besteht aus über 300 Imkern aus der Region um Valdivia im Süden des Landes. 1998 verkaufte sie rund 300 Tonnen Honig an die europäischen Fairhandelspartner. Mit dem Mehrpreis erreichten die Imker endgültig ihre Selbständigkeit und sind nicht mehr auf die Unterstützung von kirchlichen Entwicklungshilfe-Organisationen angewiesen.

Diese Unabhängigkeit von oft unbezahlbaren Krediten lokaler Banken ist in Chile eher eine Ausnahme. Sie trägt dazu bei, daß diese Familien weiterhin auf dem Lande ein Auskommen haben und nicht in die großen Städte abwandern müssen. Mit den Erlösen aus dem Fairen Handel werden zur Zeit nötige Anschaffungen, wie Zentrifugalschleudern und ein leistungsfähiges Lagersystem mit LKW getätigt. Für die technische Beratung konnten mehrere Spezialisten fest eingestellt werden.

Umstellung auf organischen Anbau

Die Zuckerrohrgenossenschaft *»Panay Fair Trade Center«* aus den Philippinen umfaßt rund 200 Zuckerrohrbauern. Sie konnten aus der Region um Iloilo City letztes Jahr etwa 500 Tonnen Zucker für die Herstellung der Mascobado-Schokolade zu fairen Bedingungen absetzen. Mit den Premium-Geldern wurde der aufwendige Prozeß der Umstellung auf organischen Anbau und Produktion ermöglicht.

Diese Maßnahme betrifft auch die Zucker-Mühle zur Herstellung von weißem Bio-Zucker. Um das hier anerkannte Bio-Label Naturland zu erhalten, ist ein Aufwand von mehreren Tausend Dollar notwendig. Eine weitere wichtige Erneuerung stellt ein Gerät zur Wärmebehandlung von Saatgut dar. Auch dieses konnte erst aufgrund der Transfair-Gelder angeschafft werden.●

Nachhaltig arbeiten?

»Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?« enthält Artikel von fünf Autorinnen und sechs Autoren. Sie nähern sich der Arbeit unter verschiedenen, aber doch verwandten Gesichtspunkten. Zum einen, so Adelheid Biesecker, sollen die gemeinhin unsichtbaren, unbezahlten und meist von Frauen verrichteten Tätigkeiten in ihrer fundamentalen Bedeutung für kapitalistisches Wirtschaften registriert, ernstgenommen und honoriert werden. Zum anderen gelte es gleichzeitig zu vermeiden, daß eben diese Arbeiten kommerzialisiert und so Bestandteil herkömmlichen Wirtschaftens werden. Weitere Beiträge dieses umfangreichen und vielfältigen Buches thematisieren z.B. Arbeitszeiten und das Ende des sog. Normalarbeitsverhältnisses oder gehen auf die heutige Möglich- und Notwendigkeit von Subsistenz ein.

Stärken hat das Buch da, wo es Arbeit in Industiegesellschaften untersucht *und*, wie im Beitrag der feministischen Raumplanerin Ruth Becker, Alternativkonzepte, wie Eigenarbeit oder Ehrenamtlichkeit, grundsätzlich kritisiert und als Bestandteil einer geschlechtsspezifischen Dualwirtschaft analysiert. Einer Dualwirtschaft, die schlechte und prekäre Arbeit feminisiert, und ja, wenn auch in anderer Form, heute auch schon existiert. Gleichzeitig können einige Beiträge nicht verbergen, daß sie gerade eine solche geteilte Wirtschaft als positiv besetzte Utopie propagieren. In etlichen Aufsätzen wird so getan, als sei es erst im Zuge der Nachhaltigkeit zu einer Verbindung zwischen den Diskursen um »Ökologie« und denen zu »Arbeit« gekommen. Dies ist historisch grundfalsch, da schon seit den späten 70er Jahren diese Verbindungen gezogen wurden, sei es auf dem Kongreß »Zukunft der Arbeit« 1982, sei es in der Selbstverwaltungsbewegung oder auch in kleinen Teilen der Gewerkschaften. Die Propagierung der Neuigkeit ist integraler Bestandteil des Nachhaltigkeitsdiskurses, und so wundert es auch nicht, daß das Buch aus zwei Tagungen des Fachbereichs »Neue Wohlstandsmodelle« des Wuppertal-Institutes entstand. Dieser Fachbereich ist für das philosophische und menschelnde Beiwerk (»Leitbilder«, Suffizienz, ...) im Wuppertaler Nachhaltigkeits-think-tank zuständig, das mit schönen Worten die ingenieurwissenschaftlich-technokratischen Konzepte der ökologischen Modernisierung (»Effizienz«) begleiten soll. Trotzdem ist das Buch auf dem linken Flügel der Nachhaltigkeitsdebatte positioniert und diskutiert einige interessante Aspekte, zu denen anderen, etwa in der Selbstverwaltungs- oder Arbeitslosenbewegung Zeit und Geld fehlen, sie *in ihrem Sinne* weiter zu erforschen und zu debattieren.

Die Schwächen der feministischen Debatte um die Zukunft der Arbeit zählt auch Roswitha Scholz in ihrem Beitrag in der neuen *Krisis* schonungslos auf. Sie dreht feministische Subsistenz- und Eigenarbeitskonzepte, Vorstellungen der zivilgesellschaftlichen Einhegung des kapitalistischen Patriarchats im Zuge einer Wiederentdeckung nationaler (bzw. europäischer) oder globaler Sozialpolitik gründlich durch die Mangel. Hauptkritikpunkt von Scholz: Die aufgezählten feministischen Konzepte setzen der »Verwilderung des Patriarchats« (Scholz) nichts entgegen, sondern unterstützen eher noch die in diesem Prozeß eingeschlossene Herausbildung von »geschlechtsspezifischen Flexi-Zwangsidentitäten« (S. 85). Auf die MAO-AM-Frage nach etwas konkreteren Alternativen »Was wollt ihr dann« hat sie freilich auch keine Antwort. Der Aufsatz von Scholz ist in dieser *Krisis*-Ausgabe der interessanteste und leicht zu lesen. Alle anderen stellen sehr hohe Ansprüche an das Vorwissen der LeserInnen und sind für Unbewanderte leider ziemlich unzumutbar.●

Bernd Hüttner

Willy Bierter, Uta von Winterfeld (Hg.): Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?, Birkhäuser Verlag Basel 1998, 312 S., 29,80 DM
Krisis 21/22, Kritik der Postmoderne, 224 S., 24 DM, Horlemann Verlag Bad Honnef

Glo-, Glo-, Globalisierung

Globalisierung ist der neue Modediskurs und so wollte der *Bund demokratischer WissenschaftlerInnen* (BdWi) nicht abseits stehen und organisierte im Herbst 1997 eine Tagung zu Globalisierung und Standort. Nun liegt ein Sammelband dazu vor, der aus der Tagung entstand. Sammelbände sind eine widersprückliche Sache. Sie sind vielfältig und mensch kann viel kennenlernen. Einerseits enthalten sie aber oft schon bekanntes, andererseits machen sie einen auf neues aufmerksam, da sich in ihnen manchmal ein bisher unbekannter Aspekt oder Gedanke verbirgt.

So ist es auch bei *Ungleichheit als Projekt*. Das Buch enthält insgesamt 32 Aufsätze, davon neun von Frauen. Viele AutorInnen veröffentlichen nochmals, was sie anderswo schon als Artikel oder als Buch publiziert haben: Brigitte Young schreibt wiedermal über Globalisierung und Transformation von Genderregimes, Uta Ruppert über global governance und Frauenbewegung, Ulrich Brand über Nachhaltigkeit und Öko-Kapitalismus, Hans-Jürgen Urban von der IG Metall über die Defizite der Gewerkschaften und Reinhart Kößler über Nationalstaaten und Globalisierung. Dies ist alles, und das ist heute schon etwas wert, relativ solide und unaufgeregt, wenn auch manchmal inhaltlich etwas traditionell und brav.

Andererseits enthält der Band auch neues: Wolfgang Krumbein etwa erteilt der vieldiskutierten »Aufwertung der regionalen Ebene« eine fulminante Absage und hält die Regulationstheorie für die Analyse räumlicher Entwicklungen ungeeignet. Ralf Adelmann stellt visuelle Raumkonstruktionen und Bilder, wie sie sich etwa in der digitalisierten und animierten Wetterkarte oder im Bild vom Globus Erde zeigen, vor. Elisabeth von Dücker schreibt spannend darüber, wie sich Feministinnen in der zutiefst sexistischen Struktur von Museen bewegen und ihre Vorstellungen in Museumskonzepten (nicht) umsetzen.

Den Schluß des Bandes bildet der Entwurf einer Abschlußerklärung der Tagung. Er steht in einer linkssozialdemokratischen Tradition, verteidigt sozusagen die goldenen 70er Jahre gegen Blair und Schröder. Einige Beispiele: Die Entwicklungshilfe soll erhöht werden, von einer Kenntnis der Problematik der Entwicklungshilfe keine Spur. Dasselbe gilt für die Forderung nach einer sozialen und ökologischen Regulierung des Welthandels etc. Natürlich soll auch die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, und »Erwerbs-« soll nicht etwa an Frauen, »und unbezahlte Arbeit« an Männer (die sich seit Jahrzehnten standhaft weigern eben dies zu tun), nein, es soll hübsch neutral »zwischen den Geschlechtern« umverteilt werden.

Das Buch ist trotzdem nicht zu ökonomistisch, da es, wie schon angedeutet, auch Artikel zu »weichen Themen« wie Kultursponsoring auf der documenta oder zur Bilanz der Frauenförderungspolitik an Universitäten enthält. Die Quote von feministischen Artikeln beträgt für *solche* Verbände gar sensationelle 20 Prozent und das Buch enthält keinen Beitrag von Joachim Hirsch oder Elmar Altvater. Wenn sie also zu faul..., äh, zu wenig Zeit haben, ein ganzes Buch zu Globalisierung zu lesen, sind sie mit dem vielfältigen Buch *Ungleichheit als Projekt* gut bedient. Ehrlich.●

Bernd Hüttner

Regina Stötzel (Hg.): Ungleichheit als Projekt. Globalisierung. Standort. Neoliberalismus; BdWi Verlag Marburg 1998, 472 S., 48 DM

WIDERSPRUCH-Heft 36: Zeit

Kolonialismus, Modernisierung und Globalisierung haben in den Drittweltländern das Diktat der Weltzeit eingeführt und verbreitet. Westliche Mobilitätskultur, Produktionslogik und Effizienzdenken, so *Andreas J. Obrecht* in seinen kultursoziologischen Überlegungen, zerstören viele ethnische Kulturen und magische Welten. In Zeiten der Geoökonomie und der Transformationsprozesse verändern sich Raum- und Zeitregime; verstärkt geht es um Ökonomie der Zeit, um Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im weltweiten Standortkrieg. Nach *Elmar Altvater* ruinieren mächtige Akteure des internationalen Finanzsystems im neuen Arbitragekapitalismus ganze Volkswirtschaften. Trotz globaler Finanzkrise kontrollieren Banken und Konzerne mit ihren Instrumenten, wie *Mascha Madörin* illustriert, weiterhin die Wissenschaft der Prognosen und die Zukunft von Ökonomien.

Alternativen zum »reibungslosen Kapitalismus« (B. Gates), zur Dominanz des kurzfristigen Denkens und der Zeitvergessenheit in der Ökonomik erörtert *Martin Held* in seinen zeitökologischen Perspektiven. Den Bruch mit dem Beschleunigungsparadigma der industriellen Zivilisation und mit quantitativem Wirtschaftswachstum sieht *Michael Müller* nach wie vor in den Reformideen des Erdgipfels von 1992 in Rio angelegt: Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit in den politischen und ökonomischen Entscheidungen! Zeigt die Ökologie der Zeit den Weg aus der Wohlstandsfalle der reichen Länder? *Lucia A. Reisch* setzt auf Zeitwohlstand, der mit Güterwohlstand zunehmend in Konkurrenz steht. Warnend interveniert *Karlheinz A. Geißler*: Die Tempomacher schaffen in der Nonstop-Gesellschaft emanzipative Bildung, Freiheit und Demokratie ab. Gefordert ist aber nich so sehr eine neue Zeitkultur, so *Meike Spitzner*, sondern öko-soziale Zeitpolitik, die den Abbau der Geschlechterhierarchie und den ökologischen Umbau der Risikogesellschaft zum Ziele hat. *Fritz Reheis* skizziert im Rahmen seiner ökologischen Kapitalismuskritik eine konkrete Strategie der Entschleunigung: Staatliche Grundsicherung, Schutz von Eigenzeiten und das Prinzip der Selbstbegrenzung können zu einer neuen Wohlstandskultur führen.

Was aber genau ist Eigenzeit, fragt *Ulrich Mückenberger* in seinem Plädoyer gegen Zeitmanagement und für demokratische Zeitpolitik auf kommunaler Ebene. Zur Wiedergewinnung von Langfristigkeit und Planung einer Zeitbewirtschaftung schlägt *Jürgen P. Rinderspacher* ein ökilogisches Handlungskonzept vor: Zeitinvestitionen in die Umwelt. *Hans-Henning von Winning* legt Bausteine einer Verkehrsreform vor. Die Zukunft des mehr und mehr gewaltförmigen Verkehrs macht den kulturellen Diskurs über Zeit und Geschwindigkeit dringlicher denn je.

Die herrschenden Zeitstrukturen zementieren Arbeitsteilung, Massenarbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Flexibilisierung der Arbeitszeit und Teilzeitverhältnisse, so *Gisela Notz*, entwerten Frauenarbeit und belasten die Arbeitsrealität der Frauen. In Italien, Frankreich und Deutschland gehen die Gewerkschaften neue Wege in der Arbeitszeitpolitik. *Hans Schäppi* stellt die vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) 1998 lancierte Arbeitszeitverkürzungsinitiative in den politischen und argumentativen Zusammenhang: Es geht um den entscheidenden Kampf für eine Umverteilung der Arbeit.

Marginalien, Literaturberichte und Rezensionen zum Themenschwerpunkt schließen das Heft 36 ab.●

dp

WIDERSPRUCH 36: Zeit. 200 Seiten, Fr/DM 21,–, Buchhandel oder Postfach, CH-8026 Zürich, Tel./Fax 0043-1-273 03 02, E-Mail: widerspruch@access.ch

Reformen haben Geschichte

Das beeindruckende »Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933«, herausgegeben von *Diethart Kerbs* und *Jürgen Reulecke*, steht unter dem Motto: »Vieles von dem, was heute versucht wird, ist schon vor hundert Jahren diskutiert und ausprobiert worden.« Da die »neuen sozialen Bewegungen« an einer »eigentümlichen Geschichtslosigkeit« leiden, hoffen die Herausgeber, daß ein Blick zurück auf mögliche »Sackgassen« aufmerksam macht und »den Entwurf für mögliche 'Zukünfte' solider und rationeller ausfallen« läßt.

In sieben Rubriken gebündelt, die durch zusammenfassende Beiträge eingeleitet werden, haben insgesamt 38 AutorInnen auf über 600 Seiten mehr als 40 Reformbewegungen in jeweils eigenständigen Artikeln vorgestellt. Die thematische Spannweite ist beeindruckend und berücksichtigt nicht nur die größeren und bekannteren Bewegungen, wie den Umwelt-, Natur- und Heimatschutz, die Jugend- und Frauenbewegung oder die Genossenschaftsbewegungen. Auch längst vergessenen oder kleineren Reformbewegungen werden eigene Kapitel gewidmet. So wird z.B. gezeigt, wie aus der Bewegung für die Ernährungsreform und für den Vegetarismus die Reformhäuser entstanden sind und daß J.H.Kellogg (Cornflakes) ein bedeutender Ernährungsreformer in den USA war. Naturheilbewegungen, Freikörperkultur und Sexualreform werden genauso untersucht, wie die Siedlungs- und Landkommunebewegung, der biologische Landbau, die Bodenreform, die von Silvio Gesell begründeten freiwirtschaftlichen Organisationen und verschiedene anthroposophische Ansätze. Weitere Schwerpunkte liegen in den Bereichen Erziehung und Bildung, Kunst und Kultur sowie Religiosität und Spiritualität.

Das Handbuch konzentriert sich zwar auf die Zeit von 1880 bis 1933, trotzdem geben die meisten AutorInnen noch einen Überblick über die Zeit des Nationalsozialismus und die Nachkriegsentwicklung. Spätestens jetzt werden die »Ambivalenzen« der Reformbewegungen, die oft unvorstellbare Nähe von Reform und Reaktion deutlich, das Umschlagen von guten Absichten in verheerende Wirkungen. Dabei zerstören die AutorInnen so manche Ideale, Idealisierungen und Illusionen. Auch wenn sich manche Reformverbände zwischen 1933 und 1935 selbst aufgelöst haben und andere verboten wurden, wurden die meisten Reformbewegungen doch vom NS-Regime aufgegriffen, wenn sich nicht sogar Teile der Bewegungen und führende Personen mit Begeisterung den Nazis angeschlossen haben.

Gemäß dem Plädoyer von Reulecke, daß in das NS-Regime verstrickte reformerische Absichten und Reformer nicht nur »in die Vorgeschichte ... des NS und dessen Maßnahmen eingeordnet«, sondern »aus ihrer Zeit heraus« untersucht werden müssen, werden die Reformbewegungen im Handbuch differenziert dargestellt.

Daher sowie durch sein umfangreiches Namen- und Ortsregister und die weiterführenden Literaturhinweise ist das Handbuch nicht nur ein ganz hervorragendes Nachschlagewerk mit einer Fülle neuer, interessanter Informationen und Einschätzungen. Darüber hinaus läßt es einerseits die potentiellen reformerischen Sackgassen und andererseits auch das heutzutage verkürzte Reformverständnis deutlich werden: Der »vitale Wunsch« aller früheren Reformbewegungen nach einer nicht mehr als »zu kalt, zu anonym, zu feindselig empfundenen modernen Gesellschaft« ist noch nicht erfüllt.●

Ulrich Häpke

Diethard Kerbs und Jürgen Reulecke (Hg.): Handbuch der deutschen Reformbewegungen 1880-1933, 624 Seiten, gebunden, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1998, Subskriptionspreis bis 31.5.99: DM 78, danach: 88 DM

Arbeitslosen-CD »Wir sind die Millionen!«

Die monatlich verkündete Arbeitslosenzahl beschreibt längst nicht mehr eine anonyme Masse. Sie trägt nicht selten die Gesichter von Verwandten und Freunden. Daher war der Sampler (*BMG/Ariola*) zum Thema lange überfällig. Der Titelsong »Wir sind die Millionen« wurde von der damals noch arbeitslosen Ärztin Dr. Angela Prillwitz aus Rostock getextet. Er eröffnet eine Benefiz-CD, die anders ist. Die erste Arbeitslosen-CD der Bundesrepublik stammt von den Betroffenen selber.

Vorausgegangen war ein bundesweiter Text-Wettbewerb, den Mary Ann Christen-Meyer und Brigitte Konrad initiierten. Vor rund einem Jahr gründeten sie *»Lichtblick«*, die *»Arbeitslosen-Offensive Geldern e.V.«* und riefen das bislang einzigartige Musik-Projekt ins Leben. Die Erlöse aus dem Verkauf der CD fließen in den Aufbau eines unabhängigen Arbeitslosenzentrums in Geldern, das bundesweit Arbeitslose zu fördern beabsichtigt.

Noch wichtiger ist vielleicht, daß *»Lichtblick«* mit dem Projekt den vielfältigen Stimmen der Betroffenheit einen jeweils passenden Sound gibt. Elf Titel wurden für diese CD komponiert, Vertonungen der Wettbewerbstexte. Das Ergebnis sind bemerkenswert direkte, ungeschönte, zornige, agressive, aber niemals in Selbstmitleid zerfließende Statements. Musikalisch mitunter kongenial umgesetzt in Rock, Crossover, Elektropop, Liedermacher. Solidarische Musiker wie *Brings, Fury in the Slaughterhouse, Ina Deter, Peter Maffey, Bläck Fööss* haben zusätzlich Stücke zur Verfügung gestellt, die sich mit dem Thema auseinandersetzen.

Niemand, der die CD »aus Gewissensgründen« erwirbt, muß Ohrenschmerzen befürchten. Sie ist eine politische Demonstration von großer Überzeugungskraft, die trotz Inhaltsschwere locker rockt und groovt!

Eine Konzert-Tour mit Künstlern des Samplers hat begonnen. Am 15. Dezember fand in München das erste »Lichtblick«-Konzert statt. Folgen sollen noch Auftritte in den Städten Geldern, Frankfurt/Oder, Leipzig (1. Mai), Dresden, Frankfurt/Main, Berlin und Köln.

Da viele der rund 350 eingesandten Texte zum Songwettbewerb richtig gut sind, sollen sie in einem Buch zusammengefaßt werden. Illustriert werden soll der Band, der ebefalls den Titel »Wir sind die Millionen!« tragen wird, mit Fotos und Zeichnungen zum Thema sowie mit Karikaturen von KünstlerInnen wie Uli Stein, Franziska Becker etc. Die Textsammlung soll im Laufe des Jahres beim Kölner Verlag Schmidt von Schwind erscheinen. Wer Lust und Zeit hat, kann noch Fotos und Zeichnungen einsenden.●

Mary Ann Christen-Meyer
Aus »quer«, Februar 1999

Die CD »Wir sind die Millionen!« ist im Handel erhältlich. Sie kann ansonsten (gegen Vorkasse für 23,50 DM zzgl. 3 DM Porto) bestellt werden bei Gert Verweyen, Merzenicher Str. 61, D-52351 Düren.

Außerdem gibt es noch T-Shirts (15 DM) und Baseball-Kappen (10 DM), die den Titel des Projekts tragen. Bestell- und Kontaktadresse lautet: »Lichtblick«-Geldern e.V.. Postfach 12 54, D-47592 Geldern. Telefonisch ist die Offensive zu erreichen unter (0 28 31) 10 05, Fax 9 46 71.

Vom braven Bürger zum Revolutionär

Der Film »Erklärt Pereira« erzählt, wie einer unversehens zum Helden wird.

Lissabon im Jahr 1938. Pereira, ein älterer Herr, etwas beleibt und durch und durch Ästhet, Kulturredakteur beim »Lisboa«, nimmt die dramatischen Veränderungen in Europa und auch in Portugal kaum wahr. Er beschäftigt sich mit den lebenden und toten Dichtern, und daß der Tod rings um ihn faschistische Realität ist, nimmt er kaum wahr. Bis er plötzlich herausgerissen wird aus seinem behaglichen Dasein, sich ganz plötzlich entscheiden muß und sich – moralisch gesehen – richtig entscheidet.

Die Veränderung beginnt zunächst unmerklich in diesem heißen Lissabonner Sommer. Ein junger Mann, von ihm für die Kulturseite engagiert, um auf Vorrat Nachrufe für künftig wahrscheinlich ablebende Schriftsteller zu verfassen, ist durch seine Freundin bereits im Widerstand aktiv und bringt es fertig, Pereira nach und nach die Augen zu öffnen für das was um ihn herum politisch geschieht. Pereira hilft dem jungen Mann, gerät dadurch ins Visier der Geheimpolizei und bringt es doch tatsächlich noch fertig, bei einem »Besuch« derselben nach der Polizei zu rufen. Der Chef der Folterer: »Wir sind die Polizei«.

Auf der Strecke bleibt nach diesem »Besuch« der junge Mitarbeiter, der bei Pereira Unterschlupf suchte. Und der Herr Kulturredakteur, glänzend gespielt von Marcello Mastroianni, inszeniert seinen starken Abgang, bevor er mit falschem Paß das Land verläßt. Mit seiner Seriosität, seinem Ansehen und seinen Beziehungen gelingt es ihm noch, auf Seite eins der Zeitung die Polizei und überhaupt die Zustände im Land bloßzustellen, Zustände, über die im Land Salazars nicht einmal getuschelt wird.

Der Film basiert auf einer Erzählung des Italieners Antonio Tabucchi, seit 1995 in deutscher Übersetzung zu haben, seit 1997 auch als dtv-Taschenbuch. Dieses Taschenbuch ziert schon ein Foto des gleichnamigen Films, der allerdings erst jetzt in die deutschen Kinos kam. Hauptsächlich wohl Programm-Kinos, denn es handelt sich hier ja trotz aller Dramatik um eine eher beiläufig und ruhig erzählte Begebenheit aus dem eher unauffälligen Leben – bis zu diesem Sommer – Pereiras.●

Ingo Ertel

Anzeige

Soeben erschienen: AKP 2/99

Schwerpunktthema

Frauenpolitik

Aus dem Inhalt:

Martina Schmiedhofer:
50 Prozent der Mandate sind nicht 50 Prozent der Macht!

Barbara Dürk:
Nichts ist unmöglich - Neue Zeitpraxis für Frauen

Gisela Chudziak:
Den Chefsessel verdoppeln - Teilzeit in Führungspositionen hat sich bewährt

Gesa Schirrmacher:
Gemeinsam gegen Männergewalt. Interdisziplinäre Projekte gegen häusliche Gewalt

Einzelheft 12,50 DM zzgl. Versand, Jahresabo (6 Hefte) 75 DM

Alternative Kommunal Politik

Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568
eMail: AKP-Redaktion@t-online.de, Internet: www.gruene.de/akp-redaktion

JOBS

Team (2+2) sucht dringend (selbst-)bewußte u. einfühlsame Mitarbeiter für altersgemischte Kindergruppen zum gemeinsamen Leben & Lernen in der »Freien Alternativschule Güstrow«. Grundschule mit Orientierungsstufe/Sek I i.A. zu 02/99 u. 07/99.
Vor.: (mögl.) Lehramt f. Grund-/Sonderschule/od. Sek I.
Kontakt: FAS Güstrow, Waldweg 29, D-18273 Güstrow
☎(0 38 43) 21 96 60, Fax 6 61 (D. Voß)

Raus aufs Land
Ab 8/99 für 1 Jahr nette Kinderfrau für unsere Kids (2+4J.) gesucht. Kunstschmiedebetrieb, Hobbytischlerei, Tiere, großer Selbstversorgergarten, Raum für eigenes Engagement.
Bei Interesse bitte melden bei
G. u. R. Petau
☎(0 55 35) 17 75 (Polle/Weser)

Interessierte Frau für selbstbestimmten Job in **Architekturbüro** gesucht. Vielfältige Arbeitsgebiete im Bereich Altbau, vom Entwurf bis Bauleitung alles möglich, freie Zeiteinteilung, auch Quereinsteigerinnen, ab sofort. Perspektivisch: Aufbau einer Basis-Architektur-Gruppe.
Berlin; ☎(0 30) 785 99 66

AUSBILDUNG

Suche Ausbildungsplatz zur Tischlerin in netter ökologischer Schreinerei, sehr gerne in Betrieb in Selbstverwaltung.
Isa Weitz, 26 J., Abi
Bergheimer Str. 120, D-69115 Heidelberg
☎(0 62 21) 2 49 53

PROJEKTE

Gärtner (34, kein Meister) möchte sich mit einer Staudengärtnerei selbständig machen (Sept. 99 oder März 00). Suche noch eine/n Gärtner/in die/der das Risiko mit eingeht. Der Betrieb soll ökologisch und selbstverwaltet organisiert werden.
Kontakt: Wolfgang Skomroch, Grosse Werlstr. 123, D-59077 Hamm

SWFrankreich: Ländl. Ökoprojekt im Aufbau bietet Beteiligung. Kutschfahrten, Pferde, Gartenbau, Gäste.
☎0033-5-62 08 34 47
Chiffre: 174-1

Für den Start eines Gemeinschaftsprojekts in Selbstverwaltung in Mitte/(Süd-)Westen v. Deutschl. suche ich engag. Leute, die an Politik und Umwelt und Tieren interess. sind und sowohl prakt. arbeiten als auch theoret. hinterfragen wollen. Themen: Natur/Umw., Gesellsch./Politik, Tierrechte, Kultur, die aber nicht nebeneinander stehen sollen, sondern integriert betrachtet werden sollen.
Für den Anfang suche ich zunächst einmal Leute, die mit mir gemeinsam Natur-/Umw.seminare inhaltl. u. organisat. vorbereiten wollen.
Susanne, ☎(02 28) 63 50 94

Anders arbeiten – anders leben. Sozialistische Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM) sucht MitmacherInnen. Wir leben von Umzügen und Gebrauchtwarenhandel, kochen füreinander etc., haben Platz zum Wohnen. Führerschein wäre super. Wir machen Projekte im Stadtteil und betreiben mit Freunden das Institut für Neue Arbeit.
☎(02 21) 640 31 52

Fidibus – Ökologische Dorfgemeinschaft e.V. plant in Südthüringen naturnahe Selbstversorgung, Handwerk, Erziehung, Bildung, Altenbetreuung und das, was du dir wünscht.
☎(09 11) 33 02 58 und
(0 70 32) 8 20 79

Im Laufe des Jahres 1999 wird die **Projektwerkstatt** im Kreis Gießen ihre Tore schließen. Das ungewöhnliche Haus, ein biologisch umgebauter Bauernhof mit 500qm Wohnhaus, Zwischengebäuden und Scheune (Fachwerk), ausgestattet mit Solaranlage, Regenwasseranlage, Zentralheizung bot jahrelang vielen Aktions- und Seminargruppen eine Arbeitsplattform.
Zum Haus gehören das komplett eingerichtete Tagungshaus mit 18 Betten, ein schallisolierter Proben-/Fetenraum und 649qm Grundstück. Das bisherige alternative Wohnprojekt hofft, daß sich Menschen finden, die in dem schönen Haus in schöner Lage (20 km östlich Gießen, 60 km nördlich Frankfurt, mit Bahnanschluß im Ort) zumindest das Tagungshaus weiterführen wollen, aber vielleicht auch darüberhinaus die Räume mit Leben füllen. Dafür bieten sie einen »politischen«, d.h. geringeren Verkaufspreis oder auch andere Regelungen, z.B. Ratenzahlung. Die Einnahmen aus dem Verkauf der ehemaligen Projektwerkstatt sollen der politischen Arbeit verschiedener Basisgruppen bundesweit zugute kommen.
Kontaktadresse: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen
☎(0 64 01) 90 32 83

Alter, sehr gr. **Bauernhof m. Gasthaus u. Garten** – 20 km Donau, 40 km Bodensee; Dorfmitte – sucht neuen Nutzer / Käufer.
Chiffre: 173

Landrausch will größer werden: 2w, 4m, 5k auf einem großen Hof 100 km nordwestlich v. BLN suchen Menschen (v.a. Frauen), die mit uns leben, den Hof gestalten und viell. auch gemeinsam Arbeitspersp. entwickeln wollen. Info:
☎(03 39 73) 5 08 40, E-Mail: landrausch@aol.com

SUCHE

Buchhändler/innen: VLB gesucht
Verzeichnis lieferbarer Bücher VLB & Adreßbuch 98/99 dt.-sprach. Verlage gesucht als gebrauchte CD-ROM oder Buchausgabe. Kostenlos oder mit Bezahlung.
K.H. Meyer, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

Konferenz

Perspektiven Internationaler Solidarität

Internationale Arbeitskonferenz "Befriedung oder Befreiung"

1. - 5. April 1999

Ostern 1999, an vier Tagen wird es in Arbeitsgruppen und Diskussionsveranstaltungen um gegenseitige Information + Fragen der Solidarität gehen: Politische Gefangene in Friedensverhandlungen, im Krieg, nach Militärdiktaturen, in den Industriemetropolen. Wie ist ihre Lage und was ist zu tun? Was ist die Antwort auf die Zerstörung von Würde und Identität? Was ist Moral und was ist Recht? Was verlangt internationale Solidarität heute?

Veranstaltungen

"Ohne Gerechtigkeit kein Frieden"
Fr. 2.4.99, 20h, Humbolt-Uni

"Perspektiven internationaler Solidarität"
Mo.5.4.99,19h,
Volksbühne

Infos und Kontakt
Konferenzbüro: Yorckstr. 59,
10965 Berlin, Fax: 030-78899902,
eMail: konferenz@libertad.de,
url: www.libertad.de

BAND GESUCHT

Erf. **Schlagzeuger** sucht Band: am liebsten vielseitiger PUNK mit Ska-, Folk-, HC-, HipHop-, ... -Einflüssen, schwarz-roten Texten & Demotape! But anyway: Call
☎(0 25 82) 65 93 18!
Wenns klappt, zieh ich um!

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Ja, ich will die *junge Welt* für 10 Wochen ausprobieren.

Name/Vorname

Straße/Nr./PLZ/Ort/Telefon

Dafür bezahle ich 30 DM. Will ich die *junge Welt* danach nicht weiterbeziehen, teile ich das dem Verlag 8. Mai GmbH spätestens zehn Tage vor Ablauf des Probeabos kurz schriftlich mit. Falls ich die *junge Welt* weiter beziehe, bezahle ich nach Ablauf der Probewochen monatlich

◯ 30 DM (Sozialabo), ◯ 45 DM (Normalabo), ◯ 59 DM (Soliabo).

Ich bezahle mein Abo
◯ monatlich (nur mit Bankeinzug), ◯ vierteljährlich, ◯ halbjährlich, ◯ jährlich
per ◯ Rechnungslegung ◯ Einzugsermächtigung

Das Abo soll ab Montag, den ..... beginnen.
Hiermit ermächtige ich Sie, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:

Geldinstitut/Bankleitzahl/Kontonummer

Datum/Unterschrift

Widerrufsrecht
Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei *junge Welt*, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, widerrufen. Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den oben angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf schriftlich bei Ihnen kündige (Poststempel).

Unterschrift

Die Tageszeitung **junge Welt**
mehr als eine linke Tageszeitung

Den Coupon schicke ich an:
Verlag 8. Mai GmbH,
10178 Berlin,
Karl-Liebknecht-Str. 32

ABL VERLAG
Agrar Bündnis
Der kritische Agrarbericht 1999
In 12 Kapiteln setzt der „Kritische Agrarbericht" den Zahlenwerken der Bundesregierung eine eigene Bilanz entgegen.
• unverzichtbar als aktuelles Jahrbuch zur Lage der Landwirtschaft
• hilfreich als zeitloses Nachschlagewerk
320 Seiten · 36,– DM
ISBN 3-930413-15-9
Bestellungen und günstige Abos direkt beim Verlag:
ABL Bauernblatt Verlags-GmbH
Marienfelder Straße 14
33378 Rheda-Wiedenbrück
Tel. (05242) 48185
Fax (05242) 47838

...auf zum JUKß
Es ist wieder soweit:
Zum sechsten Mal treffen sich Anfang April etwa 1000 junge Leute zum Jugendumweltkongreß.
Selbstbestimmt und progressiv werden wir ins neue Jahrtausend starten.
Fon: (0 42 31) 8 10 46, Fax: (05 11) 3 94 54 59
Info@Jugendumweltkongress.de, http://jugendumweltkongress.de

SEMINARE

Landlose Menschen
– Opfer der Globalisierung
An dem Wochenende soll ein kurzer Überblick über die landlosen Menschen aus Guatemäla, Ecuador, Mexiko und Brasilien, von 1910 bis heute gegeben werden.
Außerdem wird referiert über:
die Entrechtung und Entmündigung der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, sowie der SaisonarbeiterInnen, die heutige Widerstandsaktionen der Landlosenbewegung in Brasilien, am Beispiel der betroffenen Frauen die gegenwärtige Situation in Chiapas Entwicklung der Globalisierung (NAFTA).
Termin: 28./.29 bis 30.05.1999

Alle Macht den Räten
Vor 80 Jahren endete die Münchner Räterepublik
Was war die Räterepublik in Europa? Beispiele aus Ungarn, Deutschland und Frankreich von 1900 bis heute.
In Veranstaltungen wird sich an Hand von Referaten und Filmen mit der Geschichte der Rätebewegung und der heutigen Relevanz des Rätegedankens beschäftigt. Besondere Beachtung findet die anarchistische Räterepublik von 1919.
Termin: 23./24. bis 25.04.1999

Wenn wir Menschen bleiben wollen, so können wir dies in diesem bestehenden System nicht...
Herbert Marcuse, Rätemitglied in Berlin-Reinickendorf, dem philosophischen Kreis um Adorno angehörig und theoretischer Vordenker der 68er, hat mit seinen Analysen und Vordenken zum wiederaufkommenden Faschismus nach 1945 und der Entfremdung der Menschen durch Arbeit und Konsum leider recht behalten. In gemeinsamer Diskussion sollen die Gedanken Marcuses , und die heutigen anarchistischen Perspektiven betrachtet werden.
Termin: 15./16.05.1999
Genaue Inhalte, Informationen und Anmeldung für alle Seminare bei COLPO, anarchistische Aktions- und Medienwerkstatt, Kreuzbergstr. 43, D-10965 Berlin
☎/Fax (0 30) 785 91 81
Alle Vernstaltungen finden im Libertär / Anarchistisches Land Stadt Haus in Schilde (Wittenberge) gut erreichbar mit der Bahn (Bahnstation Weisen) statt. Das Haus erfordert auch im praktischen eine Teilnahme und lebt durch Mitarbeit und Dezentralität. Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich, da nur begrenzt Plätze vorhanden sind.

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10997 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; **18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: a.kuestermann@link-n.cl.sub.de, Internet: www.ruegen-wirtschaft.de/presse-verlag-ostseh; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen,** Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; **50679 Köln, Redaktion Köln,** Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90, E-Mail: h.weinhausen@link-k.de; **53119 Bonn, Redaktion Bonn,** Thomas Faßbender, Im Tannenbusch 5, ☎ (0228) 987 52 10, E-Mail: vzs5ek@uni-bonn.de; **60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, **Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; **71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; **90429 Nürnberg, Redaktion Franken,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch,** Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; **Tauschringe: 49504 Lotte-Halen,** Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin,** Elisabeth Voß, Berlin E-Mail: elisv10777@aol.com

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

KONGRESS

»Anders arbeiten – oder gar nicht?!« Politische und rechtliche Rahmenbedingungen selbstbestimmter Arbeitsformen jenseits von Markt und Staat
Vom 23.4. bis 25.4.99 findet der Kongreß »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« in Berlin statt. Unter der Perspektive Alternativentwürfe von Arbeit sollen die politischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen diskutiert werden, die für eine forcierte Entwicklung des »Dritten Sektors« notwendig sind und Forderungen an die Politik erhoben werden. Geplant sind u.a. Arbeitsgruppen zu den Themen: Selbstorganisation/Selbstverwaltung; Reformen des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, Sozialgenossenschaften, Tauschringe, lokale Foren / lokale Partnerschaften, Existenzgeld und Gender.
Informationen und Anmeldung:
Netzwerk Selbsthilfe, Kongreßbüro, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin,
Tel. (0 30) 695 98 306, Fax: 691 30 05
E-Mail: netzwerk-kongress@t-online.de
Kongreß im Internet:
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/kongress/
Vorankündigung: CONTRASTE-Beilage in der taz zum Thema am 30.3.1999

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 11 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen.
An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termine: 9.-11.4.99, 11.-13.6.99, 27.-29.8.99, 1.-3.10.99

Los geht's: Selbstbestimmt leben – Gruppen gründen
Mit diesem Motto lädt die Kommune Niederkaufungen zu Pfingsten (20.-24.5.99) Menschen ein mit der Idee, neue Gemeinschaftsprojekte zu gründen. Utopien können ausgetauscht bzw. direkt erlebt werden; Gleichgesinnte können sich finden, um ihre Träume gemeinsam zu verwirklichen. Bestehende Gruppen helfen dabei mit Rat und Tat. Zur Unterstützung der Veranstaltung werden auch SpenderInnen und Sponsoren gesucht.

»When I'm 64 ...« Altersvorsorge – selbstverwaltet
Ein Seminar für Leute, die ihre eigene Altersvorsorge bewußt gestalten und dabei politisch-gesellschaftliche Bedingungen mitreflektieren wollen.
Das staatliche Rentensystem ist in der Krise, Angebote der Versicherungswirtschaft haben zweistellige Zuwachsraten. Gibt es Alternativen?
Im Rahmen des Seminars werden verglichen:
die Solidargemeinschaft »Staatliches Rentensystem« mit Schatzbildungsangeboten der Versicherungswirtschaft (z.B. Kapital-Lebensversicherungen) und selbstgestaltete Schatzbildung (z.B. Wertpapiere, Eigentumswohnung).
Das komplexe Thema Altersvorsorge wird durch Informationsinput und ausgewählte Fall-Beratungen verständlich gemacht. Ein Überblick über alles, rund um das Thema Altersvorsorge, der so umfassend und ohne Verkaufsabsichten kaum anderswo zu haben ist.
Termin: 23.-25.4.1999
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

GRAFISCHE BETRIEBE

Frühlingstage 1999
Themen:
- Ausbildung/Weiterbildung
- Finanzierung/Eigenkapital
- Selbstverwaltung
- Umweltbewußtes Produzieren/ Öko-Audit
- Digitale Druckvorstufe

Termin: 21.-24.5.99, Andechs
Information & Anmeldung:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH, Besengassl 4, D-82346 Andechs
☎(0 81 52) 33 66, Fax 53 52

KULTUR & ÖKOLOGIE

Konsens – Einvernehmlich entscheiden
Entscheidungen in Gruppen sind oft eine schwierige Angelegenheit. Wir wollen auf dem Seminar Methoden kennenlernen, um in Diskussionen zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen und Entscheidungen im Konsens zu fällen. Bei Mehrheitsentscheidungen werden oft die Interessen eines Teils der Gruppe nicht berücksichtigt. Viele Gruppen fällen daher Beschlüsse generell einvernehmlich. Das zwingt dazu, alle ernst zu nehmen, Bedenken nicht »wegzustimmen« und Probleme auch dann zu erkennen, wenn nur wenige sie sehen.
Konsens geht davon aus, daß eine Entscheidung die von allen – auch mit Bedenken – getragen wird, für eine Gruppe besser ist, als eine Entscheidung, die viele optimal finden, andere aber nicht mittragen wollen. Wo Entscheidungen einvernehmlich gefällt werden, tritt sachliche Argumentation und gleichberechtigtes Miteinander gegenüber Machtspielchen und Dominanz einzelner Personen in den Vordergrund. Daß Konsens nicht zu Entscheidungsunfähigkeit und nervigen Endlosdiskussionen führen muß, werden wir auf dem Seminar in Übungen und Rollenspielen selbst erfahren.
Termin: 23.-25.4.99, Verden

Treffen und Besprechungen gleichberechtigt gestalten mit der Moderationsmethode
»Treffen und Gruppenplena sind nervig und chaotisch«, meinen viele in der täglichen Bürgerinitiativen-, Vereins- und Gruppenarbeit frustrierte Aktive. Wie Treffen nicht mehr als Pflichtübung sondern als effektive, kreative und spaßbringende Arbeitsform organisiert werden, zeigt die Moderationsmethode. Diese Visualisierungs- und Fragetechnik hilft die Kräfte und das Wissen aller Beteiligten zielgerichtet und gleichberechtigt zusammenzutragen. Mit wenig Aufwand können zähe »Labertreffen« und nervtötende Endlosdiskussionen vermieden werden, indem einE ModeratorIn den Ablauf zu strukturieren hilft und den Diskussionsprozeß methodisch unterstützt, ohne sich inhaltlich selbst mit einzubringen.
In den Schulungen bieten wir eine Kurzeinführung in die Moderation und lernen anhand von praktischen Übungen. Die TeilnehmerInnen erwerben Grundkenntnisse, um selbst Treffen und Besprechungen moderieren zu können. Das Wochenendseminar kann nur einen Einstieg bieten und ersetzt nicht eine vollständige Moderationsschulung.
Termin: 7.-9.5.99, Oldenburg
Anmeldung:
Kultur und Ökologie, Postfach 11 31, D-27261 Verden
☎(0 42 31) 48 78, Fax 48 79
E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de

NETZ

»Scheinselbständigkeit« – Was bringt das neue Gesetz der Bundesregierung?
Selbständig – sein oder schein? Aus aktuellem Anlaß informiert das Seminar über die Neuregelungen des Scheinselbständigkeitsgesetzes. Ziel ist es zu klären, wann eine Scheinselbständigkeit vorliegt und wie damit am besten umgegangen werden kann.
Folgende Fragen werden im Seminar behandelt: Wen sieht der Gesetzgeber als Scheinselbständigen an? Welche Berufe sind besonders gefährdet. Was sind »arbeitnehmerähnliche« Selbständige und welche Folgen hat das für sie? »Geringfügig Beschäftige« – ein Mittel gegen die Scheinselbständigkeit? Welche Sonderregelungen gibt es für Handelsvertreter? Was ist zu tun, wenn jemand gerne einen festen Arbeitsvertrag haben möchte?
Zielgruppe: Fahrradkurierdienste, freie Mitarbeiter und Honorarkräfte, Handwerker und Subunternehmer, Handelsvertreter
Termin: 26. März 99

Handwerk ohne Meisterbrief
Ein Seminar für Handwerker, die ohne Meisterbrief legal selbständig sein wollen. Lernen Sie rechtliche Möglichkeiten kennen im Handwerk ohne Meisterbrief selbständig tätig sein zu dürfen und verschaffen Sie sich Entscheidungsgrundlagen.
Das Seminar informiert über die Möglichkeiten, ohne Meisterbrief mit und ohne Eintrag in die Handwerksrolle und liefert zahlreiche Beispiele aus der Praxis. Es zeigt Ihnen, wie Sie am besten mit rechtlichen Unsicherheiten umgehen können. Ratschläge und Tips von Deutschlands erfahrensten Handwerksrechtlern runden das Seminar ab.
Termin: 16. April 99
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet:
http://www.aries.de

FRAUEN

Berufsbildung Beraterin
Eine neue berufsbegleitende Fortbildung für Beraterinnen und Seminarleiterinnen hat das Hamburger Bildungsinstitut Frau und Arbeit e.V., Bildung und Beratung entwickelt.
Expertinnen, die Menschen bei ihrer Suche nach beruflicher Orientierung oder beim Aufbau von existenzsichernden Arbeitsplätzen – z.B. durch Existenzgründung, unterstützen – können sich über einen Zeitraum von zwei Jahren weiterbilden.
Die Fortbilung beginnt im Herbst 1999. Nähere Informationen erhalten Interessierte am 13.4. um 10 Uhr oder 20.5.99, 19 Uhr bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg oder unter ☎(0 40) 450 209-0/11.

MEDIENARBEIT

Internet für EinsteigerInnen
Internet-Mythos entzaubert: Was kostet, was bringt der Anschluß ans »Netz der Netze«? Welchen Service bieten Provider und Online-Dienste?
Termin: 6.4.99, München

Professionelle Online-Recherche
Welche kostenlosen Datenbanken bietet das Internet? Wie findet man Informationen mit den »Suchmaschinen«? Sie recherchieren in Adreß- und Literaturdatenbanken und führen eine Zeitschriftenrecherche durch.
Termin: 7.4.99, München

Schreiben für das Internet
Texten fürs Internet verlangt: gute Ideen, klare Sprache und allerhand Kenntnisse des neuen Mediums »Hypertext«. Wie Sie einen solchen Hypertext für Internet oder Intranet verfassen, lernen Sie hier. Kein HTML-Seminar, keine Vorkenntnisse außer Word97 (ersatzweise: Word6.0) erforderlich.
Termin: 8.4.99, München

Linux für das Internet
Alles über das Kult-Betriebssystem, von der Installation bis zur Einrichtung als Online-System. Mit großer Linux-Installationsparty. Eigenen PC mitbringen!
Termin: 17./18.4.99, Frohburg (b. Leipzig)
Information & Anmeldung:
Münchner Medienladen, Postfach 19 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06
E-Mail: g.hooffacker@link-m.de
www.hooffacker.de

Internet für EinsteigerInnen
Schlagworte wie e-mail, World Wide Web und Newsdienste fliegen einem ständig um die Ohren. Computer lassen sich fernbedienen und Informationen komfortabel suchen. Doch was kann das Internet wirklich? Was steckt dahinter und was habe ich davon? Fragen, denen wir nachgehen wollen, indem wir die verschiedenen Dienste selbst einmal ausprobieren und technische und gesellschaftliche Hintergründe erläutern. Als Seminarort steht uns ein Internet-Café zur Verfügung. Ein Seminar für EinsteigerInnen mit geringen Computerkenntnissen. Onlinegebühren und Seminarmaterial sind im TeilnehmerInnenbeitrag von 30 bis 40 DM (nach Selbsteinschätzung) enthalten.
Termin: 16.-18.4.99, Verden oder Bremen
Anmeldung:
Kultur und Ökologie, Postfach 11 31, D-27261 Verden
☎(0 42 31) 48 78, Fax 48 79
E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 23.-25.4.99, Lebensgarten bei Hannover

Vorankündigung: Zu den Ökodorf-Festivals 97/98 gab es motivierende Feedbacks & Wünsche, solche Begegnungen von Gemeinschaften & InteressentInnen häufiger stattfinden zu lassen. Deshalb organisieren wir **1999 zwei Ökodorf-Festivals:** Pfingsten 1999 (22.-29.5.) in einer Gemeinschaft am Bodensee, 6.-12.8. in einer Gemeinschaft bei Mainz, beide Gemeinschaften mit je 20jähriger Erfahrung.
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

raDikal reisen

Seit vielen Jahren organisieren JungdemokratInnen-Junge Linke Seminare und Austauschprogramme mit politischen Jugendorganisationen, linken Initiativen, Antirepressions- und Menschrenrechtsgruppen, Antinationalen und Kulturlinken – in Europa, den USA und ab und an auch andererorts. Mitfahren kann jede und jeder, unabhängig von einer Mitgliedschaft.

Israel: Tel Aviv und Jerusalem
18.-28.7.99
Israel und die Gründung eines palästinensischen Staates

USA: San Francisco
14.-28.8.99
»Queer-Theorie«

USA: New York & Vermont
14.-29.8.99
Zero Toleranz – Kriminalitätsbekämpfung und Innere Toleranz

Jugoslawien: Belgrad
12 Tage im September 1999

Russia: Moskau und Bransk
27.12.99-6.1.2000
The Real World
Zu jeder Reise gibt es ein ausführliches Faltblatt, ein Vorbereitungsseminar und einen Reader mit inhaltlichen Informationen.
Information:
Jungdemokratinnen-Junge Linke, Pappelallee 9, D-10437 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: info@junge-linke.de
http://www.junge-linke.de

JUKß
Jugendumweltkongreß
Infos: (0 42 31) 8 10 46
Info@Jugendumweltkongress.de
http://jugendumweltkongress.de

SOMMERCAMP

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!
Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.7.-8.8.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.
Info: @-Camp-Vorbereitungsgruppe, c/o Ökoscouts, Madamenweg 168, D-38118 Braunschweig
☎(05 31) 8 29 09, Fax 89 66 77
E-Mail: a-camp@gmx.de

INTERNATIONALISMUS

Neoliberalismus am Ende? Neue Hoffnung für Mittelamerika?
Gemeinsam mit den Basisorganisationen in Mittelamerika haben wir Ideologie und Praxis des Neoliberalismus immer wieder kritisiert. Inzwischen zeigen Wirtschafts- und Währungskrisen in Asien, Rußland und jetzt auch in Südamerika deutlich, daß freie Märkte und Deregulierung die Probleme nicht lösen, sondern zunehmend neue schaffen. Die schon über ein Jahrzehnt andauernde Schuldenkrise ist alles andere als gelöst und die in diesem Zusammenhang von IWF und Weltbank durchgeführten Strukturanpassungsmaßnahmen legten nicht – wie behauptet –die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, sondern dienten und dienen dazu, aus diesen Ländern möglichst viel Schuldendienst herauszupressen und die Öffnung zum Weltmarkt zu erzwingen. Deregulierung und Reduzierung der Staatsausgaben gingen und gehen zu Lasten der Schulbildung, des Gesundheitswesens, der (Land-)ArbeiterInnen-Rechte und der binnenmarktorientierten Produktion. Durch den Hurrican Mitch, der im Oktober '98 in Mittelamerika wütete, rückte die ökonomische und soziale Lage der mittelamerikanischen Länder wieder ins Blickfeld:
- Die Abhängigkeit kleiner, armer Staaten im gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem.
- Die ungelöste Landfrage, die Menschen zwingt, an hochwassergefährdenden Flußufern und ungesicherten Berghängen zu siedeln.
- Die untragbare und aus eigener Kraft nicht rückzahlbare Auslandsverschuldung.
- Die Menschenverachtung und Korruption der Regierenden, die nicht davor zurückschrecken, Hilfe zurückzuhalten, wenn Sie den »Falschen« (Basis- und Nichtregierungsorganisationen) zugute kommen könnte.

Das Mittelamerika-Bundestreffen soll allen Interessierten eine Gelegenheit bieten, im Austausch – auch mit mittelamerikanischen Gästen – unsere Wege in der Solidaritätsfrage zu reflektieren und mögliche Handlungsfelder näher zu bestimmen.
Termin: 7. bis 9.5.99, Frankfurt/Main
Information & Anmeldung:
Hessenkoordination der Nicaragua-Initiativen, Verein Monimbó, Darmstädter Str. 23, D-63128 Dietzenbach
☎/Fax (0 60 74) 2 68 91

SONSTIGES

Neue Partnerschaften zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen
Unternehmen, die das ehrenamtliche Engagement ihrer MitarbeiterInnen fördern und entsprechende Partnerschaften mit gemeinnützigen Organisationen eingehen, sind in Deutschland noch recht selten anzutreffen. Im Ausland dagegen hat das Konzept des »Corporate Volunteering« schon Schule gemacht. Die Kölner Freiwilligen Agentur wird diese Idee am 7. Mai, ab 18 Uhr, in der Industrie- und Handelskammer zu Köln vorstellen. Der niederländische Berater Henk Kinds wird das Konzept dieser neuen Partnerschaften und die entsprechenden Erfahrungen aus den Niederlanden vorstellen. Anschließend diskutiert eine Expertenrunde aus Unternehmen und Verbänden, welchen Nutzen Unternehmen und gemeinnützige Organisationen aus solchen Partnerschaften ziehen können und wie es gelingen kann, mehr solcher Partnerschaften in Deutschland und in Köln zu bilden.
Detaillierte Informationen zur Veranstaltung und den Mitwirkenden sind unter ☎(02 21) 954 56 72 (Christiane Geiter) erhältlich.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg